Die Frage der Taktik.

Reden der Abgeordneten Bebel und v. Vollmar auf dem Parteitage zu Dresden.

Preis 20 Pfg.

Druck und Verlag von G. Birk & Co., München.

(1903)

Sitzung vom 17. September 1903.

(Nachmittagssitzung.)

Den Vorsitz führt Singer:

Singer: Bemerken will ich, daß auch bei diesem Punkte, wenn der Parteitag meinem Vorschlage folgen will, die Beschränkung der Redezeit aufgehoben ist. Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Gemeldet haben sich zu diesem Punkt bisher 55 Redner. (Heiterkeit.) Es hat sich eine gewisse Mißstimmung unter den Delegierten darüber geltend gemacht, daß sich die Redner, bevor noch dieser Punkt zur Verhandlung kam, in die Rednerliste haben einzeichnen lassen. (Sehr richtig!) Es ist das eine Gewohnheit aller bisherigen Parteitage. Nirgends besteht ein Zwang, sich erst dann zum Wort zu melden, wenn der Gegenstand herankommt. Es ist immer so gehandelt worden, daß die Genossen sich zu der ihnen angemessen erscheinenden Zeit vormerken lassen.

Es entwickelt sich eine Geschäftsordnungs-Debatte. **Peus** verweist auf § 1 der Geschäftsordnung und schließt daraus, daß sich die Redner loyalerweise nur in dem Augenblick zum Wort melden dürften, wo der Gegenstand auf die Tagesordnung kommt. (Zustimmung.) Sonst ist eine Bestimmung in der Geschäftsordnung darüber nötig, wieviel Wochen vorher sich die Redner einschreiben lassen dürfen. (Heiterkeit.) Sonst ist keine Gerechtigkeit möglich. Wie die Schwierigkeit im Augenblick zu beseitigen ist, weiß ich nicht. Vielleicht empfiehlt es sich, eine neue Rednerliste aufzustellen. (Zustimmung und Widerspruch. Bebel: Das wäre ein schönes Wettrennen!)

Hoffmann-Berlin schließt sich der Ansicht des Vorredners an. In Zukunft müsse die bisher beliebte Praxis geändert werden. Jetzt läßt sich freilich nichts mehr ändern, denn sonst würde das Bureau von den Rednern attakiert werden. (Heiterkeit.)

Singer: Daß Peus sich über unsere Praxis wundert, hätte ich kaum erwartet, da er doch mit der gleichen Praxis parlamentarischer Körperschaften vertraut sein dürfte. Wir wollen die Verhandlungen nach Möglichkeit abkürzen, wir würden sie aber aufhalten, wenn jetzt die Redner herankommen und sich von neuem zu Wort melden wollten. Die geltende Geschäftsordnung enthält kein Verbot der vorherigen Wortmeldung. Wenn die Genossen darin einen Mangel sehen, können sie ihn ja künftig ändern. Sollte aber in dieser Auf-

fassung ein Vorwurf gegen das Bureau liegen, so würde er durchaus ungerechtfertigt sein, weil wir genau so gehandelt haben, wie die früheren Parteitage. Der Parteitag hat jedoch in dieser Frage die Entscheidung. Sollte aber die Aufstellung einer neuen Rednerliste verlangt werden, dann würde ich doch empfehlen, die Verhandlungen zu vertagen, damit der Aufmarsch der Redner sich vollziehen kann. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, das richtigste wäre, die alte Liste bestehen zu lassen. (Zustimmung.)

Ebert-Bremen: Ich habe gehört, daß beabsichtigt wird, außer der Reihe zwei Genossen, die verschiedener Meinung sind, an erster Stelle sprechen zu lassen. Wenn der Parteitag das vorher gewußt hätte, dann hätte er der Aufhebung der Beschränkung der Redezeit nicht zugestimmt für die nachfolgenden Redner. Ich beantrage, die Beschränkung der Redezeit wieder auszusprechen und damit den zuerst gefaßten Beschluß wieder aufzunehmen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Singer: Ich mache nunmehr folgenden Vorschlag: Ich glaube, es ist im Interesse der Diskussion wünschenswert, daß unbeschadet der Rednerliste zwei Genossen, von denen der eine seine Auffassung, der andere eine entgegengesetzte zu verteidigen hat, das Wort nehmen und gleichsam die Grundlage für unsere Diskussion liefern. Es sind die Genossen Bebel und Vollmar. Es handelt sich nicht eigentlich dabei um die Aufstellung von Referenten, der Parteitag bindet sich nicht. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, stelle ich noch fest, daß die erste Wortmeldung zu diesem Punkte erst gestern nachmittag erfolgt ist.

Engler-Freiburg i. Br. regt an, Bebel und Vollmar auch das Schlußwort zu geben.

Singer: Das wollen wir uns vorbehalten.

Der Parteitag ist mit dem Vorschlage Singers einverstanden.

Bebel: Parteigenossen, bevor ich in meine Rede eintrete, muß ich Ihnen mitteilen, daß die Antragsteller Ihnen eine Aenderung der von mir, Kautsky und Singer vorgeschlagenen Resolution Nr. 130 vorschlagen. Wir drei hatten, ehe wir uns verständigten, jeder eine Resolution ausgearbeitet. Wir sind vorgestern abend spät, nachdem eine Vorstandssitzung vorausgegangen war, um ½10 Uhr in eine Beratung eingetreten, die bis Mitternacht dauerte. Dabei hat derjenige, der die Resolution zur Reinschrift übernahm, übersehen, daß der Satz 1, der hier steht, von uns allen dreien, auch von dem Verfasser, abgelehnt worden war und man sich auf einen andern Satz geeinigt hatte und zwar folgenden, den ich Ihnen hiemit vorschlage: „Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers

im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind."

Nun ist ja mit Ihrer aller Einverständnis beschlossen worden, daß, wenn auch der offizielle Titel des jetzigen Punktes Taktik lautet, dabei doch insbesondere die Reichstagswahl, ihr Verlauf und ihre Bedeutung für die künftige Haltung der Partei beziehentlich der Fraktion mitberücksichtigt werden sollen. Dieser Beschluß rechtfertigt sich auch dadurch, daß nach den Wahlen nicht allein innerhalb der Partei, besonders auch bei den Parteigenossen des Auslandes, bei denen ungeheuere Freude über den Ausfall der Wahlen herrschte, als auch bei unseren Gegnern die Frage aufgeworfen wurde: Was wird denn nun nach diesem weit über Erwarten großen Erfolg die Sozialdemokratie tun? In dieser Frage schon äußerte sich die Meinung, daß diese Resultate in Bezug auf die künftige Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag von solcher Bedeutung seien, daß sie wahrscheinlich eine Aenderung des ganzen Verhaltens der Fraktion beziehungsweise der Partei herbeiführen würden. Besonders ein Blatt, das in den letzten Tagen hier viel genannt wurde, die „Zukunft", war es, erörterte in einem Leitartikel unmittelbar nach den Wahlen durchaus objektiv die Frage, ob in der Tat die Fraktion die bisherige angeblich negierende Haltung im Reichstage auch fürderhin beibehalten würde. Kautsky schrieb sofort in der nächsten Nummer der „Neuen Zeit" einen Artikel: Was nun?, in welchem ebenfalls diese Frage aufgeworfen wurde. Der Artikel enthielt für mich ganz brillante Stellen, aber am Ende desselben war ich doch nicht viel klüger, als vorher, was mir sonst eigentlich bei Kautskyschen Artikeln nicht passiert. Ich sagte mir: Er hat die Frage: „Was nun?" aufgeworfen, aber doch keine rechte Antwort gefunden. Aber auch namentlich die Parteipresse des Auslandes, insbesondere die Wiener „Arbeiter-Zeitung", die ich stets mit größtem Interesse lese, hat ähnliche Gedanken diskutiert. Es wird auch meine Aufgabe sein, in erster Linie die Frage zu behandeln: Welcher Art sind die Veränderungen, die durch die Wahlen des letzten Sommers herbeigeführt worden sind, und welchen Einfluß können sie auf die Haltung der Partei und speziell die Taktik der Fraktion im Reichstag ausüben? Bei den letzten Wahlen sind unsere Stimmen von rund 2,107,000 Stimmen, die wir 1898 hatten, auf zirka 3,010,000 — die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor — gestiegen. Das ist ein Stimmenzuwachs von über 900,000 oder zirka 43,7 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung seit 1898 um 8 Proz. sich vermehrt hat. Die Zahl der Wahlberechtigten wird sich etwas stärker vermehrt haben, da die durchschnittliche Lebensdauer des deutschen Volkes zugenommen hat. Uebrigens war die Wahlbeteiligung allgemein reger

als 1898; fast alle Parteien haben mehr Stimmen auf sich vereinigt als 1898, allerdings ist der Zuwachs bei keiner Partei ähnlich groß wie bei uns. Wir hatten 1898 58 Abgeordnete; 1903 ist die Zahl auf 81 gestiegen; d. h. die Fraktion zählte 1898 14,6 Proz. aller Reichstags-Abgeordneten, 1903 30,4 Prozent. Die Erfolge der Sozialdemokratie sind in der Hauptsache errungen auf Kosten der linksstehenden bürgerlichen Parteien. Wir haben ja auch eine Anzahl von Zentrumskreisen erobert, ja sogar konservative Kreise, und wir würden das in erheblich größerem Umfang getan haben, wenn das Wahlglück uns etwas günstiger gewesen wäre. Auf der anderen Seite hatten die bürgerlich-liberalen Parteien sehr erhebliche Ausfälle, die in der Hauptsache uns zugute kamen. Im ganzen also hat sich die Linke nicht erheblich geändert, aber die halben und Viertelsmänner sind ausgeschieden und wir an die Stelle getreten. Es ist also insofern eine erhebliche Aenderung zu Gunsten der Linken eingetreten, als die Zahl der Männer, die in Bezug auf Volksforderungen sowohl im Sinne der bürgerlichen Freiheit, wie insbesondere im Interesse der Arbeiterklasse künftig im Reichstage zu sprechen haben, erheblich größer geworden ist, aber in Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen des Reichstages, und namentlich bei wichtigen, ist so gut wie keine Aenderung zu erwarten. Auch in diesem Reichstage hat das Zentrum zwei Mehrheiten zur Verfügung. Geht das Zentrum mit der Rechten und den Nationalliberalen, auf die es ja in fast allen Fällen zählen kann, so hat es die Mehrheit, und macht es, was im nächsten Reichstag noch seltener als früher vorkommen wird, mit der Linken gemeinsame Sache — dabei wird es sich nie um Haupt- und Kardinalfragen handeln — so gibt es eine linke Mehrheit, bei der die Entscheidung ruht.

Auf der andern Seite wird man sich infolge des Ausfalles der Wahl auf der rechten Seite weit mehr als bisher zusammenschließen. Die Angst des Bürgertums, die schon bei den engeren Wahlen zum Ausdruck gekommen ist und die meisten Anhänger der bürgerlichen Parteien veranlaßte, gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, selbst wenn der ärgste Reaktionär in Frage kam — diese Angst wird in Zukunft bei den Parteien des Reichstages, speziell beim Zentrum, noch mehr zum Ausdruck kommen. (Sehr richtig!) Das Zentrum wird nach meiner festen Ueberzeugung, und mit ihm die Parteien der Rechten, in Zukunft im Reichstage noch reaktionärer zu stimmen geneigt sein. (Sehr richtig!) Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Es ist sehr charakteristisch, daß die „Kreuz-Zeitung" unmittelbar unter dem Eindruck des Resultates der Hauptwahl schrieb: „Die Not der Zeit gebietet und zwingt, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus dem politischen Leben auszuschalten trotz aller Bedenken." Ein Kampf, der nahezu vier Jahrhunderte das christliche Deutschland gespalten hat, ein Kampf, der in seiner Totalität

einen ungeheuren unheilvollen Einfluß auf die ganze geistige und kulturelle Entwicklung des deutschen Reiches bis zu diesem Tage ausgeübt hat, dieser Kampf soll jetzt mehr und mehr zurücktreten; es soll mehr und mehr eine Geschlossenheit eintreten, aber nicht um die Rechte und Freiheiten der Nation zu fördern, sondern umgekehrt zu ihrer Unterdrückung und Hintanhaltung. Das ist also das Resultat, das dieser Wahlkampf für die bürgerlichen, namentlich die rechtsstehenden Parteien zur Folge gehabt hat. Daß das so kommen mußte, konnte dem aufmerksamen Beobachter schon seit Jahren nicht mehr verschlossen bleiben. In vielen Richtungen ist ja gerade in dieser Beziehung der deutsche Kaiser mit seinem impulsiven Wesen eine sehr willkommene Persönlichkeit auch für uns. Wir können an seiner Haltung in hohem Grade abmessen, wie die Stimmung an den entscheidenden Stellen ist. Wir können an seiner Stellungnahme ganz genau merken, wie der Wind weht, und die Art, wie der Repräsentant des einzigen protestantischen Kaisertums in der Welt sich schon seit einer Reihe von Jahren zu dem Oberhaupt der katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war im höchsten Grade symptomatisch und hat gezeigt, wohin die Strömung geht: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Das ist vielleicht ein nicht ganz unbedeutendes Moment der Tatsache, daß gerade unsere Partei in einem so bedeutenden Maße an Stimmen gewonnen hat.

Wir wissen ganz genau und haben es nie geleugnet — ist es doch keine Schande, sondern eine Ehre für uns —, daß bei allen Wahlen, vielleicht mit Ausnahme der ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz, wo es eine Gefahr bedeutete, sozialdemokratisch zu wählen, eine erhebliche Stimmenzahl auf unsere Kandidaten entfallen ist von Leuten, die sich zunächst nicht als Sozialdemokraten bekannten. Das sind die sogenannten „Mitläufer". Die Motive, die diese Leute bewegten, sind sehr verschiedenartig, aber natürlich nicht im einzelnen festzustellen. Aber wir haben solche Mitläufer, wir dürfen auch zugeben, daß in dem Maße, wie die Partei in ihrer Totalität wächst, *auch prozentual die Zahl der Mitläufer gewachsen ist.* Auf der anderen Seite aber steht fest, daß, mag die Zahl der Mitläufer bei den einzelnen Wahlen größer oder kleiner gewesen sein, die Sozialdemokratie selbst in steigendem Maße gewachsen ist, daß, mochte auch der eine oder andere Mitläufer bei künftigen Wahlen abfallen, neue an seine Stelle traten und mit der Zahl der Mitläufer zugleich die Zahl der Sozialdemokraten gewachsen ist, die bei der Partei geblieben sind. Das ist das Entscheidende und das außerordentlich Erfreuliche. Wie immer die Dinge kommen mögen, so können und dürfen wir nach dieser Richtung fest auf unsere Anhängerschaft bauen. Es konnte keinem unserer Genossen, wie auch *keinem dieser Mitläufer*, Anhänger und Gesinnungsgenossen, wie wir die Nichtorganisierten nennen, *zweifelhaft sein, wen er wählte, als er einem Sozialdemokraten*

seine Stimme gab. Denn wenn unsere Kandidaten und Flugblätter versäumt haben sollten, das zu sagen, so haben unsere Gegner die Agitationsarbeit für uns übernommen, sie haben uns in einem Lichte dargestellt, so schwarz, so gefährlich, daß ich mir schon oft gedacht habe: solche Vogelscheuchen hat man aus euch gemacht, und doch haben diese Vogelscheuchen so viel Stimmen bekommen. Alle Abschwenkungsmethoden haben nichts genützt bei diesen Männern, die haben gesagt: schwatzt und schimpft, verleumdet nur, soviel ihr wollt, wir wählen doch einen Sozialdemokraten.

Freilich dürfen wir uns auch weiter fragen: Welche verschiedenen Momente haben dazu beigetragen, die Zahl unserer Anhänger in diesem Maße zu vermehren? Da ist kein Zweifel, daß in immer weitere Kreise des deutschen Volkes der Unwille, die Unzufriedenheit, ja die Empörung über unsere vollständig zerfahrenen inneren Zustände dringt. Die vollständige Kopflosigkeit unserer inneren wie äußeren Politik macht immer weitere Kreise der Bevölkerung bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf, klar und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Es ist die vollständige Stagnation, wenn nicht der offene Rückschritt in der Befriedigung der notwendigsten Kulturbedürfnisse nicht allein im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten, der zahlreiche Elemente der Sozialdemokratie zuführt; es ist die traurige Finanzwirtschaft in Staat und Reich, die Plan- und Ziellosigkeit unserer Handelspolitik. Man hat, was man immer den Agrariern von seiten der Regierung vorgeworfen hat, doch nicht den Mut gehabt, ganz agrarisch aufzutreten, aber noch viel weniger den Mut, antiagrarisch aufzutreten, und so ist eine Situation eingetreten, die in der Tat für das Wirtschaftsleben der Nation in den nächsten Jahren von den verhängnisvollsten Folgen sein muß, weil alles, was wir in dem sogenannten Obstruktionskampf, wo wir nach Ansicht der freisinnigen, selbst der bürgerlich-demokratischen Blätter wie der „Frankfurter Zeitung“ eine so völlig unglückselige Taktik verfolgt haben sollen, vorausgesagt haben, bis auf dem Tüpfelchen über dem i eingetreten ist. Sie haben ihren Zolltarif bekommen! Jetzt sollen sie an die Arbeit gehen. Sie sind an die Arbeit gegangen, und da stellen sie sich in den Ministerien hin, und müssen sich erst, wie ein russisch-offiziöses Blatt sich ausdrückt, gegenseitig beriechen (Heiterkeit), weil sie sich nicht trauen. Während in der letzten Session des Reichstages unmittelbar nach Annahme des Zolltarifes hier die agrarische Mehrheit verlangte, daß die Regierung die Handelsverträge unbekümmert um die Wirkung kündige, und während man damals hoffte, daß der im Herbst zusammentretende Reichstag neue Handelsverträge zu beraten haben werde, ist heute die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der nächste Reichstag, mag die Session auch bis in das Frühjahr dauern, kaum einen Handelsvertrag zu beraten in der Lage ist.

Es besteht eine vollständige Führerlosigkeit in der inneren und äußeren Politik, eine Plötzlichkeit, ein ewiges Schwanken. Heute hüh, morgen hott, einmal nach rechts, einmal nach links, heute vorwärts, morgen rückwärts! Ich weiß ja, es gibt Leute in den oberen Regionen, die jeden Morgen mit der Frage aufwarten, ob nicht selbst während der Nacht ein Pulverfaß in die Luft gegangen ist (Heiterkeit), ob nicht Entscheidungen von großer Tragweite erfolgt sind, bei denen man sie hätte fragen müssen, in Wirklichkeit aber nicht hinzugezogen hat. Weiter haben die Militär- und Flottenpolitik und die daraus hervorgegangenen kolossalen Lasten in weiten Kreisen des Volkes die höchste Unzufriedenheit hervorgerufen. Es ist ferner die Weltpolitik, in der wir uns fortgesetzt Blamagen geholt haben, wie in China, in Venezuela u. s. w. Wo immer die stolze Flotte und teilweise auch die stolze Armee zu tun gehabt hat, da haben die ungeheuren Kosten den Resultaten in keiner Weise entsprochen. Alles das muß jetzt selbst dem einfachsten Mann im Volke einleuchten. Er hört immer und immer wieder von einer neuen Militärvorlage, einer neuen Flottenvorlage, neuen Kolonialplänen. Wir wollen ja überall in der Welt, wo ein Nagel eingeschlagen ist, unseren Schild daranhängen. Von alledem hört der Bürger. Er weiß, daß er es ist, der in der Hauptsache seine Söhne für Heer und Marine zu opfern hat; er weiß, daß die Steuern erhöht werden müssen, daß das alles Kosten sind ohne irgend welchen Vorteil, und daß in dem Maße, wie das alles wächst und steigt, nicht etwa ein Zustand größerer Ruhe und Sicherheit eintritt, sondern daß im Gegenteil dieser ganze Zustand der Unruhe und Zerfahrenheit erhöht wird. Die Gefahr einer Gewaltkatastrophe wächst in demselben Maße, wie alle diese Rüstungen steigen. Er weiß weiter, daß die breiten Massen des Volkes in erster Linie die Kosten aller dieser Unternehmungen zu tragen haben, daß auf der anderen Seite aber gerade die Klassen, die diese Rüstungen und diese Politik unterstützen, von den Lasten für diese Politik vollständig befreit sind. Alle diese Kosten werden auf die arbeitenden Klassen abgewälzt. Das wird so bleiben trotz aller schönen Versicherungen des Zentrums, daß es bei künftigen Steuern verlangen würde, daß die breiten Massen des Volkes nicht weiter herangezogen werden. Alles das ist nur Phrase, nur Schein. Darin gipfelt auch das Resultat des letzten Wechsels im Staatssekretariat des Reichs-Schatzamts.

Herr von Thielmann ist gegangen und Herr von Stengel wurde berufen, weil man sich sagte, wir brauchen einen neuen Mann, der durch seinen Einfluß und seine Stellung als eine der angesehendsten Persönlichkeiten des zweitgrößten katholischen Bundesstaates Bayern in der Lage ist, den Widerstand des Zentrums gegen neue Steuern zu beseitigen. Für mich hat aber dieser Wechsel der Persönlichkeiten, denn ein Systemwechsel ist es ja nicht, noch eine andere Bedeutung.

Wenn selbst in unseren Kreisen es bis in die letzte Zeit noch Personen gab, welche glaubten, sie könnten es durch ihre Taktik dahin bringen, den Widerstand der Einzelstaaten gegen den Hauptstaat und seine Forderungen wachzurufen, daß speziell Bayern zu einer gewissen Oppositionsstellung werde scharf gemacht werden können, so sind diese Anschauungen und Hoffnungen jetzt vollständig zu nichte geworden. (Sehr gut!) Indem Bayern für den Posten des Reichsschatzsekretärs einen seiner größten Staatsmänner stellte, hat es zugleich in programmatischer Weise kundgegeben, und das mögen die bayerischen Genossen in erster Linie für künftig sich merken, daß es nicht nur die bisherige Reichspolitik gebilligt hat, sondern daß es für sein Teil auch bereit ist, die Bahnen dieser Politik künftig weiter zu beschreiten und zu diesem Zwecke seine eigenen Staatsmänner herzugeben. Das ist ein wichtiges Moment für eine gewisse Richtung in unserer sozialdemokratischen Bewegung. Herr Stengel hatte es gar nicht nötig, das zu erklären. Wer die Verhältnisse ernsthaft erwägt, der weiß auch so, daß nach der ganzen Sachlage auf absehbare Zeit und ohne eine Aenderung der ganzen Verhältnisse von Grund aus gar nicht daran zu denken ist, daß es jemals gelingen würde, die besitzenden Klassen zu Beiträgen für die Reichslasten herbeizuziehen. Das bringen wir nicht fertig, das brächte selbst das Zentrum nicht fertig, wenn es auch wollte. Aber es will ja nicht. Wenn eine Partei Anlaß hätte, gegen eine Politik der indirekten Besteuerung Stellung zu nehmen, dann ist es das Zentrum kraft seines partikularistischen Standpunktes. So werden also schöne Resolutionen gedrechselt, viele Phrasen gemacht und wenn dann die erste beste Steuervorlage kommt, sei es auf Bier oder auf Tabak oder auf sonst irgend etwas, ich wüßte zwar eigentlich nicht, was man noch heranziehen wollte, man müßte denn etwa das Wasser oder die Luft besteuern (Heiterkeit), so wird das Zentrum schließlich doch zu haben sein.

Wir haben nie geglaubt, daß wir direkte Reichssteuern durchsetzen könnten. Wir sind überhaupt vieles gezwungen zu tun; es kommt nicht darauf an, ob man etwas gleich durchsetzen kann, sondern wir haben es zu fordern, weil es gerecht und vernünftig und somit notwendig ist. Durch die Gründe, die wir anführen, haben wir die draußen Stehenden zu überzeugen, daß die ganze Politik, wie sie heute gehandhabt worden ist im Reiche und in den Einzelstaaten ohne Ausnahme, mag auch hier und da ein Feigenblatt vorhanden sein, eine Klassenpolitik ist, daß Reich und Staat Klassenstaaten sind und es bleiben werden, solange sie in der jetzigen Gestalt bestehen. (Sehr wahr!)

Und wie steht es mit den Finanzen des Reiches? Der laufende Etat konnte nur dadurch balanzieren, daß eine Zuschußanleihe von 72 Millionen beschlossen wurde, eine Zuschußanleihe, die schon nach dem klaren Wortlaut der Verfassung einen Verfassungsbruch bedeutet. (Zu-

stimmung.) Man schreckt unter der Herrschaft des Zentrums nicht bloß vor Geschäftsordnungsbrüchen, sondern auch vor Verfassungsbrüchen nicht zurück (Sehr richtig!), und wer einmal einen Verfassungsbruch begangen hat, mag die Notwendigkeit dazu auch noch so groß sein, — ach Gott, was man einmal getan hat, das tut man auch das zweite, dritte und vierte mal, das tut man so oft, als man glaubt, daß die Staatsraison dazu zwingt. Also nur auf diese Weise ist die Bilanzierung des Etats möglich gewesen. Ob die Zuschußanleihe langen wird, wollen wir abwarten, denn bereits jetzt stellt es sich heraus, daß das letzte Etatsjahr mit einem Defizit von 30 Millionen abgeschlossen hat. Zur Deckung dieses Defizits müssen die Einzelstaaten herhalten.

Ich habe vor einigen Tagen aus einer Quelle, aus der ich es nicht erwartet hätte, eine solche Nachricht zu bekommen, erfahren, daß, während früher das Reich ein prompter Zahler war, während früher die Lieferanten sofort ihr Geld erhielten, dies heute schon in hohem Grade nicht mehr der Fall ist. (Hört! Hört!) Das Reich kann oftmals nicht mehr zahlen, die Kassen sind leer, das Reich muß sich von seinen Gläubigern einen längeren Kredit geben lassen. Es ist weiter Tatsache, daß namentlich infolge des Drängens des Reichstages die Invalidenpensionen erhöht werden müssen und daß das abermals wieder eine bedeutende Mehrausgabe erfordert. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Friedenspensionen wird allein ein Mehr von 20 Millionen erfordern. In allen Ministerien, selbst in dem der Marine und der Armee, hat man sich in den letzten Jahren einschränken müssen. Dazu kommt die neue Heeresvorlage, denn wenn Goßler ging und Einem kam, dann geschah das in der Hauptsache, weil Herr v. Goßler sich sagte, ich habe keine Lust mehr, diese neue Vorlage zu vertreten, das Vergnügen überlasse ich einem andern. Nun, man wird mit gehörigen Forderungen kommen, davon bin ich fest überzeugt, aber der Knüppel liegt beim Hund, man kann nicht Ausgaben bewilligen, wenn man gar nicht mehr weiß, woher das Geld nehmen. Dazu kommt weiter die neue Marinevorlage, und auch da scheint einiges vorzugehen, was nicht so ganz in Ordnung ist. Wiederholt hat es verlautet, daß auch Herr von Tirpitz amtsmüde sei und gehen wolle, weil er es nicht für möglich halte, noch mehr als bisher vom Reichstage zu erhalten. Es kommen Ausgaben für die Neubewaffnung der Armee, kurz und gut, Ausgaben, die auf Hunderte von Millionen anwachsen werden. Wenn in diesem Etat die Ausgaben für Militär, Marine, die Kosten des Friedenspensionsfonds, die Zinsen der Reichsschulden für Militär- und Flottenausgaben sich auf die kolossale Summe von 1030 Millionen belaufen, dann werden sie im nächsten Jahre mindestens auf 1400 Millionen anwachsen.

Man wundert sich über die Erfolge, die wir erzielt haben. Nun, die festesten Säulen des Reiches sind im Innern bereits

bis zu einem gewissen Grade zerfressen, die Armee ist in der größten Unzufriedenheit, selbst die Offiziere sind nicht mehr mit allem einverstanden. Allüberall neue Lasten, neue Ausgaben und das zu einer Zeit, wo wir wahrscheinlich einer verschärften Krisis entgegengehen. Denn wenn der ökonomisch-wirtschaftliche Zusammenbruch, der drüben in Amerika eingetreten ist und in den nächsten Wochen und Monaten in erhöhter Potenz eintreten muß, sich in Europa bemerkbar macht, dann sind es in erster Linie unsere Arbeiter, die die schweren Schläge zu kosten bekommen. Im vorigen Jahre haben wir noch, wenn ich nicht irre, allein für 600 bis 700 Millionen Mark Eisenwaren auf dem Weltmarkt abgesetzt, speziell in Nordamerika, und daurch hatte die wichtigste unserer Industrien noch Arbeitsgelegenheit. Das fängt an aufzuhören, Amerika braucht nichts mehr, und es dauert gar nicht lange, so wird Amerika auf Grund der kolossalen Entwicklung seiner eigenen Produktion eine Ueberproduktion haben, seine ungeheuren Eisen- und Stahlmassen auf den Weltmarkt werfen und die Preise drücken. Dann aber haben wir eine unabsehbare Krisis mit allen Folgen. Wenn ich in meiner vorgestrigen Rede sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so habe ich damit nicht etwa sagen wollen, daß es schwere Zeiten für die Sozialdemokratie sind, daß ich etwa glaube, die Sozialdemokratie habe Ausnahmemaßregeln, Gewaltmaßregeln zu fürchten. Ach nein! Da bin ich wirklich sehr ruhig, da bin ich vollendeter Optimist. Aber unsere allgemeinen Verhältnisse, unsere wirtschaftlichen, unsere sozialen Zustände gehen in den nächsten Jahren schweren Erschütterungen entgegen, namentlich wenn das Regiment, das jetzt am Ruder ist, weiter dauert. Ich glaube an keine Ausnahmegesetze, ich glaube, ganz offen gesagt, nicht einmal, daß man es wagt, das Wahlrecht zu ändern. Wenn unsere Stimmenzahl sich um Zwei- bis Dreimalhunderttausend vermehrt hätte, dann ja. Denn das wäre ja ein Rückschritt gewesen; aber wenn eine Partei von neun bis zehn Millionen abgegebenen Stimmen drei Millionen allein auf ihre Kandidaten vereinigt, dann muß man sich auch an den entscheidenden Stellen sehr sorgfältig fragen, ob man den Kampf mit diesen drei Millionen aufnehmen darf. Und nicht allein das. In einem Augenblicke, wo man solche Gewaltmaßregeln gegen uns wagte, würden hinter uns stehen weitere Millionen, dann würden hinter uns stehen die ganze Nation, die katholischen Arbeiter, ja, alle Arbeiter überhaupt, und dann fragt es sich, ob die Herren da oben und das Zentrum ein Tänzlein mit uns wagen wollen. Will mans wagen, wir sind bereit dazu. Und über den Ausgang des Tänzleins bin ich schon heute nicht im Zweifel.

Nun entsteht die Frage, ob wir unsere Taktik ändern sollen. Wann hat eine Partei ihre Taktik zu ändern? Denn daß eine Taktik nicht ewig ist, das versteht sich von selbst. Liebknecht hat einmal in seiner drastischen Art gesagt: Wenn notwendig, ändere ich binnen 24 Stun-

dern meine Taktik 24mal. Das war sehr drastisch, aber sehr richtig ausgedrückt. Die Taktik jeder Partei jedoch muß den Grundlagen entsprechen, auf denen die Partei aufgebaut ist, und wenn ich wirklich in 24 Stunden 24mal meine Taktik ändern muß, dann darf sie von den 24mal auch nicht einmal mit den Grundlagen der Partei in Widerspruch stehen. (Sehr richtig!) Das ist das Entscheidende! Nun kann man ja darüber streiten, ob wir denn in der Tat mit unseren Grundsätzen in Widerspruch geraten sind. Darüber kann nur die Partei selbst und der Erfolg der Dinge entscheiden. Nun ist aber der Erfolg für die Partei bisher ein solcher gewesen nach jeder Richtung hin, daß wir von diesem Gesichtspunkt aus auch nicht den geringsten Anlaß haben, unsere bisher siegeserprobte Taktik zu ändern. (Lebhafte Zustimmung.) Es kann weiter eine Aenderung der Taktik notwendig sein, weil sie sich als falsch oder ungenügend herausgestellt hat. Auch in dieser Richtung liegt nichts vor. Allerdings, etwas doch, wir sind gewachsen, wir haben mehr Abgeordnete und deshalb müssen wir in gewissem Sinne unsere Taktik ändern, aber nicht etwa in dem Sinne, daß wir bremsen oder zurückhalten, nein, nachdem diese ungeheuren Wählermassen auf Grund unserer bisherigen Taktik, Kämpfe und Haltung uns durch ihre Stimmen ihr Ja und ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen wir noch energischer, rücksichtsloser und schärfer vorgehen als bisher. (Stürmischer Beifall.)

Allerdings gibt es auch in unseren Reihen Leute — und die Betreffenden stehen keineswegs auf der Seite, die wir uns gewöhnt haben, die Revisionisten zu nennen —, die nach der letzten Wahl eine umfassende parlamentarische Tätigkeit in Bezug auf die Einbringung von Initiativanträgen, Gesetzgebungs-Entwürfen u. s. w. von uns verlangen. Da muß ich denn doch mit wenigen Worten diese Illusionen recht gründlich zerstören. Im allgemeinen ist es nicht üblich, daß Parteien große Gesetzentwürfe ausarbeiten und diese durch den Reichstag beraten lassen; denn dies ist eine Riesenarbeit. Ich weiß noch ganz genau, wie mir einmal unser guter alter Liebknecht eine Suppe einbrockte mit solchem Gesetzentwurf. (Heiterkeit.) Es war im sächsischen Landtag, wir hatten das Berggesetz angegriffen und eine Aenderung verlangt. Der Minister sagte, die Regierung erkennt ein Aenderungsbedürfnis an, aber das kostet Zeit, Ueberlegungen, Erhebungen und Studien. Nun, unser Alter, ein Husar, der er immer war, reitet darauf los (Heiterkeit) und sagt: Was? In fünf Minuten mache ich das. (Große Heiterkeit.) Na, das Wort war heraus, und da sagte ich mir, jetzt sitzen wir aber drin! (Heiterkeit.) Der Minister war natürlich so klug, daß er sagte: wenn die Sozialdemokraten es so schnell machen können, so mögen sie es tun. Wir mußten es also tun, denn wir konnten uns doch nicht blamieren. (Heiterkeit.) Ich sage Euch, ich habe 14 Tage und Nächte gesessen und geschwitzt, um den Entwurf zustande zu bringen. Na, er war auch danach,

aber es war wenigstens einer da. Ich erinnere weiter an unseren großen Arbeiterschutzgesetz-Entwurf und will Ihnen da ein Bekenntnis machen. Ich gehöre ja in den Augen der Gegner und selbst eines großen Teils meiner Anhänger zu den Leuten, die keine praktische Betätigung wollen (Widerspruch), erst in den letzten Wochen bin ich als Prinzipienreiter bezeichnet, der immer nur mit seinen Phrasen kommt und stets negiert. Nun, ich gehöre mit einer kurzen Unterbrechung 36 Jahre dem Reichstage an, und es gibt keinen einzigen unter uns, der mehr Initiativanträge eingebracht und mehr Gesetzentwürfe ausgearbeitet hat als ich, der Mann der Negation. Unserem Arbeiterschutzgesetz-Entwurf wird in dem Buch von Herkner über die Arbeiterfrage ein großes Lob erteilt. Als wir den Entwurf später von neuem einbrachten, da war namentlich die Presse der Herren Naumann und Gerlach so des Lobes voll, daß sie verlangten, der Reichstag solle ihn en bloc annehmen. Ja, verehrte Herren (Redner wendet sich an die am Tische sitzenden Herren Naumann und v. Gerlach), wissen Sie denn, wer den ersten Entwurf ausgearbeitet hat? Das war ich, der Mann der Negation! (Große Heiterkeit.)

Gesetzentwürfe einbringen ist gewiß ganz schön, aber es ist nicht so leicht, sie auszuarbeiten. Das müssen wir anderen Leuten überlassen, die dafür angestellt und bezahlt werden, den Herren Geheimräten; diese haben das Material, sie haben die Fachkenntnis und die Möglichkeit, Erhebungen zu veranstalten. Wir haben parlamentarisch so gearbeitet, daß wir uns überarbeitet haben. Glauben Sie etwa, daß wir jetzt, wo wir 81 Mann stark sind, die Mehrheit zwingen können, unsere Initiativanträge anderen vorzuziehen? Singer und ich, wir haben uns im Seniorenkonvent vergeblich bemüht, den Herren klar zu machen, daß das Parlament noch zu etwas anderem da ist, als Regierungsvorlagen zu beraten. Wir haben tauben Ohren gepredigt. Ich kann Ihnen nur sagen, wir können nicht mehr Initiativanträge bringen; und wenn wir nach dem Vorschlag von Timm in den „Monatsheften“ eine soziale Kommission einsetzen, die sich mit den Arbeiterschutz-Gesetzen zu beschäftigen und alle Anträge zu berücksichtigen hätte, bilden Sie sich wirklich ein, es sei dann etwas zu machen? Gewiß, das Bedürfnis ist in hohem Maße vorhanden, und da komme ich noch auf den entscheidenden Punkt, den leider auch wir bisher zu sehr übersehen haben. Es ist nicht allein die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, alle diese Dinge endgültig zu erledigen neben dem anderen Beratungsstoff — dazu müßte der Reichstag das ganze Jahr zusammenbleiben —, nein, das Entscheidende ist, daß die ganze Gesetzgebungsmacherei im deutschen Reich und auch in den anderen Parlamenten der Welt eine so erbärmliche, so ungenügende und mangelhafte ist, daß, wenn heute ein Gesetz fertig ist, morgen bereits alle Welt sieht, daß es abermals wieder geändert werden muß. (Sehr richtig!) Wir können keine großen, grundlegenden Gesetze mehr machen, weil es für solche Gesetze

keine Mehrheit mehr gibt. Die Behauptung, die Savigny vor 100 Jahren aufstellte, daß unsere Zeit keinen Beruf zur Gesetzgebung habe, gilt auch heute noch. Woher kommt das? Weil die Klassengegensätze immer größer geworden sind, sodaß man schließlich nur halbe Gesetze macht, weil man keine ganzen mehr machen kann. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Vor hundert Jahren entstand der Code Napoléon, das bürgerliche Gesetzgebungswerk Frankreichs. Der Code Napoléon war das Werk der Revolution, also jener glorreichen Zeit, wie sie die bürgerliche Gesellschaft seitdem nicht wieder erlebt hat. Die erlauchtetsten Geister hatten an diesem Werk gearbeitet — und das wollte damals etwas heißen — und es den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend gestaltet. Das Werk war aus einem Guß und es besteht bis auf den heutigen Tag in Frankreich. Nun frage ich die Frohme und Stadthagen, die an dem Bürgerlichen Gesetzbuch in der Kommission mitgearbeitet haben: Seit drei Jahren haben wir das Bürgerliche Gesetzbuch, und schon haben wir an allen Ecken und Enden Lücken, Unklarheiten, Zweideutigkeiten. Nehmen Sie die Gewerbe-Ordnung. Was ist seit 30 Jahren an der Gewerbe-Ordnung herumgeflickt! 1869 war die Gewerbe-Ordnung ein ganzes, gutes Werk. Dann kamen die Novellen und heute ist sie ein elendes zusammengestoppeltes Ding, voll von Widersprüchen. Die Zeit hat keinen Beruf mehr zur Gesetzgebung; man kann keine geschlossenen Gesetze mehr machen. Ich habe mich oft gefragt: Ist denn das ganze die Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert, angesichts dieser parlamentarischen Tretmühle? Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampflustig, als daß ich dem lange nachgehangen hätte. Ich sagte mir: Das hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgehauen werden! Man tut, was man kann, aber man täuscht sich dann nicht über die Situation! Das will ich Ihnen nur ausführen, damit Sie nicht glauben, weil wir jetzt 81 Mann, müßten wir parlamentarische Bäume ausreißen.

In einer der Schriften, die hier verteilt worden sind, ist von dem Kongreß von 1871 die Rede, auf dem bereits der Zehnstundentag beantragt worden ist. Vor 32 Jahren! Und damals war ich allein. Um dieselbe Zeit trat in Eisenach die sogenannte soziale Konferenz zusammen, die sich auch für den Zehnstundentag erklärte. Ja, Rudolf Meyer hat behauptet, und, wie ich glaube, bewiesen, daß Bismarck damals den Auftrag gab, einen Gesetzentwurf mit dem zehnstündigen Arbeitstag auszuarbeiten! (Hört! Hört!) Der Entwurf sollte den zehnstündigen Arbeitstag für die Städte enthalten und für das Land im Winter acht Stunden, im Frühjahr und Herbst zehn Stunden, im Sommer zwölf Stunden. 30 Jahre sind seitdem ins Land gegangen, und heute? Ich bin gewiß ein überzeugter Anhänger des Achtstundentages. Es ist in diesem Saale niemand, der mehr von seiner Notwendigkeit überzeugt wäre

als ich, aber ich sage ganz offen: wenn wir heute den zehnstündigen Arbeitstag bekämen, so wären wir totfroh. Also, keine Illusionen, auf keinem Gebiete! (Unruhe.) Ach, das schadet Ihnen nicht an Leib und Seele; im Gegenteil, das kann Ihnen nur nützen.

Also das ist unsere Situation. Wir werden nach wie vor in einer gewissen Isoliertheit bleiben und in der schärfsten Opposition. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir Konzessionen annehmen, wenn wir sie bekommen können und wenn es uns der Mühe wert erscheint. Wir haben uns allerdings über den Wert dieser Konzessionen gestritten. Das war ja die ganze Differenz. Die rechte Seite in der Fraktion — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — war für die kleinsten Konzessionen zu haben, wenn sie auch nach meiner Ueberzeugung ganz unbedeutend waren. Ich habe mir gesagt, was soll ich denn für diese Konzessiönchen stimmen, die wir ja auch bekommen, ohne daß ich dafür stimme; was soll ich mich denn dadurch, daß ich für diese Konzession stimme, gewissermaßen parlamentarisch kompromittieren? Wo wir aber zu der Auffassung kamen, daß es sich um eine wertvolle Konzession handele, da haben wir dafür gestimmt. Bei der letzten Novelle zur Invaliden-Versicherung haben wir schwer gekämpft; da fielen die Hiebe hageldicht und schließlich wurde die Annahme der Novelle von der Fraktion mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen. Nachdem wir dann so gestimmt hatten, kam Dr. Jastrow, den Quarck gestern als einen der liberalen Zuckerwasserverzapfer hingestellt hat, und schrieb in der Frankfurter Zeitung, das sei doch unerhört, daß sogar die Sozialdemokratie für diese erbärmliche Novelle gestimmt habe. So waren die Kämpfe in der Fraktion, und ich kann Ihnen offen sagen, daß bei der neuen Zusammensetzung der Fraktion solche Kämpfe sich nicht vermindern, sondern vermehren werden. Das was ich vorhin als die rechte Seite der Fraktion bezeichnet habe, wird im neuen Reichstage leichter die Oberhand gewinnen können, und deshalb halte ich es für notwendig, daß sich die Partei über die Situation klar wird und sozusagen der Fraktion ihre Taktik vorschreibt. (Lebhafter Beifall.) Soweit es überhaupt möglich ist.

Es ist natürlich undenkbar, daß der Parteitag definitiv feststellt, wie sich die Fraktion zu verhalten hat. Der Parteitag kann nur Direktiven geben, er kann die Marschroute angeben. Tut er das, so muß die Fraktion danach marschieren, sie mag wollen oder nicht. (Heine: Sehr richtig!) Das werden Sie wohl müssen, Genosse Heine, das versteht sich ganz von selbst. Es wäre auch noch schöner, wenn es anders wäre, da würde es allerdings heißen: Wer nicht pariert, fliegt hinaus. (Lebhafter Beifall.) Ich bemerke das ohne Beziehung auf irgend eine Person, rein objektiv. Wenn der Parteitag der Fraktion eine Direktive gibt, so muß die Fraktion sich danach

richten. Kommt der Parteitag zu der Ueberzeugung, daß die Fraktion schwere Verstöße sich hat zu Schulden kommen lassen, so wird er selbstverständlich zunächst mit scharfen Rügen vorgehen. Nachher allerdings würde die Sache anders werden. Das ist in großen Zügen die politische und parlamentarische Situation, wie ich sie auffasse, die Partei muß sich darüber klar werden, und der Standpunkt, den wir einnehmen, muß so klar und durchsichtig sein wie Kristall oder Glas, da darf nichts kommen, was auch nur entfernt dem Gegner die Möglichkeit gäbe zu sagen: also das sind die Resultate dieses gewaltigen Sieges, daß es der Sozialdemokratie geht wie bisher allen bürgerlichen Parteien: wenn sie einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, dann fallen sie um, geben ihre Grundsätze preis und dann ist es aus mit ihnen (Sehr richtig!), sodaß wir in vielen Beziehungen die Erben der bürgerlichen Parteien geworden sind, die Erben der bürgerlichen Parteien aber nicht in dem Sinne, wie Heine in seinem Artikel in den Monatsheften schrieb, daß wir den bürgerlichen Liberalismus zu „ersetzen" hätten, nein: sondern daß wir ihn zu überbieten haben. (Heine ruft: Zu „erfüllen", habe ich geschrieben, was jener sich vorgenommen hat! Das heißt ihn überbieten!) Nein, das heißt es nach meiner Auffassung nicht. (Zurufe.) Sie haben nachher das Recht, das zu sagen. Die Parteipresse hat ja diesem Artikel leider nicht diejenige Bedeutung beigemessen, wie ich. Ich habe ja meine Anschauung über diese Ihre Aeußerung bereits ausgesprochen. Es heißt in dem Artikel: „Immer klarer tritt ihre (der Sozialdemokratie) Aufgabe hervor, die liberalen Parteien nicht einfach abzusetzen, sondern zu ersetzen." (Hört, hört!) Ersetze ich jemand, der abgesetzt worden ist, dann heißt das: ich soll das erfüllen, was der bisher geleistet hat und nun nicht mehr leisten kann. Sie (zu Heine) sind doch Jurist, Philologe, ein Mann, der Logik studiert hat, und wir verlangen allerdings von einem Artikel, der gewissermaßen ein Programm darstellt, daß er klar ist, daß man nicht nötig hat, darüber zu streiten, was er bedeutet. (Heine ruft: Lesen Sie doch weiter!) Hier steht weiter: „... indem sie es übernimmt, die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen." Ja, verehrter Genosse, haben wir das denn bisher nicht getan? Haben wir im Reichstag etwa bisher die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit negiert? Wir haben ja das „Fühlen" in Ihrem Sinne bisher schon getan. Aber das wird uns noch öfter bei der ganzen Debatte passieren, daß wir uns über Begriffe streiten.

Sie haben es ja bereits erlebt: Bernhard hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung kein Zweifel obwalten konnte. Er sagte aber: „Ja, das habe ich nicht sagen wollen, aber ich war nicht imstande, mich klar auszudrücken; ich bedaure, das getan zu haben. Ich gebe auch das Wort, ich tue es nicht wieder." Da mußten wir als milde Richter sagen: „Wen du etwas getan hast, über dessen Bedeutung du dir

nicht klar warst, muß dir freilich verziehen werden.“ Dann kam Göhre mit dem Artikel der „Zukunft“ — den hatte er nicht gelesen. Als er durch die „Neue Zeit“ darauf aufmerksam gemacht wurde, legte er diesem Artikel keine Bedeutung bei. Als ich sein Verfahren charakterisierte, da war er ganz entsetzt, außer sich, schleuderte mir die gröblichsten Worte ins Gesicht und erklärte, er habe den Artikel nicht gekannt, er sei naiv genug — nicht dem Worte, sondern dem Sinne nach —, dem Artikel der „Neuen Zeit“ nicht die genügende Bedeutung beigelegt zu haben u. s. w. u. s. w. Wenn wir diesem Schauspiel entgegengehen, werden wir immer erleben, daß man sich unklar ausgedrückt hat, daß man das, was man nach dem logischen Wortlaut hineinlegen mußte, nicht hatte sagen wollen. Und zuletzt könnte es kommen wie in Hannover und später, daß man nach tagelangem Streiten eine Resolution angenommen hat, aber hinterher ebenso uneinig war, wie bisher. (Zustimmung.) Man rede doch nicht von der Einheit oder Einigkeit in der Partei! Diese Sache hat ja gestern bereits Braun angeschlagen, wir seien ja einig in der Partei. Das ist nicht wahr, das bestreite ich auf das allerentschiedenste; nie und zu keiner Zeit waren wir uneiniger als gerade jetzt, nie und zu keiner Zeit waren die Differenzen größer als jetzt! (Vielfaches sehr richtig!) Das zu vertuschen und darüber abermals mit Zuckerwasser hinwegzukommen, das habe ich für meine Person herzlich satt! (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Ich habe seit zwölf Jahren, seit der großen Debatte in Erfurt, von Vollmar soviel hinunterzuschlucken gehabt und oftmals mich geärgert und bin immer wieder darauf hineingefallen, die Hand zu bieten zur Ueberbrückung der Gegensätze, bis ich mir endlich sagte: So gehts nicht mehr weiter! Jetzt müssen wir uns endlich einmal klar werden, reinen Tisch machen und uns einmal gegenseitig so gründlich aussprechen, wie nur irgend möglich. (Bewegung.) Die Grundlage der ganzen neuen „revisionistischen“ Bewegung ist bekanntlich die Schrift von Bernstein, der damals zu seinem Glück in London war, denn seit er Gelegenheit hatte, nach Deutschland zu kommen, was ich ihm von Herzen gönne, — habe ich doch selbst, so weit ich konnte, dazu beigetragen — seit er sich in Deutschland praktisch betätigt hat, hat er nach meiner Ueberzeugung an Ansehen nicht gewonnen, sondern verloren (vielfaches sehr richtig!) und ferner nicht nur bei den Radikalen, sondern auch bei seinen Freunden, den Revisionisten, und bei diesen am allermeisten. (Sehr richtig!) Was ist dem Mann, der erst von seinen Freunden wie ein Messias jubelnd begrüßt wurde, und von dem sie ein neues Evangelium, einen neuen Glauben, eine neue Taktik erwarteten, in der letzten Zeit nicht alles gesagt worden! (Sehr richtig!) Jetzt heißt es auf einmal: Steiniget ihn, steiniget ihn! Nicht, weil er auch nur ein

Wort von dem, was er gesagt hat, zurückgenommen hat, sondern weil er nach ihrer Meinung gar zu ungeschickt oder auch gar zu rückhaltlos (Sehr gut!) sich ausgesprochen hat. Deshalb hat man ihn so scharf getadelt, ja sogar gesagt: „Wenn das so weiter geht, dann muß er aus der Partei hinaus!" Das hat keiner von uns bis jetzt noch gesagt, sondern das wurde dem Bernstein von denjenigen zugerufen, die bis vor kurzem als seine Anhänger gegolten haben. Bernstein hat sich eben gewissermaßen als das enfant terrible, als das Schreckenskind (Heiterkeit) seiner Freunde entpuppt. Weil sein Ansehen aber bereits in weiten Kreisen diskreditiert war, deshalb legte man auch der ersten Aufforderung Bernsteins, einen Vizepräsidenten zu wählen, der selbst die durch die Praxis des Reichstages festgesetzte Verpflichtung des Hofbesuches zu erfüllen hätte (Große Unruhe), keine allzu große Bedeutung bei. Ich war in der Tat, das kann mir Auer nach meinen Briefen bezeugen, viel weniger erbittert, daß die Frage überhaupt aufgeworfen wurde, als daß sie in dieser Weise öffentlich aufgeworfen wurde, weil ich mir sagte: Konnte Bernstein selbst von seinem eigenen Standpunkt aus etwas Dümmeres, Verkehrteres machen, als daß er in einem Moment, wo in der Partei der größte Jubel über den Wahlerfolg herrscht und wo in der ganzen Partei mit Ausnahme einer verschwindenden Minorität die Ueberzeugung bestand, jetzt gelte es, diesen Sieg auszunutzen, vorwärts zu gehen, zum Angriff überzugehen, schärfer zuzugreifen, durch die Kraft der größeren Zahl die bisherigen Leistungen zu überbieten, daß er da in diesem großen Moment kam mit der Vizepräsidentenfrage (Lachen und Beifall) und erklärte: „Auch wenn wir dabei zu Hofe gehen müssen, darf uns das nicht genieren!" Und das in einem Moment, wo die Reden von Breslau und Essen (Stürmischer, anhaltender Beifall) noch im Gesicht eines jeden Sozialdemokraten brennen, als hätte er eine physische Backpfeife der allerschlimmsten Art empfangen! (Stürmische Zustimmung.) Das in einem Moment, wo sich immer mehr für jeden, der ein wenig denken kann, zeigt, was da oben sich vorbereitet, in einem Moment, wo man sich sagen muß: da haben wir es mit einem Repräsentanten der herrschenden Macht zu tun, der so oft angekündigt hat: „In letzter Instanz ist die Armee dazu da, um gegen Vater und Mutter zu schießen!" (Erneuet laute Zustimmung.) Glaubt Bernstein, daß alles das in deutschen Proletarierhirnen ausgelöscht sei? (Lauter Beifall.) Glaubt er, daß einer von uns darüber im Zweifel sei, daß die gewaltige Macht, die dieser Mann zu Wasser und zu Lande kommandiert, eines Tages mobil gemacht wird, wenn er glaubt, es sei an der Zeit, um gegen uns geführt zu werden? Wer das nicht einsieht, wer das nicht weiß, der soll überhaupt aufhören, Politiker zu spielen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Bernstein hatte in meiner Schätzung bereits bedeutend an Ansehen eingebüßt, und, soweit ich das von Küßnacht aus von meiner Sternwarte (Große

Heiterkeit) beobachten konnte, hat auch ein großer Teil der Parteipresse es nicht für wert gehalten, große Abwehr gegen ihn zu üben. Ich war ja empört, daß der große Moment durch dies täppische Eingreifen gestört wurde. Aber eins will ich Ihnen sagen: wenn ich auch in einem größeren Teil der Parteipresse, auch in dem Teil, der sonst nicht gegen mich Stellung zu nehmen pflegt in taktischen Fragen, getadelt wurde, so habe ich doch andererseits — und ich kann Ihnen die schriftlichen Beweise dafür vorlegen —, so lange ich in der Partei tätig bin, und Sie wissen ja, es hat schwere Kämpfe gegeben seit Jahren in der Partei —, so habe ich niemals aus den Kreisen der Parteigenossen so viel Zustimmungen bekommen, wie gerade jetzt. Unsere Genossen freuen sich, wenn ein rechtes Wort zur rechten Zeit kommt. (Heiterkeit und Beifall.) Mir ist es noch nie passiert, daß ich aus den Kreisen der Fraktion, der Partei — und bis in diese Stunde habe ich noch Briefe über Briefe bekommen — so zahlreiche Aeußerungen der Zustimmung empfangen hätte, wie gerade jetzt von der Masse der Parteigenossen, auch aus der Schweiz, Oesterreich, Belgien, England. Von deutschen Genossen, nicht von den anderen. Die alle sind froh, daß nun endlich einmal sozusagen der Katze die Schelle umgehängt ist. (Lebhafter Beifall.) Das war die Stimmung, von der man in Berlin und speziell in unserem Zentralorgan so ganz und gar nichts gesehen und gehört hat. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Leider!) Es ist rein zum verwundern, aber es bleibt dabei, man hat an den entscheidenden Stellen die Fühlung verloren, das Verständnis verloren, man ist nicht mit der Parteiseele in Kontakt, man ist nicht imstande, aufzufassen, was da vorgeht.

Haben wir jemals in den 40 Jahren seit Bestehen der Partei einen solchen Sturm der Entrüstung erlebt, wie anläßlich dieser Frage? Im wesentlichen freilich erst, nachdem nun seinerseits Vollmar in die Arena trat und nicht nur das aufnahm, was Bernstein gesagt hatte, sondern es in seiner Art noch erweiterte, vertiefte und schärfer begründete. Vollmar liebt es, sehr selten aufzutreten, namentlich in einer programmatischen Form, aber wenn er glaubt, daß die Stunde gekommen sei, einmal mit der ganzen Größe seiner Person einzutreten für eine Sache, dann tut er es in einer gewissen feierlichen Weise, es ist dann gerade so, als wollte er jetzt auf einmal eine neue Lehre verkünden. (Heiterkeit und Zustimmung.) So war es auch in München. Ich war schon der Meinung, die Geschichte sei aus und wir würden uns nur noch in der Fraktion damit beschäftigen, und ich dachte mir schon: Nun kannst du auch einmal ruhig schlafen. (Heiterkeit.) Da kam auf einmal die Nachricht aus München. Nun erinnert man sich ja an das Auftreten Vollmars 1891; im Kolosseum, wo er seine Programmrede in die Welt hinaus hielt, wo er von den bürgerlichen Parteien mit Jubel be-

grüßt wurde und wo gesagt wurde: Ja, das ist der einzige Mann in der Partei, der weiß, der Zeiten Puls zu fühlen. Es war speziell Herr Naumann, der hier vor mir sitzt, der ihn förmlich auf den Knien beschwor: „Sie sind der Mann der Situation! Steigen Sie doch hernieder vom bayerischen Gebirge, stellen Sie sich an die Spitze, das Volk wird Sie mit Jubel empfangen.“ Mit dem Jubel war es freilich verwünscht unangenehm. Ein Jubel war zwar in München vorhanden; *dort ist er immer vorhanden, wenn Vollmar kommt.* (Heiterkeit.) München ist ja das Capua der deutschen Sozialdemokratie. (Große Heiterkeit.) *In München wandert keiner auf die Dauer ungestraft unter den Bierkrügen.* (Erneute Heiterkeit.) *In München gehen die stolzesten Parteisäulen nach einer Zeit zu Grunde.* Da seht euch diesen Parvus an (Heiterkeit), auf den jeder noch vor kurzem geschworen hätte, daß er ein ganz unverfälschter Radikaler sei. Und diese stolze Säule, nachdem sie einige Zeit in München gestanden hat, ist gebrochen, ist zerbrochen im Kaiserbräu. (Große Heiterkeit.) Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchem, der nach München zog, als ein braver, prinzipientreuer, fester Genosse — ich sehe so einige hier sitzen an seinen Tischen. (Große Heiterkeit.) *Nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele tot.* So ist es, so sind meine Eindrücke, und wenn ich selbst nach München ziehen sollte, ich würde mich vor mir selber fürchten. (Stürmische Heiterkeit.)

Vollmars Auftreten wurde nicht nur von der Mehrzahl der Münchener Genossen bejubelt und beklatscht, sondern auch von der bürgerlichen Presse fast ohne Ausnahme. (Sehr richtig!) Es ist ja allmählich in unserer Partei dahin gekommen, daß es gewisse Kreise von Leuten gibt, die eine ganze Korona bürgerlicher Journalisten als Korybanten um sich versammelt haben. Ich sage nicht, daß sie gerufen worden seien. Nein, sie haben sich herangemacht, sie kamen freiwillig, um zu bejubeln, um zu beweihräuchern. Habe ich nicht erst kürzlich gelesen: Vollmar, der ungekrönte König von Bayern! (Große Heiterkeit.) Aber das bayerische Volk will in seiner großen Mehrheit von seinem ungekrönten König in dieser Frage nichts wissen. (Heiterkeit.) Die Stimmung in Bayern hat mich außerordentlich erfreut. *Bayreuth*, man denke Bayreuth, ist vorangegangen und hat sich zuerst gegen Vollmars Rede erklärt. Das hat mich mit großer Genugtuung erfüllt. Und so war es in allen großen Städten Bayerns. Da hat es in der bürgerlichen Presse geheißen, die ganze bayerische Landtagsfraktion ist der gleichen Meinung wie Vollmar. Aber wenige Tage später erklärt unser alter 78jähriger Parteigenosse Gabriel Löwenstein, der als Delegierter hier ist: Ich nicht! Ich nicht! (Lebhafter Beifall.) Und Segitz erklärt ebenso prompt: Ich nicht! Ich nicht! (Bravo!) Daß Haller

gleichfalls den Vollmarschen Standpunkt ablehnt, nun, das war nicht anders zu erwarten. (Heiterkeit.) Nur einer, Franz Ehrhart, der Pfalzgraf am Rhein (Stürmische Heiterkeit), hat bis heute geschwiegen. (Meister: Nein, er hat auch schon gesagt, daß er da nicht mitmacht.) So? Das freut mich. Ich dachte schon, auch du (zu Ehrhart) bist verloren. (Große Heiterkeit.) Wenn man so einen Bundesgenossen gewinnt, wie dich, dann ist das viel wert. Und diese Stimmung brach aus in der ganzen Partei (Stürmische Zustimmung), nicht veranlaßt von oben.

Ich habe nicht angefangen; sobald Vollmar gesprochen, nahm die ganze Parteipresse klare präzise Stellung, zu neun Zehntel gegen Vollmar. So brachs an allen Ecken aus. In der ganzen Partei drang von unten her ein einziger Schrei der Entrüstung empor. (Stürmischer Beifall.) Nun, auch das ist bestritten worden. Da hat z. B. Auer in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ — er schreibt ja nur noch dort, die „Neue Zeit“ scheint nicht für ihn zu existieren (Hört! Hört!) — in seiner bekannten witzigen Weise gesagt, daß eine sehr nebensächliche Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgeputzt worden sei. An gehörigem Echo habe es nicht gefehlt, wobei der Umstand, daß die Anregung gerade in die Zeit der sauren Gurke fiel, wohl nicht ohne Bedeutung gewesen sei. Ich bin überzeugt, daß das seine ehrlichste Ueberzeugung ist, die ganz seinem Wesen entspricht. Aber bei keinem Mann in der Partei bedaure ich so tief wie bei Auer, daß er Vorgänge, die da beweisen, daß die Parteiseele in vollster Glut ist, so beurteilen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht wahr, daß der Streit aus bedeutungslosen Ursachen entstanden ist, das ist ebenso falsch, wie die andere Behauptung, daß die vorhergehenden Debatten dieses Parteitages ein Literaturgezänk gewesen seien, während diese Reden doch die Partei in ihren Grundvesten erschüttert haben. (Bewegung.) Ein solches Urteil kann nur fällen, wer die eigentliche Grundlage, den prinzipiellen Boden verloren hat. (Sehr richtig!) Was bedeutet es, wie kommt es, daß Auer diesen Vorgängen nicht die geringste Bedeutung beigelegt hat. Gewiß, darin hat er recht, die Parteikämpfe füllen bei uns in der Regel die Sommermonate aus. Diesmal aber hatten wir keine eigentlichen Hundstage. (Heiterkeit.) Daß wir gerade im Sommer diskutieren, kommt daher, weil wir alle, Parteiführer, Fraktionsmitglieder während des Herbstes, während des Winters, bis tief in den Frühling hinein parlamentarisch tätig sind, und erst während des Sommers Zeit haben, uns auf uns selbst zu besinnen, theoretisch zu arbeiten und wenn es not tut zu polemisieren. Ueber die Vizepräsidentenfrage selbst habe ich mich bereits ausführlich in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen. Hier habe ich mich nicht im einzelnen darüber zu äußern. Ich will die Angriffe auf meinen Artikel beantworten und habe hoffentlich noch Gelegenheit, darauf zu

antworten. Man hat gesagt, die ganze Sache beruhe auf einer falchen Auffassung von mir: Bebel glaube an eine Verschwörung. Dieser Glaube ist vielleicht angeregt durch Briefe von mir an Auer (Auer: Die habe ich gar nicht gelesen [Bewegung], ich lege immer alle Briefe während solcher Streitigkeiten zurück), es handelt sich um mehrere Briefe, die ich dir vor fünf bis sechs Wochen geschrieben habe. (Auer: Ja, ja!) Und nun sagt er, er habe bis heute diese Briefe nicht gelesen. (Hört! Hört!) Das ist mir ja sehr lieb zu hören. Ich nehme mir von meiner kostbaren Zeit, um in einer so wichtigen Sache an dich zu schreiben — er hat mir ja auch seine Ansicht geschrieben — und du liest sie gar nicht. (Hört! Hört!) Da ich meine Briefe nicht zum Vergnügen schreibe, werde ich künftig meine Konsequenzen ziehen. — Wie das Gerücht von meinem Glauben an eine Verschwörung entstanden sein mag — eine Verschwörung braucht unter Gleichgesinnten nicht zu bestehen, das macht sich ganz von selbst. In dem Augenblick, wo Genosse Vollmar gesprochen hatte, sprangen seine Freunde von überall her ihm bei, und das war ganz in der Ordnung. Da kam das Eingesandt in der „Sächsischen Arbeiterzeitung", da versuchte Südekum in Nürnberg in diesem Sinne zu wirken, da traten Dreesbach und Kolb für ihn ein, da kam Genosse Göhre mit einem großen Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme". Da war man gar nicht der Meinung, daß es sich um eine kleine, nebensächliche Frage handle. Erst als man sah, wie die Stimmung in der ganzen Partei war, merkte man, daß man eine böse Sache eingerührt habe; und um eine Niederlage zu vermeiden vor dem versammelten Parteitag (Lebhafte Zustimmung), da kam aus Fürstenwalde (Heiterkeit) — die Fürstenwalder sind gute, brave Genossen, aber, sie werden mirs verzeihen, führend sind sie nicht (Sehr richtig!) — kam aus Fürstenwalde die bekannte Resolution, die da sagt: Ach, das ist dummes Zeug, die Vizepräsidentenfrage ist eine ganz unbedeutende Sache. Und alsbald echote und echote es aus allen Ecken und Enden, aus denen es vorher geklungen hatte: Jetzt muß die Partei zur Machtteilnahme kommen — denn das ist der Sinn der Vollmarschen Rede — jetzt echote es: Es ist ja gar keine Haupt- und Staatsaktion. Man schwenkte um. (Sehr richtig!)

Allerdings, als man dann sah, daß neun Zehntel der Partei den Vollmarschen Standpunkt mißbillige, da war es auf einmal keine Frage der Machterweiterung mehr, sondern eine ganz kleine unbedeutende Formsache, und da kamen auf einmal von allen Seiten voll merkwürdiger Uebereinstimmung Anträge, der Parteitag solle sich nicht damit beschäftigen. Ja, wenn wir hinter einer chinesischen Mauer lebten, dann wäre die Sache eine andere. Aber so ist es nicht; die ganze Welt — wir können es mit einem gewissen Stolz sagen — sieht auf uns und jede Regung in unseren Reihen wird von ganz Deutschland aufmerksam verfolgt. Auf der anderen Seite

werden alle diejenigen, die seit zwölf Jahren alle paar Jahre wenigstens einmal und in den letzten fünf Jahren jedes Jahr ununterbrochen zu diesen Dissonanzen Veranlassung gegeben haben, von der bürgerlichen Presse, von ihrem Standpunkt aus ganz mit Recht, gelobt und als die großen Staatsmänner mit dem weiten Blick u. s. w. geschildert. Man will auf diese Weise, wie ich schon einmal gesagt habe, die Partei förmlich auseinanderloben. Das ist unter Formen und in einer Weise geschehen, daß ich sagen muß, es hat mich manchmal angeekelt. (Beifall.) Gewiß, dafür können die Betreffenden nichts, sie haben es nicht veranlaßt. Aber wenn mir so etwas passiert — es kann mir ja nicht passieren und ich freue mich dessen. So lange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. (Lebhafter Beifall.) Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, solange ich lebe und existiere, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen. (Stürmischer Beifall.) Also es wäre Torheit, zu verlangen, daß mich die bürgerliche Presse loben sollte — aber wenn mir je solche Lobhudelei zuteil würde, so würde ich doch einmal dazwischen fahren und diesen Leuten sagen: Was gehen euch unsere Angelegenheiten an, kümmert euch um eure Sachen und haltet den Mund über unsere Angelegenheiten. Alle eure Lobeserhebungen sind vergeblich und haben keinen Zweck. Das hätte gesagt werden müssen!

Dort sitzt der Genosse Heine. Im Winter 1901/02 kam ich im Reichstag eines Tages zu ihm und sagte ihm: Heine, haben Sie gelesen, was Herr v. Gerlach über Sie geschrieben hat? Nein, sagte er; worauf ich ihm sagte: Dann lesen Sie es, bitte, dieser Herr v. Gerlach lobt sie noch aus der Partei heraus. Das ist ein gefährlicher Freund; sagen Sie Herrn v. Gerlach, er möge diese unangenehme, ihnen notwendig widerliche Freundschaft nicht so offen zutage treten lassen! Darauf antwortete mir Heine: Sie haben recht, das will ich ihm bei erster Gelegenheit sagen. Aber bis in die letzte Zeit hat Gerlach weiter gelobt. Er hat Artikel über Heine geschrieben, von denen ich sagen muß: Wenn über meine Person so etwas geschrieben würde, ich hätte mich geschüttelt. Was es nun mit diesem „Machtzuwachs" auf sich hat, ist ja mittlerweile bis zum Ueberdruß klar geworden. Ich habe ja schon in meinem Artikel in der „Neuen Zeit" die Urteile der bürgerlichen Presse erwähnt. Ich bin mit Vollmar, mit dem ich bis Ende der achtziger Jahre immer in Uebereinstimmung war und den ich immer an meiner Seite hatte, in eine Reihe von schweren Konflikten gekommen. Seit 1890/91 sind wir in einer Reihe der wichtigsten Fragen immer mehr auseinander gekommen. Aber ich kann wohl sagen, daß das unserer gegenseitigen persönlichen Achtung nicht den geringsten Eintrag getan hat. Da hat man nun gesagt: Das ist die Rivalität der Führer, für zwei Alexander ist in der

Partei kein Platz und bei diesen ganzen Differenzen ist Eifersucht mit im Spiel. Ich habe darauf schon wiederholt geantwortet: Für uns beide ist reichlich Platz in der Partei und für viele andere noch dazu. Die Kreise, die Vollmar verehren, sind ganz andere als diejenigen, die mir Sympathie bezeugen. Und wenn es auch die gleichen Kreise wären, so würde ich sagen, was Goethe in Bezug auf Schiller und sich gesagt haben soll: Hört doch auf zu streiten, wer von uns beiden der Bessere und meinetwegen der Größere ist, seid froh, daß ihr uns beide habt. (Lebhafter Beifall.) Ich sage, es wäre lächerlich, wenn solche Gefühle der Eifersucht uns beherrschen sollten. So oft wir auch in der heftigsten Weise aneinandergeraten sind, zuletzt haben wir doch immer wieder in der freundschaftlichsten Weise verkehrt. Unserem persönlichen Verkehr haben diese Differenzen in keiner Weise geschadet, also bleibt uns mit diesem elenden erbärmlichen Gerede vom Leibe, das ist nicht wahr. Niemals ist mir auch nur eine Sekunde lang der Gedanke gekommen, Vollmar will dir nicht wohl, weil du eine große Popularität in der Partei hast, und ich denke, er hat etwas derartiges auch nicht von mir gedacht. Das traurigste nun bei dieser ganzen Affäre ist, daß schließlich selbst die Blätter der bürgerlichen Presse, die anfangs die Revisionisten in dieser Frage unterstützt hatten, sie am meisten verhöhnten und im Stich ließen, daß diese bürgerlichen Blätter, nachdem sich gezeigt hatte, wie die Stimmung der großen Mehrheit der Partei war, es zuletzt nicht unterlassen konnten, gewissermaßen dem toten Esel noch einen Fußtritt zu versetzen. Das tut mir um diese Männer leid. Ich habe schon in der „Neuen Zeit" auf einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung" hingewiesen, und ich habe hier eine neue Auslassung des Berliner Vertreters der „Frankfurter Zeitung". Auch von dieser Auslassung brachte der „Vorwärts" kein Wort. Ich will hier nebenbei bemerken: Genossen, das muß anders werden, daß die wichtigsten Parteiblätter es nicht für der Mühe wert halten, ihre Leser von solchen Stimmungen und Urteilen zu unterrichten. (Sehr richtig!) Hätte speziell das Zentralorgan in den letzten Jahren in dieser Beziehung seine Pflicht und Schuldigkeit getan und ohne Ansehen der Person gesagt: das wird über Vollmar, Bebel, Kautsky, über die in der Partei herrschenden Strömungen gesagt! Da darf man nicht sagen: Was wird das auf die „Herdenkinder" für einen Eindruck machen, die ja nicht richtig urteilen können, nein, ich will die Partei zur Wahrheit und Klarheit und Mannbarkeit auch in dieser Beziehung erzogen haben. (Lebhafter Beifall.) Ich will, daß die Genossen über alles aufgeklärt werden, und wenn das allezeit geschehen wäre, dann wären die Dinge niemals so weit in der Partei gekommen, wie sie leider gekommen sind, dann hätten die Parteigenossen bei Zeiten eingegriffen und den Betreffenden gesagt: Hört mal, das geht nicht so weiter! Wir sehen, wie das, was ihr tut oder sagt, in der gegnerischen Presse

ausgebeutet wird, wie man euch da mißversteht, das geht nicht! Hätte der „Vorwärts“ den Artikel „Parteimoral“ in seinen entscheidenden Stellen mitgeteilt und hätte dann der „Vorwärts“ nur zehn Zeilen angehängt, dann würde die Partei bei ihren jetzigen Verhandlungen einen vollen Tag gespart haben. (Eisner ruft: Ich hatte den Artikel ja nicht gelesen!) Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf; deswegen werde ich aber vorschlagen, das künftig zu ändern. Und wenn ein so fleißiger Mann wie Sie, den ich für den politischen Teil des „Vorwärts“ geradezu für unersetzlich halte, für diese Sachen keine Zeit hat, so antworte ich Ihnen: Ich wünsche überhaupt nicht, daß Sie sich darum kümmern. Sie sind ein vorzüglicher Genosse und ein ungewöhnlich tüchtiger Journalist, aber für diese Sachen wünsche ich einen anderen, denn dazu sind Sie mir ein zu junger Genosse. Sie kennen die Geschichte der Partei nicht, Sie kennen die Persönlichkeiten und die Verhältnisse nicht und so kommt es, daß Sie neben Ihren im allgemeinen so glänzenden und geistig hoch stehenden Artikeln zuweilen Dinge schreiben, bei denen wir älteren Genossen einfach die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. (Eisner ruft: Das ändert sich aber doch mit jedem Tage!) Ja, Genosse Eisner, das dauert mir aber zu lange (Große Heiterkeit), da kann die Partei inzwischen unendlich viel Schaden leiden. Deswegen wünsche ich, daß Sie in diesem Teile des „Vorwärts“ depossediert und auf den Teil beschränkt werden, in dem Sie in großartigster Weise der Partei dienen, und ihre Aufgabe voll erfüllen können. Es ist nicht irgend welche persönliche Animosität, die mich hierbei leitet, sondern im Gegenteil Hochachtung und Hochschätzung für Ihre Person. Es ist ja selbstverständlich, daß jeder Genosse an die Stelle gesetzt werden muß, an die er nach seinen Fähigkeiten gehört.

Nun hören Sie weiter: Als derselbe Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, der anfangs alles tat, um Vollmar zu engagieren, merkte, wie die Dinge in der Partei lagen, führte er in einer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus, „wenn man glaube, daß sich die Mehrheit, selbst wenn die Sozialdemokraten auf die gestellten Bedingungen eingingen, auf einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten einlassen würde, so sei man sehr im Irrtum. Soweit seien wir noch lange nicht, davon werde erst die Rede sein können, wenn Vollmar die Partei umgewandelt habe. . . . Wenn dieser neue Geist in die Partei eingekehrt sein würde, dann sei die Stunde gekommen, wo man der Frage näher treten könne! Auch die Nationalliberalen und selbst dem Zentrum fällt es nicht ein und könne es nicht einfallen, einen Sozialdemokraten auf den Vizepräsidentenstuhl zu setzen.“ Das soll jetzt, nachdem dieser Streit sich zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung ausgewachsen hat, mit aller Offenheit noch einmal gesagt werden. Da kommt zum Schaden noch der Hohn! Da sagt man zu uns: Wir haben euch dahin gebracht, daß ihr

euch jetzt in den Haaren liegt; aber das ist ein Streit um des Kaisers Bart, wir denken gar nicht daran, euch den Vizepräsidentenposten zu gewähren; ihr habt euch wochenlang gestritten, aber alles um nichts! Kann man sich denn eine größere moralische Niederlage von den Leuten holen, die einen nicht unterstützt haben? Machtfragen! Es soll sich um Machtzuwachs handeln: Das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus, man sagt es nicht, aber man denkt es hüben wie jenseits der Vogesen; ja, wenn wir doch einmal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär, oder gar einen Staatssekretär! Ja, was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und machte etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesetzentwürfe machen könnte, wie er wollte. Da steht die ganze Bourgeoisie, die ja heute kaum ihre eigenen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen; das wäre doch nur dann denkbar, wenn sie ganz genau weiß, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmert und zu etwas anderem machen würde, als sie jetzt ist. (Stürmischer Beifall.) Der Kaiser hat ja jene Randbemerkung gemacht: „Ja, wenn wir einen M i l l e r a n d hätten!" Ich würde, wenn man mich fragte, sagen: Wir haben ja Vollmar, der ist Millerand mindestens ebenbürtig. Wenigstens läuft seine Taktik darauf hinaus, und das ist meiner Meinung nach der große Fehler. Die Dinge gehen eben bei uns anders, als anderwärts. Bei uns heißt es in letzter Stunde stets: Biegen oder brechen, und da es nicht biegt, so bricht es. Setzen Sie einmal den Fall, man verspräche sich in den maßgebenden Kreisen Vorteile davon, man würde glauben, damit Eindruck auf die Arbeiter zu machen, wenn man einen aus unseren Reihen in die Regierung aufnehme. Glauben Sie denn, daß das ohne Konzessionen abginge? Do ut des! Diesen Grundsatz der Politik kennt niemand besser als Vollmar und dafür werden wir ein Stück Macht eingeräumt erhalten, das viel unbedeutender ist, als Sie glauben. Die Nationalliberalen haben seit Jahr und Tag den langen Möller in der Regierung sitzen. Vor vierzehn Tagen las ich in dem nationalliberalen „Hannoverschen Kurier" einen Artikel, der darauf hinauslief: Verehrter Genosse, machen Sie so schnell wie möglich, daß Sie aus dem Ministerium herauskommen; Sie können uns dort nichts nützen, Sie kompromittieren uns nur. (Hört! Hört!) So geht es sogar der nationalliberalen Partei — also nehmen wir den Fall, daß für unsere Partei etwas ähnliches möglich wäre, dann würde man uns sagen, Wurst wider Wurst, wir machen euch Konzessiönchen, aber nun seit so gut und stimmt auch für den Reichsetat! Ihr müßt jetzt das Militär- und Marinebudget, das Kolonialbudget, die auswärtige Politik, die indirekten Steuern, die Lebensmittelzölle, die Liebesgaben akzeptieren, den ganzen Etat mit Haut und Haaren ver-

schlucken, dann machen wir euch Konzessionen. Wie hieß es doch einmal in jener Rede von Heine: Kanonen gegen Volksrechte! (Heine: Also Sie bringen diese Geschichte doch wieder vor!) Etwas Naiveres als diese Rede habe ich nie gehört.

Ich habe schon wiederholt gesagt, eine starke Regierung bedeutet ein schwaches Parlament. Je stärker Ihr die Regierung macht, um so mehr festigt Ihr die Regierung und setzt sie in den Stand, uns zu zwiebeln und alles zu verweigern. Man sagt, wer denkt denn überhaupt an solche Dinge. Man denkt freilich daran. Vollmar stellte in München den Satz auf: Man solle den Kampf speziell auf einzelne Aufgaben und einige naheliegende Punkte konzentrieren, und er nannte als solche Punkte das Koalitions-, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Beseitigung der Lebensmittelzölle, den Normalarbeitstag. Wie es mit den Lebensmittelzöllen aussieht, haben wir ja eben erlebt. Bisher nannte man diese Politik englische Gewerkschaftspolitik. Das ist keine prinzipielle Politik mehr, damit kommen wir in eine schiefe Position. Auf dem Frankfurter Parteitag haben wir uns ja über die Budgetfrage unterhalten. Die bayerischen Genossen hatten für das Budget gestimmt. Damals hielt die stärkste Rede gegen Vollmar Genosse Auer, heute würde er diese Rede allerdings wohl nicht mehr halten. Die Frage wurde damals infolge eines sehr ungeschickten Amendements von Stadthagen nicht klar gelöst (Stadthagen: Das Amendement war sehr gut!); na, Sie sind ja unkorrigierbar! (Große Heiterkeit.) Wenn Sie einmal eine Ansicht haben, so lassen Sie nicht davon ab. Das Amendement war ein großer Fehler. Der Revisionismus ist ja bei den Süddeutschen gewissermaßen zuhause, das ist wohl nicht allein der Einfluß von München-Capua oder von Bier und Wein, der die Leute gemütlicher macht, sondern es sind die weniger entwickelten ökonomischen Verhältnisse in Süddeutschland schuld daran. (Sehr richtig!) Deshalb sollte man aber gerade von Süddeutschland aus nicht versuchen, dem weiter entwickelten Norddeutschland eine neue Taktik aufzuzwingen. Das ist es, was ich mit Nachdruck bekämpfe. Die Sache ist dann später in Lübeck nochmals zur Verhandlung gekommen. Die süddeutschen Genossen versammelten sich darauf in Würzburg, luden aber nur die sogenannten Bernsteinianer ein, und dort kam man dann überein, künftighin für das Budget zu stimmen. (Ehrhart ruft: Die süddeutschen Abgeordneten!) Gewiß, Abgeordnete! Ich habe nicht gesagt, daß Bernstein geladen war, aber diese Genossen nannten sich damals Bernsteinianer. Man kam dort überein, für das Budget zu stimmen, obwohl natürlich ein Teil der Genossen anderer Ansicht war, z. B. v. Haller. Gewiß steht es ja mit Bezug auf die Budgetfrage mit den süddeutschen Staaten etwas anders als mit Preußen, aber die Regierungen der Einzelstaaten sind doch zugleich die Regierungen, aus denen der Bundesrat zusammen-

gesetzt ist. Man könnte höchstens dann für das Budget stimmen, wenn in dem betreffenden Bundesstaat das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper bestände, wenn keine bürgerlichen Parteien uns dort vorgezogen würden, wenn die Ersten Kammern, überall der Hemmschuh des Fortschritts, beseitigt wären, wenn jeder Sozialdemokrat in jede staatliche Stellung gelangen könnte. Wenn auch die Angehörigen der Armee sich nicht zu scheuen brauchten, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, wenn wirkliche Preßfreiheit vorhanden wäre. Wenn alle diese Bedingungen erfüllt wären, dann würde ich mir allenfalls die Frage vorlegen, ob ich das Budget bewilligen könnte. Ich würde dann aber die betreffende Regierung weiter fragen: Wie steht ihr denn zum Reich, wie habt ihr euch da verhalten? Wer hat denn das Sozialistengesetz zwölf Jahre lang über uns verhängt? Es ist einstimmig vom Bundesrat angenommen worden. Wer hat 1890, als das Sozialistengesetz fiel, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung mit der famosen kriminellen Bestrafung des Kontraktbruches und der Verschärfung des § 153 eingebracht? Sämtliche Regierungen, die süddeutschen mit inbegriffen. Wer hat die Umsturzvorlage, wer die Zuchthausvorlage eingebracht? Es waren sämtliche Regierungen, die süddeutschen eingeschlossen. Wie stehen denn alle diese Regierungen zu Militär-, Marine- und Kolonialfragen? Wollt Ihr hier etwa eine Zweiseelen-Theorie konstruieren? Da haben wir jahrzehntelang die Nationalliberalen verhöhnt, daß sie eine solche Theorie anerkennen, und jetzt sollte sie bei uns aufleben? Das darf nicht sein, und deswegen schon muß jeder Schritt in dieser Richtung auf das entschiedenste bekämpft werden. Haben wir nicht gehört, wie Auer und Schippel in Hamburg die neue Kanonenvorlage zu rechtfertigen suchten? War es nicht Schippel, der in den „Sozialistischen Monatsheften" in der bittersten Weise unsere Milizforderungen verhöhnt hat? Als diese Artikel in der Fraktion besprochen wurden, hat niemand von Ihrer Seite Schippel die verdiente Abfertigung zuteil werden lassen. (Hört! Hört!) Ist mir nicht in der Fraktion von einem Genossen gesagt worden: Ja, glaubt Ihr denn, daß wir auf die Dauer das Reichsbudget werden verweigern können? (Hört! Hört! und große Bewegung.) Wie ist es möglich, daß in dieser Weise in Frage gestellt wird, was zur Basis unseres Kampfes gehört? (Lebhafter Beifall.) Ja, wenn bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder in dieser Richtung gearbeitet wird, so sage ich doch: Potztausend, wenn es soweit geht, dann ist das ja d i e a l t e S o z i a l d e m o k r a t i e g a r n i c h t m e h r, dann werden wir ja zum Gespött der Gegner, dann ist es wirklich sehr weit gekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Was weiter die Wahlrechtstaktik unserer Freunde in Bayern im vorigen Jahre anlangt, so habe ich diesen schon damals erklärt, wenn das Gesetz auf Grund Eurer Resolution angenommen wird, dann hat ja das Zentrum auf absehbare Zeit die absolute

Mehrheit in Eurer Kammer, dieselbe Partei, die wir jetzt auf Leben und Tod bekämpfen und die heute mehr denn je die kulturfeindlichste und reaktionärste ist. Wenn überhaupt eine Partei ihre Interessen in der bayerischen Wahlrechtsfrage vertreten hat, so ist es das Zentrum. Dies Lob muß ich hier aussprechen, meinen eigenen Parteigenossen kann ich es leider nicht aussprechen. (Gut! Hört!) Weiter der Mainzer Beschluß über die Eisenbahn-Gemeinschaft! Wir hatten darüber in Mainz vollständig klare Bahn geschaffen. Gerade Calwer, der wahrhaftig kein Radikaler ist und sich vielfach Vollmar viel mehr nähert als mir, hatte die Resolution beantragt, wonach die Verkehrswege unter die Oberhoheit des Reiches kommen sollen. Gegen diese Resolution hat man ein Pronunziamento inszeniert und beschlossen, für eine süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft Propaganda zu machen. Als man dann aber heimging, sah man, daß die Situation in den süddeutschen Staaten so verfahren war, daß man nicht einmal wagte, diesen Antrag auch nur anzuregen in einem der süddeutschen Länder. Wenn Männer von der Bedeutung Vollmars solche Fehlschlüsse und Fehltritte machen, so muß es doch an etwas anderem als am Zufall liegen, so liegt das daran, daß ihr ganzes Fühlen und Denken in Bezug auf die Partei, ihre Grundsätze und ihre Taktik gegen früher sich total geändert haben. (Vielfache Zustimmung.) Der Revisionismus zeichnet sich ja vor allem auch durch seine große Bescheidenheit aus. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das ist sogar ein Hauptunterschied. Mit der geringsten Kleinigkeit ist man zufrieden, nur nicht drängeln, nur keine Aufregung, nur die Massen nicht in Mitleidenschaft ziehen. Wenn irgendwo, so hätte man in der bayerischen Wahlrechtsfrage die ganzen katholischen Arbeiter auf unsere Seite bringen können. Aber dann hätte man dagegen protestiert, daß man das Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an aufgeben wollte, protestiert dagegen, daß man die Karenzzeit von sechs Monaten auf ein Jahr erhöhen wollte, protestiert dagegen, daß man die Aufenthaltszeit verlängern wollte und damit 150,000 Männer, die jetzt das Wahlrecht haben, entrechtet hätte. Das hätte man sich in den Volksversammlungen in München, Nürnberg, Würzburg, Erlangen u. s. w. nicht gefallen lassen, das hätte man der Fraktion gehörig gesagt, und um das zu vermeiden, dachte man: „Nur Ruhe, Ruhe! Kein Geräusch gemacht, bei Tage nicht und nicht bei der Nacht! Wir mogeln hinter verschlossenen Türen, wir werden die Sache schon zu deichseln wissen; nur nicht die Masse aufrühren, das könnte uns unsere Zirkel stören!" (Unruhe.) Das ist, ins praktische übersetzt, ein Stück von der Parteimoral, die Bernhard in seinem Artikel ausgesprochen hat. (Sehr richtig!) Jene denken: „Je bescheidener wir sind, desto leichter siegen wir"; ich sage: „Je bescheidener wir auftreten, desto weniger kriegen wir." (Zustimmung.) Marx sagt in seinem „Kapital": „Kann man keine notwendige Entwicklungsphase überspringen, so kann

man doch ihre Dauer abkürzen." O, es gibt keinen größeren Realpolitiker, als den in unseren eigenen Reihen viel verleumdeten Marx. Man kann eine Entwicklungsphase nicht überspringen, aber abkürzen. Unsere ganze Tätigkeit geht darauf hinaus, die Entwicklungsphasen abzukürzen, die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Revisionisten aber heißt es gerade umgekehrt: Ach, nicht so rasch! nicht so drängeln! Das sind nicht die Worte, aber der Sinn: die Massen sind noch nicht reif! Wie könnt Ihr Euch einbilden, daß diese Massen imstande wären, wenn uns heute die Regierungsgewalt zufiele, sie benutzen zu können? Ach, zerbrecht Euch doch nicht die Köpfe der anderen! Was wißt Ihr denn davon, was wir für Intelligenz auf unserer Seite haben, wenn wir die Massen in der Hand haben? (Sehr gut!) Was haben doch die Arbeiter in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den Gewerbegerichten, in den Parlamenten geleistet! Was haben speziell die Männer, die aus dem Proletariat in das Parlament gekommen sind — ich rede jetzt nicht von den Akademikern — geleistet! Wie haben diese Männer im letzten Frühjahr und Sommer ihre Stellung in der Kommission für den Zolltarif ausgefüllt! Ich sage Euch ehrlich: ich habe ja gewartet, daß sie ihren Mann stellen würden, aber darüber, daß sie ihre Pflicht in so großartiger Weise getan haben, bin ich von Bewunderung erfüllt gewesen. Fragt einmal die Regierungsvertreter, die Vertreter der bürgerlichen Parteien, welches jammervolle Schauspiel es war, wenn bei einzelnen Positionen höchstens mal ein Interessent aus eigennützigen Motiven sprach, von seinem engherzigen Standpunkt aus, während von unserer Seite die Baudert, die Zubeil, die Antrick und wie sie alle heißen, zum Teil über die schwierigsten Themata mit vorzüglicher Sachkenntnis sprachen. So hat z. B. Antrick über eine Reihe der schwierigsten hygienischen Fragen in einer Weise referiert, daß die Regierungsvertreter Mund und Augen aufsperrten. Also, was wißt denn Ihr von der Intelligenz in den Arbeiterkreisen? Ihr habt ja gar keine Ahnung davon! (Sehr gut!) In jeder großen Volksbewegung kamen die Geister auf einmal von unten herauf, an die bisher kein Mensch gedacht hatte. Wenn es je eine große Kulturbewegung in der Welt gegeben hat, die ihre Männer und auch ihre Frauen erzeugt hat, so ist es die der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir morgen durch irgend einen Umstand unserer Gegner von ihren Sitzen verdrängen und uns selbst hinsetzen könnten, so macht Euch darüber keine Sorgen, wir würden schon wissen, was wir zu tun hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Ach, dieser kleinliche Gesichtspunkt, die Engherzigkeit, diese Schüchternheit, dieses ewige beruhigen, temporisieren, diplomatisieren, kompromisseln! (Große Heiterkeit und Beifall.) Natürlich ist alles diplomatische Genie auf Seite unserer Revisionisten (Heiterkeit), alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännisches Genie sieht man schon auf tausend Meter Ent-

fernung (Heiterkeit) und ihr staatsmännisches Geschick riecht man schon von weitem. (Erneute große Heiterkeit.) Trotzdem sage ich Euch: Diese Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: Merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann" ist, dann ist er schon keiner mehr. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Nein, sich den Diplomaten anmerken lassen und es womöglich auch noch aussprechen, das gibt es nicht. Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vertuschung, die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft, das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. (Zustimmung.) Das sind die „Schlaumeier", die immer erst horchen: „Wie stehts da, wie stehts hier?" (Heiterkeit), die immer spüren, wo die Majorität ist, und da gehen sie dann hin. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Eine ganze Anzahl ist bis jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: Denunzieren!?), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: Wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! (Lebhafte Zustimmung.) Die bekämpfe ich am allermeisten. (Stürmischer Beifall.) Wenn hier noch ein Zweifel wäre, ob diese Ansicht richtig ist, so würde ich meine beste Rechtfertigung finden in den Aeußerungen der Feinde. Die sind für mich das beste Barometer. (Lebhafte Zustimmung.) Ich frage aber: Ist nicht die revisionistische Richtung von unseren Gegnern in jeder Weise gehätschelt und gelobt worden, hat man sie nicht moralisch, so viel man konnte, unterstützt? Die „Frankfurter Zeitung" ist sozusagen schon als ein Organ der Revisionisten bezeichnet worden, und genau dasselbe hätte man von der Naumannschen „Hilfe" sagen können. So sehr ich von Herrn Naumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in Bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. (Ruf: Und Erfolg hatte er doch nicht!) Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denkt Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unserer Partei einmal Erfolg haben

wird? (Stürmische Zustimmung.) Nein, Genossen, Erfolg hat er nicht, aber Schaden stiftet er in der Partei an. (Sehr richtig!) Er zersplittert unsere Kräfte (Sehr wahr!), er hemmt unsere Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Genossen wird irre geführt. (Sehr wahr!) Daß die Leute ehrlich kämpfen, das bezweifle ich ja gar nicht, ich habe es ja selbst in Bezug auf unsere Akademiker erklärt, wie es da steht, wie die meisten nur allzubald wieder das vergessen, was sie als Sozialdemokraten gelernt haben, wie sie mehr oder weniger alle glauben, sie seien eigentlich die geborenen Führer des Proletariats (Zustimmung), wie mehr als einer glaubt, das Proletariat müsse stolz sein, daß er ihm die Ehre erweist, ein Mandat anzunehmen. (Sehr wahr!) Das ist kein böser Wille, das ist kein absichtlicher Verrat, aber es ist ein Uebel für die Partei. Neben den Akademikern kommt dann der andere Teil unserer Revisionisten, die *ehemaligen Proletarier in gehobener Lebensstellung* (Sehr richtig!), Leute, die eben jetzt einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage sehen. Die *materialistische Geschichtsauffassung* braucht ihr nur anzuwenden, und ihr habt des Rätsels Lösung. Was für alle Gegner gilt, gilt auch für uns. Und dann der Glaube, man habe eine staatsmännische Ader, man sei als diplomatisches Genie geboren. Dieser Glaube in Verbindung mit dem Verkehr mit Leuten der anderen Richtung bringt es allmählich dahin, daß man auf Wege kommt, wie ich sie heute hier angedeutet habe. Dann gehören weiter auch sogenannte Proletarier dazu! Ja, das sind die Unwissenden, die Unklugen, das sind diejenigen, die einem Manne folgen, dem sie persönlich verbunden zu sein glauben. Aber wenn es einmal möglich wäre, festzustellen, wie das *wirkliche Proletariat* in der Partei über den Revisionismus denkt, der Revisionismus würde einen schönen stattlichen Generalstab haben, aber die Armee hinter ihm wäre verflogen! (Lebhafte Zustimmung.) Und weil nun der *Revisionismus* nach den letzten Wahlen — ich mache daraus kein Hehl, ich vertusche nichts mehr — *in der Fraktion eine besondere Stärkung erfahren hat* (Hört! Hört!), weil ich weiß, daß die Leute ganz naturgemäß ihre Ueberzeugung in der Fraktion zur Geltung zu bringen suchen, weil ich weiß, daß das aufs neue, wie es schon dagewesen ist, zu unausgesetzten Kämpfen und Reibereien der unangenehmsten und widerlichsten Art führte, da habe ich mir gesagt: Jetzt soll endlich einmal der Parteitag, jetzt soll die Repräsentation der Partei entscheiden, wie von ihrem Standpunkt aus künftig die Taktik der Fraktion festzulegen ist. (Beifall.) Ich habe schon in einer meiner ersten Erklärungen gesagt: „Ich weiß, wir gehen speziell in der Fraktion schweren Kämpfen entgegen über die Taktik, aber ich weiß auch, daß in letzter Instanz, wenn die Partei zu sprechen hat, die Fragen anders

entschieden werden, als in der Fraktion. (Sehr richtig!) Wir werden mehr als bisher die Partei aufrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Partei trifft." Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir Ihnen die Resolution mit der Abänderung, die ich zu Anfang verlesen habe, vorgelegt. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich Sie, diese Resolution betrachten und beurteilen zu wollen. Und wenn Sie glauben, daß die Resolution das ausspricht, was ausgesprochen werden muß, dann stimmen Sie ihr mit ungeheurer Mehrheit (Rufe: Einstimmig!) zu, und ich bin überzeugt, wenn diese Richtschnur gegeben ist und wenn die anderen Maßregeln ergriffen sind, die notwendig sind, um künftig Klarheit, Wahrheit und Wissen über alle wichtigen Parteifragen zu verbreiten: dann bin ich überzeugt, daß die Partei ihren stolzen Siegeslauf weiter fortsetzt und daß sie in der glänzendsten Weise ihre historische Mission erfüllen wird. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen vertagt.

Sitzung vom 18. September 1903.

(Vormittagssitzung.)

Den Vorsitz führt **Singer**.

Die Debate über die Taktik wird fortgesetzt.

Das Wort erhält **von Vollmar**:

Parteigenossen! **Bebel** hat Ihnen in seinen gestrigen Ausführungen die innere Lage der Partei so geschildert, wie sie sich in seinem Sinne malt, und er hat damit naturgemäß einen großen äußeren Eindruck gemacht. Indem ich mich daran mache, ihm zu antworten, fühle ich, daß ich in einem gewissen Nachteil ihm gegenüber bin; nicht nur deswegen, weil ich mich an glänzender Rednergabe niemals mit ihm gemessen habe, sondern auch vor allem deswegen, weil mir eine Anzahl von Mitteln fehlt, die Bebel, wie im allgemeinen, so auch gestern in seiner Rede angewendet hat. Ich pflege mich weder an die Einbildungskraft noch an das Gefühl zu wenden, sondern ich appelliere an die ruhige Ueberlegung, an die ruhige Untersuchung. Ich suche mein Auditorium nicht zu zwingen, sondern zu überreden. Nun hat es ja mit der Art der Parteidiskussionen bei uns meist seinen Haken; man kommt bei uns sofort vom Hundertsten ins Tausendste, und gewöhnlich meldet sich bald ein Redner, der in verhältnismäßig einfache Sachen das Motiv der Leidenschaft hineinträgt, zündende Allgemeinheiten hineinwirft, sodaß es dann mit der Ruhe gewöhnlich zu Ende ist. Nach meiner Erfahrung — und ich habe ja leider auch den Vorzug, nunmehr einer Ihrer „Alten“ zu sein — war selten noch die Sachlage so wie gegenwärtig, daß das Kampffeld im Laufe der Debatte so schnell, so gründlich, bis zum Nimmermehrerkennen verschoben worden und die Sache vollkommen entstellt worden ist. Es wird meine Aufgabe sein, die in der blinden Hetze aus dem Zusammenhang gebrachten Glieder wieder einzurenken.

Die Sache ist bekanntlich ausgegangen von der Vizepräsidentenfrage. Ich habe in meiner Münchener Rede, die ja gedruckt vorliegt, bereits ausgesprochen, daß mir sowohl der Zeitpunkt als die Art, in der die Sache von **Bernstein** besprochen und begründet worden ist, *nichts weniger als behagt hat*, und wenn ich hier noch deutlicher ge-

worden bin oder werde, so hauptsächlich deshalb, weil ich nicht die Eigenschaft habe, wenn alle Leute auf einen losstürmen, meinerseits auch noch einen Stein auf ihn zu werfen. Nach meiner Meinung war die Anregung an sich und zu diesem Zeitpunkt eine verfehlte, eine ungeschickte. Aber darüber, daß Bernstein ein Recht dazu gehabt hat, die Sache anzuregen, darüber kann gar kein Zweifel sein, denn wenn ein Parteigenosse, mag er zu den Führern gehören oder nicht, glaubt, daß eine Frage für die Partei von Bedeutung ist, so steht ihm das Recht zu, innerhalb seiner Organisation oder der sozialdemokratischen Presse die Sache zur Debatte zu stellen. (Sehr richtig!) Was mich fast ausschließlich bewogen hat, über die Sache zu sprechen, ist die Art gewesen, wie man Bernstein geantwortet hat und wie man ihn auf die Benützung seines Rechts behandelt hat.

Gestern hat Bebel mir gegenüber ausgeführt, man wisse ja, wie in München derartige Dinge inszeniert werden. Der Vollmar spreche ja außerordentlich selten, wenn aber einmal, dann steige er mit seinem ganzen Gewicht von den Alpen hernieder und dann gebe es etwas. Was die angebliche Inszenierung von Münchener Versammlungen betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß in der Debatte von 1894 Bebel bereits gegenüber den Münchener Parteigenossen den gleichen Vorwurf erhoben hat, allerdings in einer noch viel schrofferen Form, und daß der damalige Vertrauensmann der Münchener ihm darauf eine Antwort gegeben hat, die er sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die Sache kommt bei Bebel eigentlich so heraus, als wenn die Münchener Parteigenossen für ihre Versammlungen erst um hohe obrigkeitliche Bewilligung bei Bebel nachsuchen müßten (Sehr gut!), worauf dann vielleicht, wie bei dem sächsischen „Juwel", die Versammlung genehmigt oder auch versagt wird. (Heiterkeit.)

Bebel meint, wenn ich spreche, so sei es immer, als wenn ich ein neues Evangelium geben wolle. (Heiterkeit.) Ich möchte Bebel sagen, daß ich das Evangelien-Ausgeben, namentlich was die apokalyptischen anlangt (Große Heiterkeit), zu sehr als seine Angelegenheit betrachte (Erneute Heiterkeit), als daß ich mich da einmischen möchte. Im übrigen zeigt diese Schilderung, daß, wenn Bebels dichterische Kraft einmal in Gang gekommen ist, er ganz und gar unfähig ist, auch nur die natürlichsten Dinge in ihrem natürlichen Vorgange zu erkennen. (Unruhe.)

Also die Versammlung fand statt. Bebel wirft mir in der „Neuen Zeit" vor: „Aplomp", „Abkanzlung" und „Zeremonienmeisterei", deren ich und viele andere Genossen uns mündlich oder schriftlich befleißigt hätten. Ich würde darauf nicht geantwortet haben, aber weil ich in den letzten Tagen so übermäßig viel von diesem Kapitel habe hören und sehen

müssen — ich möchte nicht in die Gefahr kommen, darauf angesehen zu werden, als ob ich ähnliche Gesinnungen hätte (Sehr gut!) —, so will ich Ihnen sagen, wie ich in München die Sachen behandelt habe. Ich habe damals gesagt:

„Da kann ich denn mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß die Weise, wie die Debatte von mehr als einer Seite geführt worden ist, entschieden gerügt und zurückgewiesen werden muß. Wenn ein Parteigenosse seine Ansicht über irgend eine die Partei berührende Sache äußert, so setzt er sich natürlich der Kritik aus. Aber er hat Anspruch darauf, daß diese Kritik in Formen geübt wird, wie sie unter Gesinnungsgenossen und Gleichberechtigten geübt werden muß. Glaubt man, daß er unrecht habe und daß man selber klüger sei, so kann man, wenn man es beweisen kann, sich vielleicht ein Verdienst um die Sache erwerben. Aber man wirke mit den Mitteln der Belehrung und Ueberzeugung. So handelt man kollegial, parteigenössisch und kann — auch in viel heikleren und schwerwiegenden Dingen — zu einem fruchtbaren Ergebnis kommen. Aber denjenigen, dessen Meinung einem aus irgend einem Grunde nicht zusagt, sofort wie einen ausgemachten Ignoranten zu behandeln und gegen ihn den herrischen Ton des Schulmeisters oder Vorgesetzten anzuwenden, der persönlichen Gereiztheit so sehr die Zügel schießen zu lassen, daß man Dinge aus seinen Artikeln herausliest, von denen niemals auch nur ein Wort darin gestanden hat — das kann nur verbittern und ist durchaus unzulässig."

Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, wer die Sache ruhig beurteilt. Ich habe mit Absicht keinen Namen genannt; es steht allerdings etwas später in der Rede der Name Bebel, aber nur in dem Zusammenhang, daß die „Neue Zeit" Bebel mit der Form der Veröffentlichung seiner Erklärung einen schlechten Dienst erwiesen habe. Es heißt da: „. . . namentlich, wenn es in einer Form geschieht, wie die „Neue Zeit" es Bebel angetan hat." Im übrigen habe ich keinen Namen genannt aus dem Grunde, weil ich der Sache keinen persönlichen Anstrich zu geben wünschte. Nun hat Bebel sich unzufrieden darüber geäußert, daß von verschiedenen Seiten bei der Gelegenheit die Frage der Meinungsfreiheit aufgetaucht sei. Er sagt in seinem Artikel: „Mit diesem immer wiederkehrenden Geschrei, die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, stellt man der Partei nur ein Armutszeugnis aus und stellt sie nach außen bloß." Ganz gewiß, das tut man, aber ich bin der Meinung, daß das nicht die tun, die sich über wirkliche oder vermeintliche Beschränkung der Meinungsfreiheit beschweren, sondern diejenigen, welche diese Freiheit beeinträchtigen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es höchst merkwürdig, daß gerade Bebel diesen Vorwurf erhebt, er, der ein die ganze Welt erfüllendes Geschrei darüber gemacht hat, weil man ihm ein paar „Erklärungen im „Vorwärts" nicht veröffentlicht hat. Das sei

der Tod jeder Meinungsfreiheit (Bebel: Sehr richtig!), wenn man ihm (Bebel: Nicht nur mir, sondern jedem anderen!) — wenn man in dieser Weise die Meinungsfreiheit beeinträchtige. Ob jemand unter solchen Umständen eine Erklärung abgelehnt wird oder ob man über jemand, der von seinem Recht, seine Meinung zu sagen, Gebrauch macht, herfällt — das ist doch wahrlich kein so großer Unterschied. Seit Jahrzehnten wird ja bei uns bei jeder Gelegenheit bestritten, daß eine Gefahr für die Meinungsfreiheit bestehe. Ja, Genossen, wie mir das Koalitionsrecht auf dem Papier sehr wenig nützt, wenn ich in Wirklichkeit nicht Gebrauch davon machen kann, weil es überall mit Fußangeln und Wolfsgruben umgeben ist, so ist auch die Meinungsfreiheit gar nichts wert, die auf dem Papiere steht. Das ist keine Meinungsfreiheit, wenn sofort, sobald einer den Mund auftut, um etwas zu sagen, was den anderen nicht gefällt, diese anderen wie ein Rudel Wölfe über ihn herfallen und ihn abschnappen (Sehr richtig!) und alles tun, was nur geeignet sein kann, ihn abzuschrecken. Ein so gestaltetes Recht ist ungefähr so viel wert wie das militärische Beschwerderecht. (Sehr gut!) Da heißt es auch: Du darfst dich beschweren, wenn du es aber tust, dann soll dich der Teufel holen. (Sehr gut!) Diese Beschränkung der Meinungsfreiheit wird gerade Bernstein gegenüber von gewissen Leuten systematisch praktiziert und in einer Weise, die mich seit langer Zeit anwidert. (Sehr gut!) In einem Artikel eines Genossen, der nicht auf meiner Seite zu stehen pflegt und mit dem ich mich kaum zwei- oder dreimal zusammengefunden habe, ist der Satz enthalten, es gebe in der Partei Leute, die sich als Antipoden Bernsteins fühlen, alles, was Bernstein verkehrt denke, das müßten sie umgekehrt denken. Ich wiederhole, daß alle diese Vorgänge nur geeignet sein können das Gefühl der Meinungsfreiheit aufzuheben, und ich denke, dazu sind wir Sozialdemokraten (Zustimmung), um den Parteigenossen nicht die Lust zu nehmen, weiterhin offen ihre Meinung zu sagen. Das ist also der Grund, warum ich in München gesprochen habe, nachdem die Sache gegen meinen Willen und sehr zu meinem Unbehagen zur Sprache gebracht war. Ich habe gesprochen, obwohl ich genau wußte und es meinen näheren Freunden, die gerade in meiner Nähe waren, im voraus sagte, nun ist die ganze Geschichte schon verpatzt und verpfuscht. Ich fühlte mich zum Reden verpflichtet, nicht nur, weil meine Münchener Genossen mich dazu aufgefordert hatten, sondern vor allem auch, weil ich es war, der bereits vor fünf Jahren, nach den Wahlen von 1898, die Sache in der Fraktion betrieb.

Ueber die Präsidentenfrage will ich mich, wie die Dinge jetzt stehen, erst recht auf ganz wenige Bemerkungen beschränken. Es ist von einigen gesagt worden — ich habe dabei nicht Bebel im Auge —, u. a. in einer Berliner Versammlung: Ja, die Revisionisten, wie man das Ding so nennt, suchen jetzt plötzlich die Sache so ganz klein darzustellen, um sich aus der

üblen Lage, in die sie gekommen sind, herauszuziehen. Vor Tische, wie Bebel in seinem Artikel sagt, hatte mans ganz anders gelesen, da sei es als hochwichtige Aktion hingestellt worden. Da ich weiß, wie dieser Parteitag schon mehr als sein Magen eigentlich vertragen kann, mit Personalien der unangenehmsten Art beschäftigt worden ist, so will ich meinerseits aus Respekt vor dem Parteitage mich enthalten, auf diese Anschuldigungen, soweit sie mich betreffen, als ob ich aus Mangel an Mut hinterher eine andere Stellung einnehmen würde, diejenige Antwort zu geben, die ich bisher gewohnt war, jedem zu geben, der etwas derartiges sich mir gegenüber herausgenommen hat. Indes will ich mich darauf beschränken, Ihnen zu beweisen, daß diese Behauptung, soweit sie mich betrifft, absolut unwahr ist. Ich habe in der ganzen Angelegenheit diese einzige, Ihnen gedruckt vorliegende Münchener Rede gehalten, ich habe weder ein Wort darüber in einer Zeitung geschrieben, noch ein weiteres Wort hinzugefügt, außer in der Versammlung, die unmittelbar vor diesem Parteitag zur Wahl der Delegierten stattfand, wo ich in der Diskussion sprach. Und nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ganz kurz zeige, wie ich die Sache dort behandelt habe, damit wir die Tatsachen feststellen. Es heißt in meiner Rede:

„Nun ist so viel gewiß, daß die Frage keine solche erster Ordnung, keine weltbewegende ist, und ich bin wahrlich der letzte, der ihr eine übertriebene Bedeutung beilegen und unsere Teilnahme am Präsidium als unter allen Umständen wertvoll erklären möchte."

Ich habe dann die Angelgenheit besprochen, und nachdem ich die verschiedenen Seiten beleuchtet habe, so wie ich glaubte dies tun zu müssen, fahre ich fort:

„Wie immer sich die besprochenen und andere parlamentarische Fragen gestalten mögen, so muß unsere Aufgabe unter allen Umständen die sein, mit verstärktem Eifer unermüdlich alle realen Machtfaktoren auszunutzen zur fortschreitenden Ausdehnung unseres Einflusses und der Eroberung der politischen Macht."

Und ich fügte dann weiter noch hinzu, daß unsere parlamentarische Tätigkeit n i c h t i s o l i e r t s e i, sondern daß das wichtigste die A g i t a t i o n und O r g a n i s a t i o n sei, damit wir Wurzel in der Bevölkerung haben. Ich glaube, daß eine größere Deutlichkeit nicht möglich ist, und ich meine, daß jeder, den nicht Voreingenommenheit unfähig gemacht hat, oder der — was ich ja nicht annehmen will — etwa die Absicht hat, nicht sehen zu wollen, daraus ganz deutlich entnehmen kann, daß für mich diese Frage eine solche war, wie sie d u t z e n d w e i s e in den P a r t e i v e r s a m m l u n g e n auftauchen, eine unter den vielen, die den Diskussionsgegenstand bilden, und in Bezug auf die ich es für meine Pflicht gehalten habe, meinen Wählern und Parteigenossen gegen-

über die Gründe für und gegen anzuführen, denn wer meine Rede gelesen hat, der sieht, daß ich auch Gründe dagegen angeführt habe. Aber aus eben dieser Pflicht der Objektivität habe ich es allerdings auch für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die Frage, wenn auch nicht weltbewegend, so doch nicht gleichgültig ist; denn ich bin der Meinung, daß jede derartige Position, auch wenn sie von Hause aus und bis jetzt noch nicht den Einfluß zu geben imstande war, den wir wünschen können, bei entsprechender Behandlung dazu ausgestattet werden kann, einen Einfluß zu geben, der bei unserem verhältnismäßig geringen Einfluß im Reichstag keineswegs gleichgültig ist. Nun ist das ja allerdings bestritten und gesagt worden, es sei eine ganz gleichgültige Sache. Ich will eine Gegenfrage stellen: Wenn es in Wirklichkeit eine ganz gleichgültige Sache ist, warum beanspruchen wir denn alle miteinander den Posten des Vizepräsidenten ohne repräsentative Pflichten? (Zuruf: Weil es unser gutes Recht ist!) Ach, das ist gar nicht unser gutes Recht in dieser Sache, es kommt auf die praktische Wirksamkeit an. Wäre die Teilnahme am Präsidium in der Tat so wertlos, so wäre doch das einzig Folgerichtige, daß wir den Anspruch, solange wir nicht größere Macht haben, überhaupt nicht erheben. Es muß also doch an der Geschichte etwas sein. Diejenigen, die sagen, daß gar nichts daran ist, haben zu viel beweisen wollen. Aus diesen Gründen war ich der Meinung, daß man sich an derartigen repräsentativen Fragen nicht stoßen dürfe. Ich verstehe es vollkommen, daß die Gemüter in einem Teil des Reichs sich über diese Frage mehr oder minder haben erregen können. Gerade das, was Bebel gestern angeführt hat wegen der betreffenden Person und deren Aeußerungen gegen uns, habe auch ich in Erwägung gezogen, aber ich habe mich daran gewöhnen müssen, im politischen Leben sehr häufig den Gefühlsstandpunkt zurückzustellen, und da bei mir vielleicht das Gefühl weniger ausgeprägt ist, als bei anderen, so habe ich die Sache kühler betrachtet. Ich sehe diese Frage, gerade wie es Auer in seinem Artikel getan hat, als eine ganz untergeordnete Formalie an; ich bin der Meinung, daß irgend ein Prinzip dabei gar nicht in Frage kommt. Eines Tages wird die Partei diese und andere Fragen mit anderen Augen ansehen. Indes, es ist ganz unnötig, darüber zu streiten, die Masse der Partei hat jetzt anders empfunden, und damit ist die Sache ohne weiteres entschieden, schon deshalb, weil, wenn es möglich wäre, auf irgend eine Weise eine Mehrheit dagegen zustande zu bringen, das für die Partei verderblich wäre. Von dem Moment an, wo ein größerer Teil der Partei das als verletzend empfindet, muß das selbstverständlich entscheidend sein. Dazu kommt noch eins: Die Präsidentenfrage ist durch die Art und Weise, wie darüber diskutiert ist, indem anderen Parteien weitere uns zu stellende Bedingungen förmlich in die Feder diktiert sind (Sehr

wahr!), unrettbar ein- für allemal verpatzt. Ich würde darüber nicht mehr reden, wenn ich es nicht für meine Pflicht hielte, noch einige Bemerkungen daran zu knüpfen, die sich gegen Bebels Darstellung in der „Neuen Zeit" richten, und die ich auch deshalb sage, damit nicht das dort Geschriebene als bequeme Münze in der Partei weiter gebraucht wird. Bebel behauptet, daß sowohl Göhre als ich gesagt hätten, die Staatsform sei uns nebensächlich, und er entwirft dann schnell ein blühendes Gemälde von allen den Freiheiten und Schönheiten, die wir in Deutschland haben würden, wenn eine auch noch so blaue Republik vorhanden wäre. Nach seiner Darstellung wäre dann eigentlich so ziemlich alles, was im zweiten Teil des Programms steht, wenigstens von demokratischen Forderungen, erfüllt. Mich wundert nur, daß gerade Bebel, der Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung, das sagen kann; denn ob Kaiserreich oder blaue Republik, die jetzige Mehrheit ändert sich darum nicht, die Mehrheit, die ihre Klasseninteressen vertritt und die infolgedessen auch gegen eine Ausdehnung der politischen Freiheit ist, würde doch, auch wenn wir heute in Deutschland eine Republik hätten, in Bezug auf alle diese Forderungen genau so stimmen wie jetzt, ja, man kann sich sogar denken, daß sie das dann noch energischer tun würde, weil sie ja dann die unmittelbar herrschende Macht wäre. Aber ich gehe darauf nicht weiter ein. Das Thema der Republik ist ja hochinteressant und es ist kein Mensch hier, dem das etwas Gleichgültiges wäre; aber ich glaube, es gibt auch niemand, der etwa behaupten wollte, daß dies Kapitel für uns besonders aktuell ist, und namentlich kann so etwas nicht nebenbei erledigt werden. Ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen, sondern nur das richtig stellen, was ich in Wirklichkeit in meiner Rede gesagt habe. Nachdem ich eine Reihe anderer Gründe dafür angeführt hatte, daß Prinzipien bei der Vizepräsidentenfrage nicht in Betracht kommen, fahre ich fort:

„Und dann sind wir doch keine bürgerlichen Republikaner, deren Denken sich in der Staatsform erschöpft, sondern uns sind wichtiger noch die gesellschaftlichen Einrichtungen."

Ich frage Sie, ob gegen diesen Wortlaut selbst der strengste Oberzensor, der Tag und Nacht mit dem Rotstift herumläuft (Heiterkeit) etwas einwenden kann. Das heißt doch nur: Die Entwicklung der Staatsform ist zweifellos etwas wichtiges, denn sonst wären wir keine Demokraten, aber sie ist nicht das Primäre, denn sonst wären wir keine Sozialisten. Würde sich Bebel, bevor er Angriffe gegen mich schleudert, solche Dinge erst genau ansehen, dann hätte ihm eine solche Entgleisung mir gegenüber nicht passieren können, um so mehr, als er in seinem Artikel genau dasselbe sagt, nur mit etwas anderen Worten, und als meine Darstellung die Auffassung der Partei von ihren Anfängen an bis heute geblieben ist. Damit will ich das Kapitel verlassen, ich wieder-

hole, die Sache ist jetzt durch den Lauf der Dinge für mich wie für jeden anderen erledigt, und wenn Sie dieser Erledigung einen sachgemäßen Ausdruck geben wollen, so ist das nur natürlich, und die Behandlung dieser Frage kann darum sehr schnell abgeschlossen werden.

Nun ist aber offenbar ein derartiger, natürlicher Abschluß der Sache manchem zu nüchtern und undramatisch, es könnte ja sonst das Unglück passieren, daß dieser Parteitag um ein nervenanregendes Schauspiel ärmer wäre (Sehr richtig!) und Zeit gewonnen hätte, die durch das Ergebnis der Reichstagswahl uns gewordenen Aufgaben ruhig zu behandeln. Und wie es im gewöhnlichen menschlichen Leben vorkommt, daß die Leute, die an periodischem Aufregungsbedürfnis leiden (Heiterkeit) und die um das einfachste alltägliche Vorkommnis so viel Sums zu machen suchen, daß schließlich eine große Staatsaktion oder ein sogenannter Grundsatz daraus wird, so ist es auch in der Partei. Und nicht erst seit heute! Leute, die das Bedürfnis — natürlich in bester Absicht — und die die Kunst haben, jede beliebige Sache auf die Höhe einer erhabenen Prinzipienfrage hinaufzuheben und denen nicht wohl ist, wenn sie nicht die Partei in Gefahr erblicken, damit sie sie daraus zu retten wissen. (Heiterkeit.) Es ist neulich schon der Gedanke ausgesprochen worden, daß es eigentlich schade sei, daß wir noch keine Geschichte der Taktik haben: Ich bedaure, daß wir noch keine Geschichte der Versumpfung der deutschen Sozialdemokratie haben. (Sehr gut!) Es würde außerordentlich interessant sein, daraus zu sehen, was bei uns alles als Verwässerung, Prinzipienverleugnung, Traditionsverletzung, Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes u. s. w. verdammt worden ist, und wie dann regelmäßig bald, nachdem ein solches Verdammungsurteil ergangen war, die Sozialdemokratie den vermeintlichen Giftbecher getrunken und sich hinterher sehr gut dabei befunden hat, worauf man denn die alte Giftetiquette schleunigst einem neuen Glase umgehängt hat. (Heiterkeit.)

Da auch heute das zarte Parteigewissen durch gleiche Schreckworte geängstigt ist, so wollen Sie mir wohl erlauben, ein paar Beispiele anzuführen aus der vielberufenen Parteitradition, die manche von uns anscheinend mit den Augen der Konservativen ansehen, nämlich als etwas, das nicht geändert werden könne und das immer so gewesen sei, wie sie es sich im Augenblick vorstellen. Es ist neulich zwischen Bebel und dem „Vorwärts" eine kleine Meinungsverschiedenheit ausgebrochen über die politische Stellung der Partei zu Beginn der Parteibewegung. Ich will darauf nicht eingehen, aber eins möchte ich doch sagen: Bebel hat in der „Neuen Zeit" gesagt, daß der „Vorwärts" zu dichten anfinge, wenn er behaupte, daß damals beschlossen worden sei, unsere

Partei habe sich an der praktischen Arbeit nicht zu beteiligen. Bebel erklärt, daß das absolut unrichtig sei. Er muß doch aber, und zwar genauer noch als alle anderen Leute, die Liebknechtsche Schrift über die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie kennen. Es ist allerdings wiederholt gesagt worden, daß Liebknecht sich nicht in Uebereinstimmung mit der Partei befunden habe. Aber die Liebknechtsche Broschüre ist revidiert und wiederholt herausgegeben worden, Zehntausende von Parteigenossen haben sie gelesen. Da wäre es doch Pflicht gewesen, wenn eine ganz positive Unwahrheit in der Schrift gewesen wäre, sie zu berichtigen. Wie spricht sich nun Liebknecht in dieser Schrift aus. Streifend will ich darauf hinweisen, daß er darin mitteilt, er habe den Vorschlag in der kleinen Fraktion gemacht, mit Protest in den Reichstag einzutreten und dann sofort das Lokal zu verlassen. (Heiterkeit.) Er sagt: „Mit dieser Ansicht blieb ich in der Minorität, es wurde beschlossen, daß die Vertreter der Demokratie jede ihnen passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um im „Reichstag" ihren negierenden und protestierenden Standpunkt geltend zu machen, daß sie sich aber von den eigentlichen parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten." Der „Vorwärts" hat das alles durchaus richtig angeführt. Und weiter heißt es in der Liebknechtschen Schrift: „Dieser negative Standpunkt darf nicht aufgegeben werden, denn sonst gibt die Partei ihr Prinzip auf." Ja, Liebknecht äußert sich darin, daß er sogar die Unterstützung des ersten Arbeiterschutz-Gesetzentwurfs von Schweitzer abgelehnt hat. (Fischer-Hamburg: Die Partei doch aber nicht!) Und weiterhin erklärt er sich dagegen, daß bei der Beratung der Gewerbeordnung, die Bebel gestern als ein gutes Werk bezeichnet hat, einige Parteigenossen im Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken eine Ausnahme machen zu müssen geglaubt hatten. Er sagt: „Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit den Feinden parlamentelt, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert. . . . Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Die Beteiligung an den Parlamentsdebatten bringt nicht den geringsten Nutzen. . . ."

Jemand hat mir vorhin dazwischen gerufen: Liebknecht, aber nicht die Partei. Soviel habe ich auch schon gewußt. Es handelt sich darum, darauf hinzuweisen, was man früher alles als Verrat bezeichnet hat. Liebknecht hat noch lange Jahre vom „Sumpfe des Parlamentarismus" gesprochen und davor gewarnt, hineinzusteigen.

Darauf will ich nicht eingehen, aber noch einen anderen Punkt, den Auer in den „Sozialistischen Monatsheften“ berührt hat, erwähnen. Es handelt sich um die bekannte Frage der Teilnahme am Seniorenkonvent, die 1884 gespielt hat. Die älteren Parteigenossen werden sich erinnern, und diejenigen, denen der Züricher „Sozialdemokrat“ zugänglich ist, werden es darin bestätigt finden, daß sich damals eine gewaltige Bewegung — heute würde man sagen: Alles flammte auf im deutschen Lande (Heiterkeit. Zuruf: Volksseele) erhoben hat gegen die Fraktion, daß sie zum erstenmal in eine inoffizielle Körperschaft, den Seniorenkonvent, gegangen ist. Ich erinnere an den Frankfurter Protest, worüber förmlich eine Urabstimmung in der Partei stattgefunden hat, denn fast alle Parteiorte traten in Erklärungen teils für teils gegen die Frankfurter auf. In dem Protest war die Teilnahme am Seniorenkonvent bezeichnet als eine tiefe Verletzung des revolutionären Prinzips, als eine Beleidigung der Würde des freien Mannes, als eine Komödie. Anstatt, so heißt es darin, das Land mit Gewalt von der Gewalt zu befreien, läßt man sich auf diplomatische Verhandlungen ein, die eine Aussöhnung bewirken sollen. Ganz interessant ist es, daß schon damals das Wort fiel: „Dadurch wird uns der ganze Wahlerfolg verekelt.“ (Hört! Hört!) Und daran schließt sich die Drohung: „Das Proletariat wird erwachen und wird den Weizen vom Unkraut zu säubern wissen.“ Im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen Bebel und Frohme hat sich dabei herausgestellt, daß Bebel in Frankfurt war, als der Beschluß gefaßt wurde, und auch in jener Versammlung; er schreibt nämlich, daß er eben in die Versammlung gekommen sei, als die Erklärung beschlossen war. Aber, fährt er fort: Es ist nicht wahr, daß die Versammlung aus wütenden Anarchisten bestanden habe, sondern er bestätige, daß es die besten und ältesten Genossen gewesen seien, daß die Versammlung vom besten Geiste beseelt war, wenn er auch die Aeußerung der Frankfurter nicht in allen Punkten billige.

Seit der Zeit haben wir uns auch an diese Sache gewöhnt. Viel ist bei der Beteiligung am Seniorenkonvent übrigens nicht herausgekommen, aber er ist wertvoll als Informationsquelle. — Erinnern will ich nur noch an den bekannten Marxschen Brief über unser Gothaer Einigungsprogramm. Dieses Programm nennt Marx „verwerflich, demoralisierend, prinzipienschädigend“; es sei ein Beweis, daß das sozialistische Prinzip Deutschland noch nicht unter die Haut gedrungen sei. Darauf will ich nicht näher eingehen.

Ich wende mich zu einer anderen Gruppe von Fragen, die mit dem Gewerkschaftswesen in Zusammenhang stehen. Manche Gewerkschaftler werden sich sehr unliebsam an die Debatten über die Gewerkschaften in Köln erinnern.

Damals ist es auch Bebel gewesen, der sich über die Sache außerordentlich aufregte. Es war damals die Zeit, in der die sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise namentlich in Süddeutschland in Aufnahme kamen. Als die erste Tagung von Vertretern solcher Arbeitsnachweise stattfand, beteiligten sich außer bürgerlichen auch einige sozialdemokratische Vertreter daran. Da fuhr nun Bebel los und erklärte, sich mit politischen Gegnern über gleichgültige Dinge wie die Arbeitsnachweise zu unterhalten, das sei Wadenstrümpfelei und führe zur Versumpfung. (Heiterkeit.) In solchen Zusammenkünften an die allgemeine Menschenfreundlichkeit der bürgerlichen Klassen zu appellieren, stehe in direktem Gegensatz zur Auffassung vom Klassenkampf. Die Konsuln mögen wachen! (Bebel: Sehr richtig!) Interessant ist nun, daß ein Jahr darauf (Bebel: Zwei Jahre darauf!) derselbe Bebel an einem derartigen menschenfreundlichen Kongreß sich mit bürgerlichen Vertretern in Zürich beteiligt hat. (Heiterkeit.) Ich war auch dabei, ich hatte ja die Wadenstrümpfe schon, aber du (zu Bebel) mußtest sie erst dort erwerben. (Heiterkeit.) Dann kam die Frage der Tarifgemeinschaften. Wie sind die bekämpft worden, als die erste Tarifgemeinschaft der Buchdrucker abgeschlossen wurde. Da wurde die Gewerkschaft der Buchdrucker die königlich preußische Gewerkschaft genannt und als solche angefeindet. Dadurch werde der Klassenkampf (Unruhe) — Sie werden nachher reden können — abgestumpft. Und heute ist das Bestreben der Gewerkschaften allgemein dahin gerichtet, nach Möglichkeit solche Tarifgemeinschaften einzuführen. Man hat eben eingesehen, daß solche Tarifgemeinschaften ein vortreffliches Instrument seien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und um Ordnung in den gewerkschaftlichen Kampf zu bringen. Ueberhaupt, wie oft ist nicht die Eifersüchtelei zwischen politischer Sozialdemokratie und Gewerkschaften zutage getreten! Wie oft hat man in der Partei gefürchtet, es könnte am Ende die Partei geschädigt werden, und es hat sich sogar eine talentvolle Schriftstellerin gefunden, die seinerzeit ausführte, die Tätigkeit der Gewerkschaften sei nur eine sehr beschränkte, von der Möglichkeit einer sozialen Ausgestaltung der Gewerkschaften könne gar keine Rede sein, und die Gewerkschaften gingen überhaupt ihrem Niedergange entgegen. Sie wissen alle, was davon eingetroffen ist, und wie wir heute die Freude haben, zu sehen, daß die gewerkschaftliche Bewegung immer größer wird und in einem großen Aufschwunge begriffen ist als jemals zuvor, und ich wünsche nicht nur im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch der politischen Partei und ihrer praktischen Betätigung, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften und ihr Einfluß möglichst stark werde. (Beifall. Zuruf: Das wollen wir alle!) Ich habe ja nicht das Gegenteil gesagt.

Es wäre nun verlockend, auf eine Gruppe von Fragen einzugehen, die nicht in der Oeffentlichkeit, son-

dern mehr in der Fraktion gespielt haben, und ich hätte umsomehr Anlaß dazu, als Bebel gestern ja bereits ein Beispiel davon erwähnt hat. Ich will nur sagen: als wir im Reichstage die Novellen zu den Versicherungsgesetzen, zu den Arbeiterschutzgesetzen kamen, standen wir vor der Frage, ob wir insofern eine andere Stellung einnehmen wollten, daß wir uns bei der Abstimmung nicht in jedem Fall negierend verhielten, sondern abwogen, ob das Schlechtere oder Bessere überwog, und in letzterem Fall uns bereit erklärten, für das Gesetz zu stimmen. Darüber haben sich viel lebhafte Kämpfe in der Fraktion abgespielt. Bebel hat uns gestern einen Geschmack davon gegeben. Diese Kämpfe haben nicht in einer, sondern in drei, vier, wenn nicht fünf verschiedenen Sitzungen stattgefunden, kurz: man sah eine große prinzipielle Entscheidung darin. Ich weiß noch sehr wohl, wie uns von einflußreichster Seite gesagt worden ist, „es sei ganz unmöglich, eine Aenderung unseres Standpunktes vorzunehmen und den Gesetzen zuzustimmen, denn wer würde es noch wagen, draußen in den Arbeiterversammlungen sich sehen zu lassen, die ganze Schärfe der Agitation und die traditionelle Stellung der Partei würde vollkommen aufgegeben." Es hat nichts genützt, wir sind für mehrere dieser Gesetze eingetreten, und ich frage Sie: Hat die Schärfe der Agitation darunter gelitten, hat sich einer von Ihnen deswegen geschämt, in Arbeiterversammlungen aufzutreten? Ich glaube, Sie haben den Genossen recht gut begreiflich machen können, aus welchen Gründen wir dafür gestimmt haben. (Sehr gut!)

Noch einen gerade jetzt aktuellen Punkt: der ganze Komplex der Wahlbeteiligungsfragen. Ich habe mir unsere ganze Parteiliteratur, namentlich die periodische Presse, ganz genau daraufhin angesehen und kann Ihnen darüber ein ziemlich lückenloses Bild geben. Was die Gemeinderatswahlen anlangt, so haben die Berliner in einem 1884 gefaßten und im Züricher Sozialdemokrat inserierten Beschluß sich gegen die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Es heißt dort zur Motivierung:

> „Die Beteiligung an den Klassenwahlen ist gegen das Programm und fördert die Entwicklung der Arbeiterpartei in keiner Weise; man befördert vielmehr ein Sichbreitmachen des Strebertums, wodurch korrumpierend gewirkt wird."

Ich glaube, gar nicht lange danach haben sich die Berliner gerade wie andere Leute an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt; ich habe vom Strebertum — vielleicht macht das die Entfernung (Heiterkeit) — nichts bemerkt, vor allen Dingen nichts von Korruption, und keiner der Berliner wird noch behaupten, daß es dem Parteiprogramm widerspricht, obwohl das Programm in dieser Beziehung nicht geändert

worden ist. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, da ich die inneren preußischen Angelegenheiten wenig kenne, wie Sie die bayerischen Angelegenheiten genau kennen (Sehr gut! und Große Heiterkeit.) — aber es ist in einer Versammlung behauptet worden, daß die Berliner Stadtverordneten mit großem Stolz eine Amtskette trügen, auf welcher das Bildnis Friedrich Wilhelms III. sich befinde. (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob es wahr ist, aber es hat im Vorwärts gestanden, da wird es wahrscheinlich wahr sein. (Zuruf: Es ist wahr!) Na, denkt einmal: die Wadenstrümpfe sollen mir die Waden verbrennen, aber das Königsbild auf der Brust darf man tragen! (Große Heiterkeit.)

Die Frage der Landtagswahl-Beteiligung ist zum erstenmal in München aufgetaucht, woher ja bekanntlich alles Schlechte kommt. (Heiterkeit.) 1886, als wir in München vor der Wahlbeteiligung standen, erschien in einem demokratischen Hamburger Blatt die Nachricht, daß die Liberalen zu einer Verständigung mit den Sozialdemokraten bereit seien, falls die Sozialdemokraten soviel Wahlmänner aufbrächten, daß sie bei der Wahl ausschlaggebend zwischen den beiden Parteien seien. Darauf ist am 28. Oktober 1886 ein gewaltiger Artikel im Sozialdemokrat erschienen, bei dem alles dafür sprach — und es wird uns wohl bestätigt werden —, daß er von Bebel hergerührt hat. Dabei hofft der Verfasser, „daß die Genossen sich niemals zu einem so schmählichen Kompromiß hergeben würden. Das widerspreche alten Traditionen der Partei". Sie sehen: mit einer rührenden Gleichmäßigkeit sind es so ziemlich immer wieder dieselben Worte. „Wir dürfen niemals Kampfgenossen anderer Parteien sein, sondern nur selbständig kämpfen. Das wäre ein Parteiverrat, selbst wenn die Gegner uns ein Mandat anzubieten die Frechheit hätten. (Große Heiterkeit.) Wir dürfen nie ein Mandat den Gegnern verdanken, sonst ist das korrumpierend für die Genossen, lähmend für die Gewählten." Hier sei die schiefe Ebene, hier sei eine erbärmliche Taktik. „Genossen, seid auf Eurer Hut!" (Hört! hört!) Wir waren nicht ausschlaggebend damals, deshalb sind wir nicht in die Lage gekommen, diesem Artikel entgegenzuhandeln. Wären wir es gewesen, häten wir es jedenfalls getan.

Nun kommt Köln 1893. Damals hat ja Bernstein bekanntlich den Vorschlag gemacht, sich an den preußischen Landtagswahlen zu beteiligen. Alles ist über den „weltfremden Ede" hergefallen, nur nicht so bissig wie jetzt, und es hat in der Presse geheißen — die Leute, die diese Aeußerungen getan haben, sitzen um mich herum —, das sei Korruption, Verwässerung der Zielpropaganda, Kompromißmacherei usw. Bebel trat als Referent auf und bewies haarscharf: „Ein Kompromiß mit feindlichen Parteien muß notwendig zur Demoralisierung führen." (Ruf: Das tuts auch!) Es sei ein Kompromiß im

schlimmsten Sinne des Worts, darum sei es eine Pflicht, sich der Wahl zu enthalten. Der alte Liebknecht sagte noch deutlicher: Kompromiß — Verrat, Verrat, in dem die Prinzipien geopfert werden! Jeder Pakt mit anderen Parteien wirke förmlich demoralisierend. — Die Beteiligung ist abgelehnt worden, „Ede" hat seinen Rüffel bekommen. Aber nach einigen Jahren haben die Leute in der Partei nach dem „Gifttrank" auf einmal ein gewisses Sehnen verspürt. Die Geschichte hat sich gewendet. Freilich gab es immer noch Leute, die sich dagegen ausgesprochen haben, unser Freund Zubeil z. B. (Heiterkeit; Zurufe Zubeils) — können Sie (zu Zubeil) denn gar net a wenig warten? (Heiterkeit.) — Zubeil hat gesagt, er möchte den sehen, der mit dieser Resolution, die die 1893er Resolution aufhob, agitatorisch tätig sein wolle. Bebel aber hat auf einmal gar keine Gefahr mehr darin gesehen; er hat gesagt, er habe seine Stellung geändert. Ja, er bedauere, daß er in Köln den Gründen für die althergebrachte Taktik der Abstention so starke Ausdrücke gegeben habe, die besser unterblieben wären. (Hört! hört!) Dann sagte er: **Was ist ein Kompromiß? Ein Kompromiß ist nur, wenn man einen politischen Grundsatz preisgibt; solche Verträge mit politischen gegnerische Parteien vor aller Welt sind aber kein Prinzipienverrat und Unterstützung mit Gegenleistung ist keine Schande."** Der Kölner Beschluß ist darauf aufgehoben worden, wenn auch nur unvollkommen, und vor drei Jahren in Mainz ist die Sache gründlich beendet worden. Bebel sagte damals, 1900, es sei Pflicht, sich zu beteiligen. Abmachungen mit bürgerlichen Parteien sollten insofern gestattet sein, als sie an die Zustimmung des Parteivorstandes gebunden seien. Sie kennen ja den Beschluß. Bebel meinte, das Wort „Kuhhandel" klinge recht landwirtschaftlich, es sei eben aus dem landwirtschaftlichen Bayern hergeholt (Heiterkeit); dann fährt er fort: „Was ist ein Kompromiß?" — ich bitte, sich diese Definition zu merken, sie gehört eigentlich in ein deutsches Sprachlexikon —: „Kompromiß ist eine Vereinbarung mit einem anderen, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man aus eigener Kraft nicht erreichen kann! „Und darum" — fährt er fort — „so großes Geschrei? Es handelt sich ganz einfach darum, was in Bayern und Baden schon geschehen ist, auf die preußischen Verhältnisse zu übertragen. Nun, seit einiger Zeit haben die Parteigenossen in Preußen auf diesem Wege schon so hübsche Fortschritte gemacht, daß sie uns Bayern nahezu eifersüchtig machen können. (Heiterkeit.) Denn wir in Bayern haben wenigstens niemals an andere Wahlbündnisse gedacht als an solche, die erst mit dem zweiten Wahlakt in Kraft treten. Ich habe aber im Vorwärts selbst schon die Frage auftauchen, besprechen und auch befürworten sehen, daß man, wenn etwas bei den preußischen Landtagswahlen herauskommen solle, eigentlich schon vor dem ersten Wahlakt, vor der Urwahl,

Verabredungen treffen müsse, denn dadurch könne man in gewissen Wahlkreisen, wo für die Sozialdemokratie nichts zu holen sei, ohne weiteres für die Freisinnigen eintreten.

Entschuldigen Sie diese historische Auseinandersetzung, aber sie war notwendig. Sie sehen daraus, daß unsere Bewegung nicht etwas Feststehendes, sondern in fortwährendem Fluß begriffen ist. Unsere Meinungen haben sich sowohl über prinzipielle Fragen, Programmfragen, als auch über die Taktik fortwährend in einer allmählichen Umgestaltung befunden. Dieser Prozeß ist noch nicht zu Ende, und er wird auch nie zu Ende gehen. (Vielfaches Sehr richtig!) Denn das muß doch auch wohl einmal gesagt werden: Zwischen heute und dem Endziel liegt noch so manches, wovon unsere Schulweisheit sich nichts träumen läßt. (Rufe: Sehr wahr!) Man hätte doch aus der Parteigeschichte lernen und vorsichtiger werden sollen, um nicht jede neue Ansicht ohne weiteres mit einem Verdammungsurteil zu belegen und immer wieder in den alten Gespensterschreck zu verfallen. Statt dessen aber wieder das gerade Gegenteil. Kaum hatte die Partei die große Aktion des Wahlkampfes mit so großem Erfolge durchgefochten, jene Aktion, in der sich gezeigt hat, daß wir niemals einiger und energischer im gemeinsamen Kampf gewesen sind, in der sich in allen praktisch-politischen und taktischen Fragen volle Uebereinstimmung gezeigt hat — kaum war das vorbei, da ist das alte törichte Geschrei, daß die Partei in Gefahr sei, mit frischen Kräften wieder erhoben worden. Nach meiner Ueberzeugung hat dies Geschrei niemals — wenigstens niemals seit dem Sozialistengesetz — so jeder Spur von Berechtigung von Grund aus entbehrt als gerade jetzt. Niemals ist ein Prinzipienstreit unnötiger vom Zaun gebrochen worden als jetzt. (Zustimmung. Widerspruch.) Ich kann das beweisen mit Bebels Worten selbst.

Am 27. Juli habe ich meine Rede gehalten; spätestens Anfang August wird Bebel davon gehört haben. Er hat darauf in der Stuttgarter Tagwacht eine Erklärung veröffentlicht, in der er über meine Rede sehr kühl urteilt. Er hat wörtlich gesagt:

„Seine (Vollmars) Ausführungen über die Präsidentenfrage haben für mich gar nichts Neues enthalten, weil sie schon 1898 in gleicher Weise von ihm gemacht worden sind, ohne daß die Mehrheit der Fraktion Veranlassung nahm, sie anzunehmen."

Ich habe sogar schon 1895 die Sache in der Fraktion behandelt; auch Auer und unser Grillenberger haben sie damals vertreten, letzterer gerade in Bezug auf die höfische Repräsentation mit einer Wendung, die sehr interessant war, sich aber für die Oeffentlichkeit und gerade in Sachsen nicht eignet. (Große Heiterkeit.) Wenn diese Ansicht in der Repräsentationsfrage wirklich so etwas abgrundtief Verwerf-

liches ist, so hätte man doch wahrhaftig das schon 1895 und 1898 in der Fraktion aussprechen können. (Bebel: Ist geschehen!) Ach was, geschehen! Man hat gesagt: Darauf gehen wir nicht ein, aber von schmählich und unerhört ist gar keine Rede gewesen. Wir haben uns in aller Gemütlichkeit darüber auseinandergesetzt. (Fischer-Hamburg: Es hat aber damals auch nicht in den Sozialistischen Monatsheften gestanden!) Ich habe 1898, als die Sache abgelehnt wurde — ich gehöre nicht zu denjenigen, die schreien, als wenn sie am Messer stäcken, wenn ihnen ihr Wille nicht geschieht (Oho! und Heiterkeit), ich unterwerfe mich der Mehrheit, wie andere das auch tun sollen — ich habe damals gesagt: die Sache ist vorbei, im nächsten Reichstag werden ich oder ein anderer sie wieder anregen.

Also Bebel sagte erst, die Sache ist gar nichts Neues, und einige Wochen später kommt derselbe Bebel mit der Ansicht, durch Vollmar sei die Präsidentenfrage zu einer Haupt- und Staatsaktion geworden (Bebel: In der Partei!), sie enthalte ein gutes Stück, ja das Hauptstück der Frage nach einer neuen Taktik.

Wie ist es möglich, daß eine Sache einmal etwas ganz Unbedeutendes, gar nicht Interessantes ist und dann sozusagen über Nacht zum Hauptstück einer funkelnagelneuen Taktik wird? Ich kenne ja die privaten Vorgänge nicht, aber wir haben gerade in den letzten Tagen gehört, daß sie eine große Rolle in der Partei spielen. Ich muß aber sagen, da ich auch ein Seebewohner bin wie Bebel (Heiterkeit), wenn auch in einer anderen Gegend: mir scheint, daß der wohltuende Einfluß, den die Seeluft auf die politischen Nerven ausübt, bei Bebel durch einen etwas zu häufigen Briefwechsel beeinträchtigt wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Noch eins: wenn diese Frage das Hauptstück der sogenannten neuen Taktik ist, **wo sind dann die übrigen Stücke?** Ich habe in meiner Münchener Rede über die einzuhaltende Taktik ausgeführt, welche Aufgaben sich nach meiner Meinung aus unserer neuen Machtstellung ergeben. Nun ist ja Bebel allerdings mit diesen Ausführungen insofern nicht zufrieden, als er meint, dieser Teil über die Taktik sei zu kurz ausgefallen, aber er sagt dann in seiner Erklärung gegen die Fürstenwalder Genossen sofort, daß er in diesem Punkt der Taktik kein Wort gegen das von Vollmar Vorgebrachte einzuwenden habe, und in dem bewußten Artikel der Neuen Zeit sagt er noch deutlicher: „**Enthält dieser kurze Abschnitt** (über die Taktik) **das neue Programm, so kann ich mich zur Gefolgschaft Vollmars zählen.** (Hört! hört!) Was Vollmar in seiner Rede als Aufgabe fordert, haben wir bereits redlich getan, aber es lag nicht an uns, wenn der positive Erfolg nicht auf unserer Seite war.“ Und das soll nun die neue Taktik Vollmars sein, die Haupt- und Staatsaktion der Revisionisten, die Erweiterung

der Kluft innerhalb der Partei, das Ende der Partei-Einheit und wie die Dinge alle lauten! Ich suche vergeblich nach einer Erklärung für eine derartige plötzliche Wendung Bebels, wie eine derartige Frage in Verbindung mit meinem Namen überhaupt aufgeworfen werden kann. Bebel hat wiederholt davon gesprochen, daß innerhalb der Partei eine große Aufregung aufgelodert sei. Das klingt sehr großartig, aber ich bin zu ketzerisch, um solche allgemeinen Wendungen ohne weiteres gläubig aufzunehmen. Ich habe ja schon verschiedene solche Ausbrüche der Volksseele mitgemacht. Aber ich habe auch diesmal gesehen, nicht nur aus der Münchener Post — ich lese zu meinem gar nicht großen Vergnügen eine ganze Reihe andere Partei-Organe —, daß man an manchen Orten die Sache auch sehr kühl behandelt hat. Und ich weiß ferner und habe es aus mündlichen Aeußerungen vernommen, wie viele Leute an Orten, wo es so auflodert, bisweilen dabei gewesen sind. Noch eins! Ich bin der Meinung, daß eine Schmeichelei genau ebenso verwerflich ist, ob ich sie an einen Potentanten richte oder an das Volk (Heine: Sehr richtig!), und als solche Schmeichelei betrachte ich es, wenn es so dargestellt wird, als ob das Gefühl der Massen untrüglich und unfehlbar sei. Ich habe keine geringe Meinung von der Masse und dem Volksempfinden, aber das hat mich die Geschichte aller Volksbewegungen gelehrt und zugleich auch die Geschichte unserer Partei, daß dieses Volksgewissen sich täuschen oder auch getäuscht werden kann. Das Empfinden des Volkes ist ebenso Irrtümern unterworfen, wie das des Einzelnen, also mit diesem vagen Begriff kann ich mich nicht abfinden lassen. Ich muß mich schon an konkretere und faßbarere Dinge halten. Also ich suche vergeblich nach einer Erklärung dafür, weshalb die Sache so aufgebauscht werden konnte.

Oder vielmehr: Ich würde vergeblich suchen, wenn ich etwa erst seit gestern Bebel kennen würde. Ich gehöre nicht zu den Menschen — das weiß Bebel und das kann mir der größte Feind nicht vorwerfen — der irgendwie persönlich zu beleidigen sucht und persönliche Dinge in den Vordergrund drängt, so lange es nicht aus sachlichen Gründen absolut notwendig ist. Es ist mir deshalb außerordentlich angenehm, daß Bebel in den letzten Tagen in einer seiner Reden selbst ausgeführt hat, daß sein Temperament ihm schon manchen Streich gespielt habe, daß er manchen Schwupper gemacht habe. Er hat dann hinzugefügt: Er beanspruche aber, daß man stets an die Ehrlichkeit seines Wollens glaube. Das hätte er gar nicht zu sagen brauchen, das ist ganz selbstverständlich, aber es ist, wie ich wenigstens annehme, das Recht jedes einzelnen unter uns, das zu verlangen. Wir haben verschiedene Temperamente, und infolgedessen sehen wir ein und dieselbe Sache verschieden an. Ich bin nicht derjenige, der so verliebt in sein Temperament wäre, daß er es für das beste hielte. Ich könnte eher sagen: Im Gegenteil. Ich habe viel zu oft gesehen, und erst

in den letzten Tagen gesehen, daß ein konzentrierter Wille, der um jeden Preis die Gemüter sich unterwerfen will, der aufgeht in einem einzigen Punkt, ganz andere Resultate erzielt, als wenn man mit ruhiger Besonnenheit und Ueberlegung an die Dinge herantritt. Aber die Sache ist nun mal so: wir haben verschiedene Temperamente, und das ist sehr gut, denn das möchte eine nette Zucht werden, wenn wir alle miteinander gleich durch das Dach fahren würden! (Heiterkeit.) Ja, ja, lieber Bebel, wenn ich nur ein Zehntel von der Art hätte, loszugehen wie andere, dann hätten wir schon ganz anderen Krach gehabt. Also diese Verschiedenheit ist sehr nützlich, und Bebel wird wahrlich nicht sagen können, daß jeder einzelne in der Partei nicht Rücksicht auf die unvergleichliche Stellung und die Verdienste Bebels nimmt. Aber eins muß angesichts der Bescherung, die hier angerichtet worden ist, gesagt werden, und namentlich von einem Manne, der wie ich seit Jahren von Bebel und anderen angegriffen worden ist, und der bisher kein einziges Mal den Kopf gerückt, geschweige denn erwidert hat. Ich erinnere nur daran, wie Bebel in München mit direkter Beziehung auf meine Person sagte, die Situation in der bayerischen Wahlrechtsfrage sei verdorben, verführt durch den Geist der Staatsmännischkeit. Wen er da ungefähr gemeint hat, kann man sich denken. Ich sagte mir: Bebel hat eine andere Ausdrucksweise wie andere Leute. In der Musik gibt es ja auch Leute, die immer Fortissimo spielen. (Heiterkeit.) Aber ich sage, es muß einmal gesagt werden, gerade von einem, der den Beweis geliefert hat, daß er keine Neigung zu solchen Auseinandersetzungen hat, dem aber doch schließlich auch einmal der Geduldsfaden reißt. Man mag auf die einzelnen Temperamente noch soviel Rücksicht nehmen: einen Freibrief für alles und jedes kann dieses Temperament doch nicht geben. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Bebel ruft: Verlange ich auch nicht!) Und wenn in der Presse gesagt worden ist, man brauche nicht jedem Einfall eines Revisionisten zu folgen — worin ich vollständig beistimme, erstens weil ich gar nicht weiß, was das für ein Ungetüm ist, zweitens weil niemals eine derartige Forderung erhoben worden ist — ich sage: wenn die Partei nicht dazu da ist, jedem Einfall eines Revisionisten zu folgen, dann soll sie ebenso wenig der Spielball der überstiegenen Einbildungskraft und Nervosität einzelner Menschen sein. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Große Unruhe und Zischen.) Wie immer der Einzelne stehen mag: innerhalb einer demokratischen Partei kann eine solche Ausnahmestellung unter keinen Umständen eingeräumt werden. Ungezügeltes Temperament schadet nicht nur auf Fürstenthronen, sondern auch auf Parteithronen. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe.) Und wer Dinge und Menschen lenken will, der muß verstehen, sich selbst zu beherrschen.

(Zischen. Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Und wer so empfindlich gegen die leiseste Berührung seiner Person, wie, nicht immer, aber bisweilen, Bebel ist, der sollte sich umsomehr hüten, gegen andere, die ihm gerade augenblicklich unbequem sind, mit einer Wahllosigkeit der Sprache und Mittel loszufahren, wie es in dieser Debatte geschehen ist. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe und Zischen.) Bebels Nerven sind schon irritiert durch Edes einfachen Artikel; der hat ihm nach dem über alles Erwarten großen Wahlsieg die Freude verekelt! Ja, fällt denn Bebel, der so leicht zu verekeln ist, gar nicht einen Augenblick ein, wie seine Art zu debattieren und vorzugehen auf andere Parteigenossen wirken muß? Bebel hat viel getan und tut viel für die Partei. Aber das muß ich doch sagen und das wird er selbst nicht bestreiten: Allein tut er doch auch nicht alles für die Partei; es gibt doch auch noch andere Leute — zu denen ich mich selbst zuletzt rechne —, die ihr Sein, ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Zeit opfern und die beanspruchen können, daß man ihnen nicht ihre politische Tätigkeit vor den Gegnern verekelt (Beifall bei einem Teil der Versammlung), daß man ihnen nicht die Lust nimmt, für die Partei zu wirken, sich allen Schlägen auszusetzen.

Bebel sagt in seinem Artikel im Anschluß an das Kapitel über die Republik: Nachdem wir uns, wie er glaubt, im Sozialismus schon länger nicht verstanden hätten, verständen wir uns jetzt auch über die Demokratie nicht mehr. Das scheint so, denn sonst wäre es ganz unmöglich, daß in solchem Ton zur Partei gesprochen würde, wie es in der letzten Zeit von manchem geschehen ist und zwar nicht zuletzt, sondern zuerst von Bebel. Bebel urteilt über alles und jedes, über jede Person, über Männer und Frauen, und nicht nur über ihre politische Tätigkeit und ihren politischen Charakter, sondern er maßt sich an, über sie persönlich als Männer und Frauen zu urteilen. Er erteilt hochmögende Zensuren nach allen Richtungen, er wendet sich persönlich nicht nur an die Parteigenossen, sondern auch an die Gäste, die anwesend sind; er nimmt sich jeden einzelnen vor, wie gestern den Vorwärts-Redakteur, erteilt Verwarnungen, sagt ihm, was er anstreben wird, was er gegen ihn tun wird, und teilt die Parteigenossen in solche erster und zweiter Güte ein (Widerspruch, Beifall.), jawohl, in die wahren und die halben oder falschen Sozialdemokraten. (Hofmann-Hamburg: Er sagt, wie es ist!) Was ist gestern in der Richtung gesagt worden! Bebel hat über die Akademiker gesprochen. Die Akademiker, so sagte er vor einigen Tagen zu ihrer Verteidigung, sind Leute, denen man es hoch anrechnen muß, daß sie zur Partei gekommen sind, weil sie schwere Kämpfe durchzumachen haben. Aber wenn einer von den Akademikern mit ihm nicht einverstanden ist, dann versteht er nichts von der Sozialdemokratie, dann steckt er noch im Bürgertum drin, womit er sogar Leute gemeint hat, die Jahrzehnte in der Partei

sind. Die Arbeiter haben den untrüglichen Klasseninstinkt und auf ihr Gefühl muß man sich verlassen. Wenn sich aber ein Arbeiter untersteht, anderer Meinung zu sein — wie man jetzt immer sagt: revisionistischer Meinung —, dann hat er auf einmal den untrüglichen Klasseninstinkt verloren. Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in unseren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, wie Bebel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unversöhnt mit Bebel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können. Merkwürdig nur, daß sich bei anderen Leuten auch die Lebenslage gehoben hat, die ihren Klasseninstinkt nicht verloren haben. Aber Bebel begnügt sich nicht, einzelne Genossen in dieser Weise einzureihen, sondern er erlaubt sich, ganze Teile des Reiches in dieser Weise zu qualifizieren. Es ist nicht lange her — genau kann ich's im Augenblick nicht behaupten, aber ich kann dann ja berichtigt werden, wenn's nötig ist —, da hatte Bebel einen Streit mit den Badensern und da hat er, so viel ich mich erinnere, den sehr poetischen Ausdruck gebraucht: das ganze badische Ländle sei nicht mehr wert, als es in den Sack zu werfen und in den Bodensee zu schmeißen. (Bebel: Nein, das habe ich nicht gesagt.) So? Na dann ist es nachher aufgeklärt worden, ich habe es jedenfalls in der Parteipresse gelesen. (Bebel: Nein, das hat nicht in der Parteipresse gestanden! Zuruf: Es war in Lübeck!) Es kann ja dann klar gestellt werden. Jetzt kommen wir Münchener daran und das Capua Deutschlands, wo man im Bier und Wein — da man in München nicht sehr viel Wein trinkt, meint er damit wohl das übrige Deutschland — ersäuft, wo die politische Gesinnung verdirbt oder wo man, wie er sich ausdrückte — es ist nämlich merkwürdig, daß ihm in diesen Tagen besonders Bibel-Reminiszenzen gekommen sind (Große Heiterkeit. Bebel: Du meinst wohl, ich fange gar an, fromm zu werden?) — mit Leib und Seele zu Grunde geht. (Bebel: Ich habe gesagt: Mit Seele und Geist!) Na, mit dem Leib geht man denn doch am Bier zuerst zu Grunde. (Heiterkeit.) Nachdem Bebel also zunächst den Zustand der Münchener auf Bier und Wein — was unzweifelhaft eine geistvolle, völkerpsychologische Auffassung ist — zurückgeführt hat, meint er weiter, die Sache käme daher, weil wir in wirtschaftlicher Beziehung zurückgeblieben seien. Es war mir interessant, das von Bebel zu hören, und zwar deswegen, weil ziemlich das nämliche von Bismarck gesagt worden ist. Bismarck hat einmal das Wort von der fauligen Zuchtlosigkeit des Südens gebraucht, auf welche die preußischen Junker natürlich herabsehen. Ja, aber Bebel, es kann doch nicht jeder Mensch Preuße sein! (Große Heiterkeit.) Und auch das genügt ja nicht, daß man Preuße ist. Auch die Preußen werden,

wenn sie nach München kommen, verdorben! Und es wird kurz nach mir ein Originalpreuße erscheinen und Ihnen Aufschluß geben, wie es seiner Seele oder seinem Geist in München ergangen ist. (Große Heiterkeit.) Es hätte eigentlich nur gefehlt, daß Bebel noch gesagt hätte, er bedauere, daß München und Süddeutschland überhaupt für die Partei gewonnen worden sei. Denn wenn München einen so schlechten Einfluß ausübt, dann muß das doch auf die gesamte Partei ungünstig wirken. Ich wundere mich nur über eins: wenn Bebel so über uns denkt, warum hat er denn diese Charakteristik nicht im vorigen Jahr auf dem Münchener Parteitag mitgeteilt? Da war der geeignetste Boden, um eine solche Strafpredigt zu halten. Ich habe nicht gesehen, daß Bebel in München ein prinzipiell saures Gesicht gemacht hätte (Große Heiterkeit); im Gegenteil, er war sehr vergnügt (Heiterkeit. Bebel ruft: war ich auch!) und er schien sich in diesem Sumpf ganz behaglich zu fühlen. Ebenso hat sich Bebel im vorigen Jahr gehütet, die Weisheit über die bayerische Wahlrechtsfrage zum besten zu geben, die er gestern hier vorgetragen hat. Und hier muß ich ein ernstes Wort darüber sagen! Erinnern Sie sich, wie im vorigen Sommer Bebel wegen der Wahlrechtsgeschichte über uns herfiel, daß durch diese Sache die ganze Wucht des Kampfes für das allgemeine gleiche Wahlrecht zerstört sei, und wie er schließlich erklärte, auf dem Münchener Parteitag werde sich das weitere finden. Das sagte nicht nur Bebel; in einer ganzen Reihe von Partei-Organen war es zu lesen, speziell in der Leipziger Volkszeitung, die ja immer der große Blasebalg für Gewissensfeuer ist. (Heiterkeit.) Sie hat natürlich auch damals zu hetzen versucht so viel wie möglich. Schließlich waren wir in Bayern ganz ängstlich geworden, was man denn eigentlich in München mit uns anfangen würde. Um so erstaunlicher war es, daß auf dem Münchener Parteitag, wie Sie wissen, kein Mensch ein Wort geschnauft hat über die ganze Geschichte! Ich sagte Bebel noch zu Beginn des Parteitages: Werden wir nun gesotten oder gebraten werden? Da antwortete er mir: Ich bin der Meinung, jetzt ist einmal die Sache so weit verfahren; da warten wir lieber mal ab, was weiter wird. (Bebel: Das war etwas anderes!) Du hast es dem Sinne nach so gesagt; ich erinnere mich noch, daß du zufügtest, du wüßtest nicht, ob nicht vielleicht ein anderer sprechen wollte, du aber hättest keine Veranlassung dazu. Nun, ich meine, damals war der Zeitpunkt, über diese Sache zu sprechen. Damals war der Parteitag vorbereitet auf diese Frage. Damals schwieg man und jetzt plötzlich wirft Bebel diese Frage auf, über die ich allein einige Stunden sprechen müßte, wenn ich näher darauf eingehen wollte. Ich bin selbstverständlich überzeugt, daß Bebel die bayerischen Dinge bis in die kleinste Spezialität so genau kennt als wir Bayern selbst. Darüber habe ich gar keinen Zweifel, darf ihn nicht haben. (Heiterkeit.) Aber das eine muß ich ihm doch sagen: Er hat mit seiner

gestrigen Anzapfung der Propaganda in Bayern und unserem Wirken sicher einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen! Und er hat dadurch die Sammlung seiner Urteile, deren Anführung fortwährend das Waffenarsenal unserer Gegner gegen uns bildet (Sehr richtig!), um einen fetten Brocken vermehrt! (Sehr richtig!) Die Münchener werden ihm dafür sicher ganz besonders dankbar sein, namentlich deswegen, weil die Münchener von Haus aus für ein von oben herab absprechendes, hochmütiges und herrschsüchtiges Wesen ein ganz besonderes Faible haben (Sehr gut!), aber lassen wir das mal beiseite. Ich frage Sie: in welchem Ton hat man zu uns gesprochen, „Ich werde das nicht dulden", „Ich werde Euch den Kopf waschen", „Ich hoffe meinen Freunden und meinen Feinden noch manche schwere Stunde zu bereiten", „Ich habe die Massen hinter mir", Ich werde Abrechnung halten." Ich, ich, ich, ich! Ist das nicht die Sprache eines Diktators? (Große Unruhe, lebhafter Beifall, heftiger Widerspruch und Zischen.) Parteigenossen, lesen Sie einmal die Geschichte der englischen Revolution. So hat der Lordprotektor Cromwell zu den Seinen gesprochen. (Große Unruhe.) Ich meine, nachdem Bebel am allerwenigsten einen von uns geschont hat, mußte das auch einmal gesagt werden. (Zuruf: Es war höchste Zeit!)

Nun hat Bebel, um seine Auffassung, daß Gefahr vorhandeln sei, zu belegen, alles vorgeholt, was seit zwölf Jahren je an Meinungsverschiedenheiten vorgekommen ist. Ich kann mir wirklich nicht, schon mit Rücksicht auf Ihre Zeit, die Mühe nehmen, auf alle diese Dinge einzugehen. Zum Teil sind sie entweder längst von früheren Parteitagen erledigt, oder verkehrt dargestellt worden oder sie betreffen ganz unbedeutenden Kleinkram, der bei einer solchen Angelegenheit gar nicht ins Gewicht fallen kann. Ich will also die Ingredienzien dieses politischen Tendenzprozesses nicht weiter untersuchen und nur auf zwei Punkte eingehen. Bebel hat sich auf Vorgänge auf zwei Parteitagen berufen: dem Erfurter 1891 und dem Frankfurter 1894. Ich habe das Protokoll von Erfurt nachgesehen, und habe daraus, da ich ja wünschte, eine Richtschnur zu bekommen, um das Parteigewissen richtig zu verstehen und entsprechend zu handeln, ganz besonders die Reden von Bebel nachgelesen. Damals stand ich ja ganz allein an dem Indianerpfahl gebunden, die Geschosse sind von allen Seiten auf mich gefallen, und es hat sich dann das Merkwürdige gezeigt, daß, während man wähnte, ich stände ganz allein, die Zahl derer, die Beifall für meine Reden gehabt haben, immer größer wurde, sodaß Bebel schließlich ganz unerbaut davon war und seine äußerste Entrüstung darüber erklärte, daß die Rede Vollmars mehr Beifall gefunden habe, „als ich erwartete". Es müsse deshalb konstatiert werden, eine wie große Zahl von Delegierten mit Vollmar einverstanden sei. Klarheit müsse herrschen. Wenn es sich herausstellen sollte, daß die Mehrheit für Vollmar ist, so müsse diese Richtung die Leitung der

Geschäfte in die Hand nehmen. Das heißt also, dann dankt er ab. Und dann fügte er hinzu: „Aber dann, wenn Ihr Delegierte heimkommt, dann werdet Ihr die Rebellion zu Hause haben, und ich werde der Erste sein, der die Fahne der Rebellion erhebt.“ (Zuruf von Bebel.) Jawohl, wie immer, wenn die Leute mit dir nicht einverstanden sind. So steht die Geschichte.

Nun kam das Jahr 1894, wo es sich um die bayerische Budgetfrage handelte, sie ist erst später in Lübeck entschieden worden. Erinnern Sie sich, wie Bebel damals für die absolute Verweigerung jedes Budgets eintrat? Es wurde ihm entgegen gehalten, daß unsere Genossen in Hessen einmal in die Lage gekommen seien, für das Budget stimmen zu müssen, weil sonst ein höherer Steuersatz, so wie ihn die Erste Kammer bewilligt hatte, angenommen wäre. Darauf hat Bebel frischweg erwidert: Das hätte mich gar nicht abgehalten, denn dann wäre nicht ich verantwortlich gewesen, sondern die andern. In Lübeck dagegen hat er selbst eingesehen, daß es Ausnahmefälle geben kann. Damals war es gerade der unerwartete Ausfall jener Abstimmung über die Bayernfrage, die Bebel so entrüstete, daß er sofort in eine öffentliche Parteiversammlung in Berlin ging und Anklagen der schwersten Art gegen den Parteitag richtete, von dem er eben erst kam. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur eine Stelle aus Bebels Rede in jener Versammlung mitteilen. „Endlich,“ sagte er, „muß Klarheit geschaffen werden, ob die Partei ferner die alte Fahne weiter trägt oder ob eine neue an ihre Stelle treten soll, auf der die Verleugnung des alten Klassenkampf-Standpunktes und der Opportunismus gegenüber den rückständigsten Elementen entfaltet werden soll.“ Also genau dasselbe, was wir heute unter ganz anderen Umständen wieder bekommen! Weiter hat Bebel gestern erklärt, wir hätten schwere Kämpfe in der Fraktion gehabt, es sei notwendig, daß Remedur geschaffen wird. Gewiß, fast in jeder einzelnen Fraktionssitzung sind verschiedene Meinungen aufgetaucht, es kann auch nicht anders sein, und wenn das verboten werden sollte, so lassen Sie uns doch gleich eine Uniform anschaffen oder besser ein Zwangshemd! (Sehr gut! Heiterkeit und Rufe: Wer will denn das?) Nein, das ist ja der Vorzug, daß jeder sagt, was er denkt; frei im Rat, einig in der Tat! Und da frage ich Auer, Blos und andere, ob unter dem Sozialistengesetz nicht gerade so, ja mehr gestritten ist in der Fraktion als jetzt. Es ist nicht richtig, daß schwerere Kämpfe prinzipieller Art in der Fraktion aufgetaucht sind als früher. Das einzige ist, daß im Laufe der Jahre Bebel öfter in die Minderheit gekommen ist als früher. (Bebel: Das ist kein Grund!) Es müßte denn also das der eigentliche Grund sein, warum die Partei in Gefahren wäre und worüber sich der ganze Streit entsponnen hätte. (Lebhafter Widerspruch.) Daß eine große Fraktion schwerer zu dirigieren, daß da nicht so leicht Einmütigkeit

herbeizuführen ist als in einer kleineren Fraktion, wie wir sie früher hatten, das ist ja ganz selbstverständlich. Wenn man die Sache auf eine reine Formel zurückbringen wollte, so müßte die Formel dahin lauten, daß die Partei leider zu groß geworden ist. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich bin sehr geneigt, in dieser Größe das zu erblicken, was man unter Gefahr versteht. Gerade Bebel hat es ja früher einmal ausgesprochen, er hat gesagt: „Wir werden jetzt groß, Krethi und Plethi kommt zu uns.“ Ja, wenn man eine Sekte will, so ist das etwas sehr Schönes und Gutes, aber wenn wir die Welt erobern wollen, so müssen wir Macht bekommen, und Macht bekommen wir nur durch eine große Menge. (Sehr richtig!) Im übrigen welch ein Widerspruch! Auf der einen Seite wird ausgesagt, die sogenannten Revisionisten — früher sprach man von Opportunisten, Optimisten und ich weiß nicht was alles für Isten — also die Revisionisten seien eigentlich garnichts. Dann wieder heißt es, man muß sich vor ihnen in acht nehmen, sie könnten die Mehrheit in der Fraktion kriegen. Auf der andern Seite wieder heißt es, die Masse steht dem Revisionismus entgegen. Ja, zum Kuckuck, wer wählt denn die Abgeordneten? Wählt die nicht die Masse? Und wenn die Masse wirklich solchen Schrecken vor den Revisionisten hat, warum wählt sie denn solche Leute? Dann wäre es richtiger, einen Index aufzustellen, auf dem nur die Zehnmalgesiebten enthalten sind, die kandidieren dürfen.

Nun hat Bebel gestern nach einer Einleitung über alle die Schrecken des Revisionismus auch auf den Millerandismus hingewiesen. Er war dann so liebenswürdig, meine Eigenschaften hervorzuheben und zu sagen, daß er mich Millerand gewachsen hält — nebenbei bemerkt, protestiere ich dagegen, ich kenne Millerand, ich weiß, daß ich ihm in den Eigenschaften, auf die es ankommt, nicht gewachsen bin. Bebel hat dann gesagt, ich sei der richtige Millerand für Deutschland. Dafür muß ich allerdings bedanken, schon weil die Regierung in Berlin sitzt. (Große Heiterkeit.) Ich weiß mir einen angenehmeren Aufenthalt. (Heiterkeit.) Also Bebel warnt vor dem Millerandismus. Da muß ich Sie doch an die Etatsberatung dieses Jahres im Reichstage erinnern. Der Kanzler brachte da bekanntlich eine Depesche vor, welche vom deutschen Botschafter in Paris ausging, in welcher über eine Unterredung mit Millerand berichtet wird, in der die deutschen Arbeiterschutzgesetze sehr günstig beurteilt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Kanzler ausgeführt, es stehe darin, daß leider die französische Bourgeoisie zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht geneigt sei. Ich glaube, es war Bebel selbst, jedenfalls aber aus unseren Reihen ertönte der Zwischenruf: „Gerade wie bei uns.“ Darauf erwiderte der Reichskanzler: „Es ist mir sehr interessant, daß dasselbe Wort von dem Kaiser an den Rand geschrieben ist“, und er schloß mit den Worten: „Ich wünsche Ihnen einen Millerand.“ Nun werden Sie mir doch zugeben, wenn der Millerandismus wirklich so gefährlich

für Deutschland wäre, so hätte das Bebel damals in der klarsten Weise vor der ganzen Welt aussprechen und sagen müssen, wie wir darüber denken. Statt dessen hat er wörtlich gesagt: „Ich weiß nicht, ob der Kanzler hat sagen wollen, daß er, wenn jemand bei uns bereit wäre, die Rolle eines Millerand zu spielen, geneigt wäre, ihn als Kollegen in das preußische Ministerium zu nehmen.“ Bebel machte dann eine Pause und erwartete eine Antwort. Diese erfolgte nicht und und er fuhr fort: „Nun, ich kann Ihnen nur das eine sagen: wenn dieser deutsche Millerand in ein Ministerium käme — Sozialdemokrat müßte er bleiben, sonst würde er von uns gerade so schlecht behandelt, wie die andern Minister.“ (Hört! hört!) Ich meine, wäre die Gefahr wirklich so groß, wie Bebel meint, so hätte eine entschiedenere Antwort gegeben, dann hätte gesagt werden müssen: daran ist gar nicht zu denken, darüber ist gar nicht zu verhandeln. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ja, aber reicht denn Ihr ruhiges Gehör nur für Bebel hin und nicht auch für mich? (Sehr gut!) Aus derselben Rede möchte ich noch eine andere Stelle anführen. Der Kanzler hat damals ein sehr merkwürdiges sozialpolitisches Programm zum besten gegeben, dem Sinne nach hat er gesagt: weil die verschiedenen Gesellschaftsklassen ungern Opfer zu Gunsten anderer Gesellschaftsklassen bringen, so ist es Pflicht des Staates und der Monarchie, ausgleichend einzugreifen! Er hat die Arbeiter gewarnt, Dinge zu verlangen, die die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigten oder die Gesellschaftsordnung erschüttern. Gleichzeitig aber hat er auch die Unternehmer aufgefordert, kräftig mitzuwirken, damit die Klassenunterschiede mehr und mehr zusammenschrumpfen und die ärmeren Klassen immer wohlhabender werden, mit anderen Worten, er ist für den sozialen Aufschwung eingetreten. Ein wunderbares Programm! Bebel zitiert es und fährt dann fort: „Ein schönes Programm, Herr Kanzler, und wenn der Kanzler seinen Einfluß benutzen will, um dies Programm zu verwirklichen, dann wären wir Sozialdemokraten die besten und treuesten Bundesgenossen.“ (Hört! hört! Bebel: Ich weiß doch, was ich gesagt habe!) Ich weiß es auch. Wem so etwas im Laufe des parlamentarischen Lebens passiert, der soll nicht an die Reden anderer mit dem Rotstift herangehen! (Sehr wahr!) Hätte ich das gesagt, dann möchte ich mal fragen, wie dann der Deibel losgegangen wäre! (Sehr richtig!) Dann hätten wir ganz andere Diskussionen bekommen, dann wäre der Klassenkampfstandpunkt nicht vermindert und abgestumpft, sondern schon verraten gewesen. (Sehr wahr!) Bebel liebt leider in seiner Polemik auch das Mittel, das Lob der Gegner einem auf sein Konto zu schreiben. Er sagt zwar, wie er es auch gestern getan hat, Vollmar und Konsorten sind daran ganz unschuldig, aber er verliest doch das Lob und ruft dadurch einen gewissen Eindruck hervor. Es wäre besser, Bebel wäre gegen Lob und

gegen Tadel der Gegner so abgestumpft, wie ich es bin, und würde nicht Aeußerungen so gleichgültiger Art, wie er sie aus der Frankfurter Zeitung vorgetragen hat, eine so außerordentliche Bedeutung beimessen. Er hat gestern gesagt: wie kommt es denn, daß gerade Vollmar und seine Freunde in der gegnerischen Presse gelobt werden, ich werde nicht gelobt! (Bebel: So habe ich das nicht gesagt.) Wer z. B. die Wählerversammlungen bei uns in Bayern kennt, der wird wissen, daß Bebel für unsere Gegner der Mustersozialdemokrat ist. (Zustimmung), der, wenn ein Streit entsteht, immer gelobt wird als der ehrliche und aufrichtige Mann.

Uebrigens, weil er ein Lob gegen mich vorgelesen hat, möchte ich ihm nur zwei Zeilen aus einem Lobe der allerletzten Zeit vorführen. Denn er hat uns gestern geraten, wir sollten mit einem Donnerwetter dreinfahren und sagen, wir verbitten uns ein solches Lob. Vor etwa acht Tagen hat im Berliner Tag ein Artikel über den Parteitag gestanden, der ein einziger Lobeshymnus auf Bebel war. Es wird da gesprochen von Bebel, „dessen wilder Fanatismus den Pöbel und den Aestheten gleich entzücken muß, der nicht einer Revolution von Undankbaren zum Opfer fallen darf, die sein Arm in die Höhe gehoben hat.“ (Hört! hört! Bebel ruft: Das ist ein Lob?) Darüber ist gar nicht zu reden. (Bebel: Ein Skandal ist es.) Also wir sind die Undankbaren, die dein Arm in die Höhe gehoben hat, und du bist der, der das Entzücken des Pöbels und der Aestheten hervorruft! Mir wäre es nicht im Traume eingefallen, das anzuführen, wenn nicht Bebel schon seit längerer Zeit auf das schriftliche Lob der Gegner hingewiesen hätte. Wenn er das Lob in der gegnerischen Presse aber verabscheut, dann müssen auch wir alle protestieren gegen den widerwärtigen Byzantinismus in der eigenen Parteipresse. Lesen Sie nur einmal den skandalösen Artikel in der Sächsischen Arbeiterzeitung: Bebels Tag. (Bebel: Sehr richtig! Den habe ich aufs schärfste verurteilt!) Aber du hast es hier nicht gesagt. (Bebel: Das kann ich nachholen; ich habe es zu verschiedenen meiner Freunde gesagt.) Ja, aber ich konnte es nicht wissen; mich rechnest du dabei nicht zu deinen Freunden.

Nun, Genossen, zu einem andern Punkt. Bebel wirft den Revisionisten Schädigung der Partei vor. Oh ja, die Partei wird geschädigt. Nur frage ich Sie, kann es etwas Aergeres für die Partei geben, als wenn man den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, die uns ohne Unterschied der Person und ohne Unterschied der sonstigen Meinung ihre Stimme gegeben haben, weil sie uns im gemeinsamen Kampfe für gemeinsame Interessen gefunden haben — kann es, sage ich, etwas Schlimmeres geben, als wenn man diesen drei Millionen plötzlich zuruft, daß wir bisher ein gegenseitiges Komödienspiel getrieben haben, das nun zu Ende gehen müsse? (Zustimmung und Widerspruch.) Vielleicht hat

Bebel einen anderen Sinn damit verknüpft, aber er hat ja anderen gesagt, wenn man einen Artikel schreibe, so müsse man genau wissen, daß kein Mißverständnis darüber entstehen kann. Welche Vorstellung müssen die Wähler gewinnen von einer Partei, auf die sie ihr ganzes Vertrauen gesetzt haben, von der sie die Erlösung aus wirtschaftlicher, sozialer und politischer Unterdrückung erhoffen und deren Führer ihnen dann in einer häßlichen Fratze gezeigt werden! Denn die Gegner kennen natürlich nicht das Temperament Bebels, sie wissen nicht, daß er manchmal plötzlich etwas sagt, wovon sein Herz nichts weiß. Wo und wann ist ein derartiges Komödienspiel verübt worden? Ich kann ja den Reichstagsverhandlungen leider nicht so viel beiwohnen, wie ich möchte, weil ich im Landtag bin, aber das muß ich doch sagen: ich habe von solchem Komödienspiel niemals etwas gesehen, und ich möchte hoffen, daß auch andere nicht etwa fühlen, daß sie ein derartiges Komödienspiel ihrerseits ausgeübt haben. Welchen Sinn kann ein solches Wort haben, welcher Sinn muß ihm beigelegt werden? Doch nur der, daß es Leute gibt in der Partei, die sich mit dem Plan tragen, durch die Unschädlichmachung von Kollegen, die ihnen im Augenblick unbequem sind, die Alleinherrschaft ihrer speziellen Auffassung, die sie für die Auffassung der Partei und für die richtige halten, zu proklamieren, die aber so lange nicht damit herausgerückt sind, als sie meinten, daß die Gelegenheit nicht günstig sei (Sehr gut!), die so lange nichts davon verraten, sondern den Glauben haben aufkommen lassen, daß wir alle Brüder sind, die aber dann plötzlich im gegebenen Moment die Maske abwerfen und über uns herfallen. Ich sage nicht, daß das die Auffassung ist, aber was kann man sich draußen im Lande anders für eine Vorstellung von dem Worte machen? Und weil dem so ist, protestiere ich auf das allerentschiedenste gegen diesen Ausdruck und sage, daß er ein Schaden ist — natürlich gegen den Willen Bebels — wie er seit lange schwerer der Partei nicht zugefügt ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn es eine Gefahr in der Partei gibt — ich glaube nicht an eine solche —, so besteht sie lediglich darin, wenn Leute glauben, ihre eigene Ansicht um jeden Preis durchsetzen zu müssen, wenn sie eigensinnig auf dieser Ansicht beharren, wenn sie streitsüchtig sind, wenn sie suchen, autoritär zu wirken nicht bloß durch die Mittel der Ueberzeugung, von anderen Dingen gar nicht zu sprechen. Ich hätte nämlich gute Lust, auf Dinge, die außerhalb der hier Anwesenden, aber innerhalb der Partei geschehen sind, einzugehen. Das sind die Drohungen mit der Gewalt, die immer noch nicht ausgestorben sind, und die um so törichter sind, wenn sie in einer Zeit fallen, wo immerhin die Gefahr bestand. Ich meine jenen blöden Artikel: Auf des Messers Schneide aus der Zeit des Obstruktionsfeldzuges. Aber ich gehe darauf nicht ein.

Nun spielt auch Kautsky in diesem Drama eine Rolle, ich betrachte bei der ganzen Geschichte nicht Bebel, sondern Kautsky als die Hauptperson, vor allem weil er den Vorteil für sich hat, konsequenter zu sein. Kautsky ist der Fanatiker der Theorie, der Partei gewordene deutsche Professor (Heiterkeit), der lieber die Welt und womöglich die Partei zu Grunde gehen läßt, als daß er aus seinem schönen Lehrgebäude auch nur einen Spahn herauszieht. (Zustimmung und Widerspruch. Ruf: Das ist ja Unsinn!) Damit überzeugen Sie mich nicht. Ich werde Beweise liefern.

Kautsky hat uns oft gezeigt, was er von der Denk- und Meinungsfreiheit in der Partei denkt. Er hat einmal in dem famosen Artikel gegen Bernstein: Der Rückzug der Zehntausend gesagt: „Dieselben Forderungen, die wir an den Staat in Bezug auf Denkfreiheit und dergleichen stellen, auch an die Partei richten zu wollen, ist lächerlich.“ (Hört! hört!) Die Neue Zeit, sagte er — ich glaube, es war in Lübeck — ist nicht dazu da, um die verschiedenen in der Partei vorhandenen Meinungen und Gedankenrichtungen sich produzieren, sich geistig messen zu lassen, sondern sie hat die Einheitlichkeit der Partei zu verfechten. Die Einheitlichkeit der Partei, das heißt die Alleinherrschaft seiner Meinung. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch. Kautsky ruft: Davon steht nichts drin. Fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich werde ruhig abwarten, bis Sie zeigen, daß wenigstens hier noch ein ganz klein wenig Meinungsfreiheit ist. Ich denke, wenn Ihr Bebel angehört habt, dann habt Ihr auch die verdammte Pflicht, mich anzuhören. (Lebhafte Zustimmung.) Denn sonst sähe es so aus, als ob Ihr terrorisieren wolltet. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Singer: Ich habe wiederholt gebeten, die Zurufe zu unterlassen, weil ich ganz genau weiß, daß daraus nachher erregte Szenen sich ergeben. Im übrigen möchte ich betonen, daß die Mahnung nach beiden Seiten hin recht nötig ist. (Zustimmung.)

v. Vollmar (fortfahrend):

Also die Einheitlichkeit der Partei, das heißt, seine eigene wissenschaftliche als allein berechtigt aufgefaßte Meinung! Darum dreht es sich. Kautsky hat ausdrücklich einmal das Wort gebraucht, daß die neue Methode — das ist das, was man jetzt Revisionismus nennt und was alle Jahre anders heißt — eine Auflehnung sei. Diese Auflehnung niederzuwerfen, die reine echte Glaubenseinheit in der Partei herzustellen, darauf ist seit Jahren der Sinn Kautskys gerichtet und er hat schon wiederholt auf Parteitagen gemeint, jetzt sei es soweit, daß es dahin käme, wo er wolle. Bisher allerdings vergeblich. Nun glaubt er, die Gelegenheit ist jetzt günstig. Er sagt sich, die Stimmung der Partei gegen Ede, den ewigen Unruhestifter, ist genügend verbittert, jetzt oder nie; jetzt ist die Gelegenheit da. Er hat

ja schon früher privatim gesagt, daß er Ede nicht mehr als Genossen ansieht. (Widerspruch.) Und da es Leute gibt, die so verworfen sind, daß sie Bernstein, seinem wissenschaftischen Widersacher, nicht ohne weiteres in allem verdammen, daß sie manches von ihm — soweit es mich betrifft, ziemlich selten — wenn nicht für richtig, so doch für beherzigenswert halten, während sie sich in anderem nicht einverstanden erklären, — der Mythe muß doch ein Ende gemacht werden, als habe man Bernstein zugejubelt, als sei er, wie gestern Bebel sagte, wie ein neuer Messias angesehen worden. (Bebel: Von dir nicht, dazu bis du zu kalt!) Das freut mich, aber warum sprecht Ihr denn immer von den Revisionisten, Ihr wollt doch auch mich darunter verstehen. (Bebel: Gewiß, du bist das Haupt.) Ich weiß, daß Heine Bernstein entschieden bekämpft hat. Er hat einen Artikel gegen sein Buch geschrieben. Also mit diesen Dingen bleibt uns hübsch vom Halse. Ich habe ein oder zweimal über Bernstein gesprochen. Einmal auf dem Hannoverschen Parteitag, und zweitens in einer Versammlung in München nach Lübeck, und wer sich jener Reden erinnert, der wird genau wissen, daß es mir gar nicht eingefallen ist, ihm zuzujubeln, sondern daß ich sehr viel an seinen Anschauungen auszusetzen hatte. Nun habe ich mich auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß man ihm so in die Waden fährt.

Kautsky und diejenigen, die ihm gleich denken, glauben, man könne die „Revisionisten" gleich mit Bernstein zusammen in einem Prozeß abtun. Kautsky hat sich lange bemüht, eine Formel zu finden, worin denn eigentlich das Verbrechen des Revisionismus bestehe. Er hat in drei Artikeln — ich glaube zwei in der Neuen Zeit und einen in einer Beilage der Leipziger Volkszeitung — dies Verbrechen folgendermaßen charakterisiert: „Die neue Taktik besteht also darin, daß sich die Sozialdemokratie zum Mitglied einer Majorität machen will." Die Revisionisten wollten eine Anlehnung an bürgerliche Parteien u. s. w. An einer anderen Stelle: „Die Revisionisten sagen, daß die Partei sich bequemen müsse, sich mit den benachbarten Parteien zu vereinigen, um mit ihnen zusammen eine regierungsfähige Mehrheit zu kriegen." An einer anderen Stelle: „Die Revisionisten haben die Einbildung, die liberale Bourgeoisie werde uns die Kämpfe für die primitivsten Rechte des Proletariats abnehmen, indem sie, die Bourgeoisie, in einem großen Aufschwunge zum Siege gelange." Das sei ein Aufgeben des Klassenkampfes, quod erat demonstrandum. Ja, Parteigenossen, das wäre es, und mich hat es gefreut, daß endlich diese Formel so rein gefunden worden ist, weil man hier aus den Allgemeinheiten heraus zu etwas Greifbarem kommt. Nun frage ich Sie und bitte um eine Antwort darauf: Wo und von wem ist irgend einer dieser Grundsätze, die hier stehen, in Deutschland und für Deutschland befürwortet worden? In meiner Münchener Rede habe ich über die bürgerliche Linke gesagt: „Praktisch ist die Lage heute die, daß für den bürgerlichen Liberalismus mit diesen Wahlen die letzte Mög-

lichkeit auf Zurückgewinnung des verlorenen Einflusses vorüber ist. (Hört! hört!) Das soll nicht heißen, daß für die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums, soweit dieselben nicht bereits in das Lager der Sozialdemokratie übergegangen sind oder noch weiter übergehen, gar keine Aufgaben mehr vorhanden wären." Und uns Sozialdemokraten könnte es nur freuen, wenn jene (die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums) sich aufraffen und wenigstens im Kampfe gegen die Reaktion auf politischem und geistigem Gebiete mit uns wetteifern würden; aber im übrigen müßten sie sich klarmachen, daß die Dinge sich in Deutschland offenbar ähnlich wie in Belgien abspielen würden und daß der Vorkampf der Opposition fortan der Sozialdemokratie gehört, an deren Seite und unter deren Führung die Linksliberalen zu handeln haben würden.

Bebel hat ja auch ausdrücklich gesagt, daß er sowohl mit meinen taktischen Folgerungen, als mit der Kritik der Parteien einverstanden sei. Das ist das einzige, was ich über diese Frage jemals geäußert habe. Ich wiederhole die Forderung, daß man, wenn man uns einen politischen Tendenzprozeß schlimmster Art macht (Sehr richtig! und große Unruhe), uns wenigstens die Beweise dafür beibringt.

Ebenso unglaublich wie das, was Kautsky nach dieser Richtung geleistet hat, sind die Ideen, die er über das fernere Vorgehen innerhalb der Partei geäußert hat; schon vor einem und zwei Jahren und jetzt noch zuletzt. Zuletzt hat er sich dahin geäußert, die Kritik müsse für eine Zeit zurückgedämmt werden, das Anzweifeln der augenblicklich herrschenden Meinung, der Taktik müsse aufhören. (Große Unruhe. Hört! hört!) Das „Anzweifeln!" — wirklich dies Wort! Ich habe es mir gemerkt, weil es mich an die Religionsstunde in der Jugend erinnert hat. (Zuruf: Ist das wörtlich? Große Unruhe.) „Das Anzweifeln muß zurückgestellt werden!" Suche dir selber die Stelle heraus! (Bebel: Aha! Zuruf: „Zurückgestellt" steht da!) Also das ist es: Die Meinungsfreiheit ist nicht verboten, sondern vertagt! (Sehr gut! Heiterkeit und fortdauernde Unruhe.) Die Kritik wird nicht verboten, aber für eine Zeitlang eingestellt! (Zuruf: Zurückgestellt!) — Das ist, so weit ich deutsch verstehe, dasselbe! — Ja, das können Sie beim Papst und in der katholischen Kirche auch haben. (Vielfache Rufe: Sehr gut! und Unruhe.) Da wird auch die Bibelkritik solange eingestellt, bis der Papst eine Kommission eingesetzt, die die Sache untersucht, dann kann auch kritisiert werden, bis das neue Dogma festgestellt wird nach einer anderen Richtung.

Nein, Parteigenossen! Das Recht der Meinungsfreiheit, der Kritik existiert ganz oder überhaupt nicht (Sehr richtig!), es existiert ohne Vorbehalt oder gar nicht. Auch die Denkfreiheit und Lehrfreiheit des heutigen Staates steht auf

dem Papier, aber in der Praxis muß sie mit Anstand geübt werden, da darf kein öffentliches Aergernis erregt werden! (Unruhe.) Nein, so haben wir nicht gewettet und es ist einfach beschämend, daß eine solche Ansicht in Bezug auf die Sozialdemokratie nicht nur ausgesprochen, sondern auch nur gedacht ist! (Sehr richtig!) Denn wenn es eine Wesensgrundlage, eine Lebenswurzel der Sozialdemokratie gibt, ist es die absolute Freiheit des Denkens, des Forschens, der Untersuchung der Grundsätze, der Ziele, der Taktik nach jeder Richtung! Wer da auch nur die geringste Einschränkung machen will, wer das auf ein, zwei Jahre, auf sechs Wochen einschränken will, der will die Partei aus einer großen Kulturbewegung zu einer Kirche, zu einer Sekte machen! (Sehr gut!) Mir ist es nicht zweifelhaft, daß eine Bewegung von der Größe der sozialdemokratischen auch dann noch eine Zeitlang äußerlich sehr imposant dastehen würde. Ja, sie würde vielleicht in den Augen der Gegner noch imposanter sein, weil sie komplett, uniformiert einer Meinung wäre. Aber die notwendige Folge wäre die Verknöcherung der Partei (Sehr richtig!), die Absperrung jedes frischen Luftzuges und dadurch der weiteren Entwicklungsmöglichkeit. Dann wäre es das allerbeste, daß man aus unserem Namen das Wort „demokratisch" striche (Bebel: Jawohl, wenn es dahin käme!) und man darauf verzichtete, selbständige, freie, mit warmem Blut begabte Menschen bei sich zu sehen. (Bebel: Du siehst selbstgeschaffene Gespenster!) — So? Das ist ein Gespenst?

Singer (unterbrechend): Ich bitte, die Zwiegespräche zu unterlassen! (Zuruf: Sag's Bebel!)

Vollmar (fortfahrend):

Das sage ich Ihnen: wenn man mir einen Maulkorb zumutet, dann ist es mir ziemlich gleichgültig, ob es ein polizeilicher, ein kirchlicher oder ein sogenannter demokratischer Maulkorb ist. (Beifall und Zischen.) Das wäre mir wahrlich der Mühe wert, mein Leben einzusetzen und zu kämpfen. (Bebel: Leben einzusetzen? Wo?!) — mein Leben einzusetzen (Bebel: Wo?!) — opferst du (zu Bebel) dein Leben nicht der Partei, stellst du dein Leben nicht in den Dienst der Partei? (Bebel: Davon rede ich ja gar nicht!) Glaubst du, das tun andere nicht auch? — Nein, sein ganzes Sein einzusetzen und zu kämpfen, alte Autoritäten umzustürzen, um einen neuen Götzen an ihre Stelle zu setzen, dazu wären nur Fanatiker bereit zu finden! (Bebel: Sehr richtig!) Wenn eine solche Gefahr auch nur entfernt auftaucht, muß sie genau bezeichnet werden, und eine Partei, die nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische ist, wird sicher in derartigen Dingen nicht mittun.

Damit komme ich zu der Resolution. Ueber den ersten Punkt habe ich gar nichts zu sagen. In dem Augenblick, wo die Partei entschieden hat, was sie bereits getan hat, ist die

Sache erledigt. Darüber ist also gar nicht zu reden. Ich bin vollkommen einverstanden.

Absatz 2: „Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen.“ — „Schon indem ich dieses niederschreibe“ — wie es im Faust heißt. Was heißt: „revisionistische Bestrebungen“? Mit solchen vagen Begriffen ist gar nichts anzufangen. Ich habe mich sicherlich weder jemals als einen Bernsteinianer noch einen Bebelianer bezeichnet, ich habe mich auch noch nie einen Marxisten genannt; ich habe keine Neigung und Talent zu solchen „ismen“ und „anern“. Mir genügt vollkommen, daß ich Sozialdemokrat bin. (Sehr gut!) Ich habe mich auch nie einen Opportunisten oder etwas ähnliches genannt. Ich halte also diesen Ausdruck für etwas Verkehrtes. Der Ausdruck ist nichts, wie überhaupt die folgenden Sätze ein Popanz sind, eine Sache, die sich der Verfasser zurecht gemacht hat, um auf sie schlagen zu können. Was sagt er? „... die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.“

Wann habe ich oder einer meiner Freunde jemals eine derartige Forderung vertreten? In meiner Rede ist auf das allerdeutlichste von der Eroberung der politischen Gewalt durch die Sozialdemokratie die Rede.

Dann heißt es weiter: „Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre“ usw. Ja: „Wäre!“ Ich will für solche „Wenn“ und „Aber“ kein triviales Sprichwort anführen; wenn eben solche Taktik vorhanden wäre, so müßte natürlich die Folge eine sehr kräftige sein.

Schließlich kommt der Satz: „Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.“ Das ist schon ein Rückzug gegenüber jenen Aeußerungen, die ich Ihnen aus Kautskyschen Schriften vorgetragen habe. Aber ich frage hier wieder: Wer hat diese Forderung erhoben? Wenn Bebel gesagt hat: „Dich habe ich nicht verdächtigt, daß du Ede zugejubelt hast“ (Zuruf Bebels.) — Du hast darauf gesagt: „Dazu bist du viel zu kühl!“ Also, nicht wahr: ich habe ihm nicht zugejubelt. Aber man kann sich hier nicht gegen Schemen wenden, sondern man müßte Personen hervorziehen und sagen: „Du hast das und das gesagt!“ und es tadeln. Aber so halte ich diese drei Absätze für außerordentlich verkehrt, weil ich niemand weiß — jedenfalls bin ich's nicht —, der jemals etwas von dem hier Behaupteten vertreten hätte, weil ich nicht weiß, daß der Revisionismus darin besteht, daß diese Forderungen vertreten

werden. (Sehr richtig!) Wenn ich ein Aesthetiker wäre, so müßte ich von dieser Resolution wegen ihrer Schönheitsfehler sagen: „Absolut unannehmbar", aber im praktischen politischen Leben urteile ich nicht nach ästhetischen Grundsätzen, sondern einfach nach dem gesunden Menschenverstand und da sage ich: ich halte die Sätze für falsch, vor allem mindestens die zweimalige Wiederholung des Wortes „Revisionismus", weil Sie, indem Sie dies Wort mit bestimmten Begriffen verbinden, damit aussprechen, daß sie unter Revisionismus etwas verstehen, was nicht richtig ist. Wären die Worte weg, würde es insofern klüger und vernünftiger sein, weil dann bestimmte Dinge verurteilt sind, von denen man annimmt, dieser oder jener habe sie — vielleicht in seinem Herzkämmerlein — begraben. Indessen mag ich nicht über Worte streiten. Ich halte es ganz einfach für falsch. Wenn es aber der Partei oder einer großen Menge der Parteigenossen eine Beruhigung gewähren kann, Grundsätze, die ich als existent gegenwärtig gar nicht kenne, von denen die Verfasser oder die Partei aber annehmen, daß sie vielleicht irgendwann einmal zum Vorschein kommen könnten, von vornherein zu verurteilen und ihnen einen Riegel vorzuschieben, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. (Hört! hört!) Ich glaube, nach den Grundsätzen der parlamentarischen Interpretation wird niemand dagegen etwas einzuwenden haben.

Im letzten Satz gefällt mir allerdings die Resolution gar nicht. Die Verfasser der Resolution scheinen so außerordentlich geschäftig gewesen zu sein, Begriffsbestimmungen für den Revisionismus, die sich überhaupt nicht finden lassen, zu finden, daß ihnen da, wo für die Partei das wichtigste Stück gekommen ist, die Kraft ausgegangen ist, denn anders kann ich mir es nicht vorstellen, daß der ganze Absatz derart wortreich, aber inhaltsarm gediehen ist. Mir, einem bösen „Gemäßigten" (Heiterkeit), ist dieser Absatz nicht radikal genug. (Sehr gut! Heiterkeit.) Besonders stört mich, daß, nachdem man einen großen prinzipiellen Anlauf genommen, man nichts anders zu sagen weiß, als: die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, das blasseste Wort, das überhaupt zu denken ist, das wir unter dem Sozialistengesetz angewendet haben, wenn wir die Auflösung einer Versammlung befürchtet haben. Ich weiß ja nicht, welche Amendements etwa während meiner Redezeit eingereicht sind, aber hier müßten doch die spezielleren Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung hineingeschrieben werden.

Noch eins. Bebel tat eben erstaunt darüber, daß ich auf einmal radikal sei. (Bebel: Ganz mißverstanden!) So? (Bebel: Du wärest ja dann nur, was du früher warst!) Im Französischen gibt es ein Sprichwort: „On est toujours le réactionnaire de quelqu'un." Es gibt immer einen Menschen, der noch radikaler oder noch konservativer ist, und keiner

soll sich einbilden, daß er innerhalb einer Partei auf der äußersten Rechten oder auf der äußersten Linken steht. Man kann in Bezug auf verschiedene Gesetze sehr verschiedener Meinung sein. Ich hole hier etwas nach, was mir Bebel und die Fraktion bestätigen wird. Man kann merkwürdigerweise keine Gelegenheit nennen, wo im Reichstage in der praktischen Politik die sogenannten Revisionisten — d. h. diejenigen, die man tax- und stempelfrei dazu ernannt hat — auf der einen Seite, die „Radikalen" auf der anderen Seite gestanden hätten (Hört! hört!), sondern stets war eine Mischung vorhanden. Bebel wird mir bestätigen, daß mehr als einmal Bebel und ich einer Meinung gewesen sind gegenüber Links oder Rechts. (Vielfache Rufe: Hört! hört!) Da können Sie sehen, daß der Revisionismus nichts als Popanz ist.

Merkwürdig ist auch, wenn jemandem wie Kautsky, der andere als Opportunisten bezeichnet, plötzlich auf den Pfaden des Hyperopportunismus begegnet. In einem seiner letzten Artikel in der Neuen Zeit widerrät er, für eine Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise einzutreten, weil sonst das Wahlrecht in Gefahr kommen kann. (Hört! hört!) Wir stellen in allen Wahlversammlungen das jetzige Unrecht der Wahlkreiseinteilung als einen Schimpf und eine Schande hin und haben die Aenderung dieser Einteilung im Reichstage immer und immer wieder beantragt; wir würden jetzt geradezu unser Recht aufgeben, wenn wir, wo wir im Reichstage unsere neue Macht zeigen wollen, auf einmal diese Forderung ganz in die Tasche stecken wollten. (Bebel ruft: Selbstverständlich kann davon gar keine Rede sein.) Aber vorgeschlagen hat er es. (Bebel: Ich stimme dir bei.) Es ist doch bezeichnend, daß Leute, die hinter jeder Aeußerung von uns ein Abschwächen der Gegensätze sehen, uns angesichts unserer neuen Machtstellung solche Vorschläge machen. (Sehr gut!)

Ich bin am Ende. Wenn Sie ein allgemeines Urteil aussprechen wollen über das Ding, das Ihnen nicht gefällt und das Sie Revisionismus nennen, und zwar mit Begriffsbestimmungen, die ich als unzutreffend erkenne, so ist das eine Sache für sich. Wenn Sie aber eine sachliche Erledigung wollen, wenn Sie solche Grundsätze, die Ihnen verderblich erscheinen und die ich ebenfalls für verderblich halte, als nicht berechtigt erklären wollen, dann ist die Sache sachlich erledigt.

Anders natürlich wäre es, wenn es Ihnen um persönliche Zwecke zu tun sein sollte. Ich unterstelle nicht mit einem einzigen Worte den Verfassern der Resolution — ich gebe Ihnen mein Wort darauf — daß sie derartige Zwecke verfolgen. Das geht nicht aus der Resolution hervor und darf infolgedessen nicht hineininterpretiert werden. Aber das eine muß ich sagen: in den Tagen, die jetzt vorangegangen sind, von dem ersten Moment meines Eintretens in diesen Saal, ist mir von verschiedenen Seiten gesagt worden, es gehe die Absicht dahin, die Sätze derartig zu fassen, daß sie bestimmten Per-

sonen unannehmbar würden. (Hört! hört! Große Unruhe und lebhafte Zurufe.) Darf man denn nicht mehr sagen, was man im Saale hört! Eine ganze Reihe von Genossen hat das direkt gehört und uns gesagt. Um so besser, wenn es nicht richtig ist! Denn wenn es richtig wäre, so wäre es ja ganz offenbar, daß es sich da nicht mehr um eine sachliche Entscheidung handelte, sondern um den Versuch, bestimmte Personen, die einem unbequem sind, hinauszudrängen. (Sehr richtig! Unruhe.) Wer das wollte, müßte dann ja auch gleich die Konsequenzen ziehen und Namen nennen, er müßte sagen, die und die Personen sind angeklagt, dann wäre diesen die Wahl gestellt, sich zu unterwerfen oder das Lokal zu verlassen. Das wäre die richtigste Konsequenz. Dann wüßte man im deutschen Lande, worum es denen, die etwa solche Absichten haben sollten, zu tun ist, dann wäre der Nebel geschwunden, man stände vor dem Abgrunde und könnte sich entscheiden.

Nun vermag ich in der Resolution eine derartige Absicht nicht zu entdecken. Ich nehme vielmehr bestimmt an, daß sie nicht darin enthalten ist. Ich kann mir gar nicht denken, daß sie darin enthalten wäre. Denn ich habe ja bereits erklärt, daß ich die Bestrebungen, die darin als bösartig erklärt werden, selbst für verwerflich halte. Wenn dem also so ist, dann habe ich nichts weiter hinzuzufügen und komme zum Schluß.

Das ist meine Auffassung. Ich bin z. B. der Meinung, daß ein großer Teil der Unzufriedenheit daher rührt, daß Genossen, die man früher kaum gekannt hat, plötzlich über Nacht sozusagen in Ehrensitze gekommen sind; eine Ansicht, die ich bei aller Achtung vor den betreffenden Personen vollkommen teilen kann, weil die Genossen sich mit Recht sagen: bevor einer die Offiziersepauletten bekommt, soll er den gewöhnlichen Truppendienst durchmachen (Zustimmung), wobei ihnen allerdings entgegengehalten werden kann: Ja, zum Kuckuck, warum stellt ihr denn solche Leute als Kandidaten auf? (Vielfache Zustimmung.) So hat einer unserer ältesten Wahlkreise in Sachsen eine solche Aufstellung vorgenommen. Ja, wenn die Unzufriedenheit vorhanden ist, trifft das zum größten Teil eben jene organisierten Parteikreise, die derartige Dinge gemacht haben. In meiner Weltabgeschiedenheit da oben in den bayerischen Bergen habe ich mir das auch ganz gut vorstellen können, namentlich als ich die Berliner Versammlungsreden gelesen habe. Ich sagte mir: es sind da eine Anzahl von Unzufriedenheiten vorhanden, die sich gesammelt haben, das hat sich allmählich gespannt und eine Explosion gefordert. Wie es bei solchen Explosionen ist, wo die dünnste Stelle ist, da bricht der Kessel durch. Deshalb haben wir die großen Debatten bekommen. Jetzt erscheint es vielen wegen Dingen, die früher als einzelne gar nicht so schlimm erschienen wären, als ob die Partei in Gefahr wäre. Nachdem wir uns darüber ausgesprochen haben werden, sollte der Parteitag zu der Ueberzeugung kommen, daß dem nicht so ist, daß die Dinge von

beiden Seiten aufgebauscht worden sind. Ich leugne nicht, daß von beiden Seiten, auch von mir, Fehler gemacht worden sind — ich bin nicht so, daß ich unter allen Umständen recht haben will. (Bebel: Willst du mir das sagen?) Nein, ich bin weit entfernt! (Große Heiterkeit.) Ich will sagen, daß, wenn die Resolution — nicht ganz in der vorliegenden Gestalt — angenommen wird, alles getan ist, was zur Beruhigung und Klärung gewünscht werden konnte, und daß der Zweck damit erfüllt ist. Ich glaube weiter, daß der Parteitag finden wird — und ich sage im Gegensatz zu dem, was gestern Bebel ausgeführt hat — daß zu keiner Zeit in der Partei weniger Anlaß zu einem wirklichen prinzipiellen Streit gewesen ist, als gerade jetzt, daß nach meiner Auffassung und Beobachtung die Einheit und Einheitlichkeit in der Partei in Wahrheit nicht geringer, sondern größer geworden ist als früher. (Zustimmung und Widerspruch.) Angesichts der Aufgaben, die jetzt in höherem Maße als je an uns herantreten, ist es höchste Zeit, diesem törichten Brudergezänk Einhalt zu tun. (Sehr wahr!) Wir haben eine Aufgabe vor uns, die alle Kräfte erfordert, eine Aufgabe, für die wir nie zuviel Kräfte haben können. Jede dieser Kräfte kann an ihrer Stelle das Richtige wirken. Bebel hat Ihnen gestern erzählt, daß unser Verkehr, unsere persönliche Achtung nicht gelitten hat. Jeder kann eben nach seiner Auffassung der Partei dienen; man dient, wie es in der Bibel heißt, Gott auf die verschiedenste Weise. Man kann in Industrieorten der Partei anders dienen als in bäuerlichen Bezirken, im Süden anders als im Norden. Im ganzen ist es vollkommen ein und dieselbe Sache. Ich sollte meinen — ich persönlich bin davon wirklich sehr wenig betroffen —, daß wir alle diese Kräfte redlich gebrauchen könnten und uns nur bestreben müssen, daß diese verschiedenartigen Kräfte nicht einander zuwiderwirken, sondern zusammenwirken, jeder an seinem Platz. Ich meine, der Parteitag wird nach dieser unerquicklichen, aber notwendig gewordenen Aussprache die richtige Entscheidung zu finden wissen, indem er jeden etwa noch auftauchenden Versuch zurückweist, anstatt auf sachliche Weise auf persönliche, verletzende oder vergewaltigende Weise etwas unternehmen zu wollen — was ich niemand imputiere. Er wird das Richtige finden, indem er jeden Genossen und indem er die Führer von links und rechts auf ihre Posten zurückweist, auf den Posten vor dem Feind zum gemeinsamen Kampf! (Lebhafter Beifall.)

An die Debatte schlossen sich nachfolgende persönlichen Bemerkungen Bebels und Vollmars an. (Wir bringen daraus nur die sich auf die Frage der Taktik beziehenden Stellen.)

Bebel: Es ist mir von Vollmar unterstellt worden, ich hätte auf dem Kölner Parteitage die Gewerkschaftsführer angegriffen, weil sie an einer Beratung über die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise von bürgerlicher Seite teilgenommen hätten, während ich sebst später in Zürich einem Kongreß dieser Art beigewohnt hätte. Da ist Vollmar ein starker Irrtum unterlaufen. Im ersten Falle handelte es sich um eine private Konferenz; 1897 dagegen um einen Kongreß für Arbeiter-Schutzmaßregeln, auf dem die bürgerlichen Parteien vertreten waren. Weiter hat Vollmar gesagt, auch ich hätte die frühere, negierende Haltung gegenüber der Versicherungs-Gesetzgebung aufgegeben. Dem gegenüber konstatiere ich, daß nach meiner Auffassung die Stellung der Fraktion zu den Versicherungsgesetzen jetzt, wo es sich um eine Verbesserung dieser Gesetze handelt, eine ganz andere ist als damals, wo es sich um die Grundlagen handelte und wir alle Ursache hatten, die ungenügenden Grundlagen zu bekämpfen. Vollmar hat weiter Aeußerungen aus einem Artikel des Züricher Sozialdemokrat vom 28. Oktober 1886 über die Beteiligung an der bayerischen Landtagswahl verlesen und gemeint, der Artikel rühre von mir her. Der Artikel war von mir nicht unterschrieben, ich kann mich nicht entsinnen, ihn geschrieben zu haben, kann allerdings auch nicht das Gegenteil behaupten. — Was sodann die Aeußerung Vollmars bezüglich meiner Stellung zur Haltung der bayerischen Landtags-Fraktion in der Wahlrechts-Frage betrifft, so will ich nicht bestreiten, daß Vollmar meine Aeußerungen — es handelt sich allerdings um ein Privatgespräch — dem Sinne nach richtig wiedergegeben hat. Ich habe nicht nur mit ihm, sondern auch mit Ehrhardt in München darüber gesprochen. Ehrhardt sagte: „Na, du hast ja den großen Kampf, den du gegen uns angekündigt hast, nicht unternommen." Ich erwiederte: „Ihr irrt Euch; in meinem Artikel steht nichts davon, daß ich in der Hauptstadt des Landes, angesichts der Gegner die Sache zur Sprache bringen werde. Das halte ich in Eurem Interesse und in dem der Gesamtpartei für schädlich. (Ehrhardt: Das war sehr liebenswürdig!) Das ist mir ganz egal. Ich habe in dem Gespräch noch hinzugefügt: Ja, wenn Ihr auf solche Debatte so erpicht waret, so konntet Ihr sie ja provozieren (Sehr richtig!). Das habt Ihr aber nicht getan, jedenfalls aus denselben Motiven, aus denen ich es unterlassen habe. Sodann hat Vollmar einen Satz aus meiner Etatsrede im Reichstage verlesen; er hat es aber unterlassen, weiter zu lesen. Hätte er das getan, so wäre er unmöglich zu solchen Schlußfolgerungen gekommen. Ich sagte mit Bezug auf das Programm des Kanzlers: „Gewiß, ein sehr schönes Programm! Und wenn der Herr Reichskanzler seine sehr einflußreiche Stellung benutzen will, um dies zu verwirklichen, so wird er an uns seine besten und treuesten Bundesgenossen finden!" Diesen Satz hat Vollmar gelesen, aber nicht den folgenden Satz: „Aber das wird ihm sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein. Er kann viel tun in der Richtung,

die ich soeben angedeutet habe, aber, Herr Reichskanzler, in der Richtung, die Sie gestern andeuteten, direkt für den sozialen Aufschwung zu arbeiten, damit immer mehr Individuen in die wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung gelangen, das wird Ihnen nicht möglich sein, da steht das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft Ihnen entgegen." (Sehr gut!) Wäre dieser Satz mitzitiert worden, der in engster Verbindung mit dem Vordersatz steht, dann wäre der Eindruck meiner Rede ein ganz anderer und die Kritik von Vollmar ganz unmöglich gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hätte noch viele persönliche Bemerkungen gegen Vollmar zu machen, will das aber unterlassen mit Rücksicht auf die Geschäftslage und auch, weil ich überzeugt bin, daß die Leser reif genug sind, beide Reden würdigen zu können.

v. Vollmar: Ich habe auf die persönlichen Bemerkungen Bebels nur sehr wenig zu antworten. Bebel meinte bezüglich der bayerischen Wahlrechtsfrage, wenn es den Münchenern so darum zu tun gewesen ist, warum sie dann die Sache nicht auf dem Parteitage angeregt hätten. Er dreht die Verhältnisse um! Nicht wir sind die Ankläger, sondern Bebel. Ihm war unsere Bewegung nicht recht. Er hat erklärt, daß unsere Haltung parteischädigend sei, und deshalb wäre es seine Aufgabe gewesen, die Sache in München zu verfolgen. Wir Bayern waren darauf gefaßt, daß wir angegriffen würden. Ich könnte eine ganze Anzahl von bayerischen Genossen nennen, die auf der Rednerliste standen, jedesmal, sobald sich ein Redner meldete, von dem wir annahmen, daß er uns angreifen würde. Aber es erfolgte kein Angriff, und die Redner haben sich regelmäßig wieder streichen lassen. Dem Genossen Timm war das schon ein paarmal passiert, und da es ihm unangenehm war, sich wieder streichen zu lassen, sah er sich veranlaßt, ganz unvorbereitet über eine ganz andere Sache zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Was meine Anführung einer Stelle aus der Bebelschen Etatsrede betrifft, so hat Bebel bestätigt, daß mein Zitat richtig ist. Er wirft mir nur vor, daß ich einen Satz nicht verlesen habe, und er meint, daß durch diesen Satz das Ganze eine andere Bedeutung bekomme. Ich bin nicht der Meinung: Ich glaube vielmehr, daß dieser Satz an dem Sinne gar nichts ändert, indessen war das ja von gar keiner wesentlichen Bedeutung in meiner Rede, denn ich wollte daraus nicht den Schluß ziehen, daß Bebel eine falsche Aeußerung getan hat, sondern ich wollte nur sagen, daß, wenn Leute mit dem Rotstift in der Hand meine Reden verfolgen, was man dann wohl tun würde, wenn ich eine solche Aeußerung gemacht hätte. (Bebel: Gar nichts!) So, weißt du denn das so genau? (Bebel: Ja, das weiß ich!) Nun Kautsky! Zu meinem Bedauern habe ich seine Rede nicht vollständig hören können. Ich habe mich aber von anderen darüber informieren lassen, was er gesagt hat. Er soll eine Reihe von Behauptungen aufgestellt haben, durch die er beweisen wollte, daß ich eigentlich nach dem Wortlaute der vorliegenden Resolution gegen die

Absätze 2, 3 und 4 stimmen müßte. Ich habe gestern bereits die Gründe dargelegt, die für mich bei meiner Abstimmung maßgebend sind. Die Motive, die Kautsky heute hinterher in seine Resolution hinein interpretiert hat, sind für mich und für den Parteitag vollkommen ohne Bedeutung.

Bebel: Was die Bemerkung Vollmars bezüglich des aus meiner Kaiserrede zitierten Satzes betrifft, so handelt es sich um eine Auslegung. Da nun nach allgemeinem Recht dem Redner in erster Linie zusteht, zu sagen, was er gemeint hat, so habe ich auch heute davon Gebrauch gemacht in einer Weise, die meiner Ueberzeugung entspricht. Es ist unnötig, darüber zu streiten, denn wir würden hin und herstreiten und es bliebe doch alles beim alten. Dann ist Vollmar wieder auf die Bayernfrage gekommen und teilt uns die Neuigkeit mit, daß ein kleines Armeekorps schwer bewaffneter Bajuvaren im Hinterhalt gestanden hat, bereit, sofort über mich herzufallen. (Große Heiterkeit.) Diese Tapferkeit der Bajuvaren freut mich. Aber ich bin um so mehr darüber erstaunt, da ich Vollmar gegenüber erklärt hatte, es würde mir gar nicht einfallen, die Sache zur Sprache zu bringen. Allerdings hat später Eduard David gesagt, die Abrechnung habe nicht stattgefunden. Diese Aeußerung bezog sich darauf, daß ich einen Artikel in der Sächsischen Arbeiterzeitung veröffentlicht hatte, in welchem es am Schlusse hieß: „Wenn Ihr wollt, dann sehen wir uns bei Philippi wieder." Wenn Ihr wollt — Ihr habt nicht gewollt. (Heiterkeit.) An Euch lag es, nicht an mir, ich war bereit, ich habe Euch die Gründe gesagt, warum ich nicht angriff. Wenn ich angegriffen werden will, dann mache ich in einem solchen Falle die Attacke und warte nicht ab. (Zustimmung.)

Vollmar: Die letzte Aeußerung ist ja ein schöner Ausweg, aber weiter nichts, denn Kautsky vergißt, daß es außer ihm und mir in diesem Saale auch noch andere Leute gibt, die hören können; im übrigen kann ich versichern, daß ich ihn gar nicht zu hören brauche, um zu wissen, was er sagt (Heiterkeit), ich meine, was er in einer Sache wie der vorliegenden sagt. Gegen Bebel nur eine einzige Bemerkung: Er sagt, es habe ihn interessiert zu hören, daß ein ganzes bayerisches Armeekorps bei der Hand gewesen ist, auf ihn loszustürzen. Na, so grausam sind wir nicht, daß ein ganzes Armeekorps über einen Einzelnen herfällt, das müßte wo anders Mode sein. (Heiterkeit.) Aber Bebel vergißt, daß nicht er allein nur angegriffen, sondern auch ein großer Teil der Parteipresse hat erklärt, es sei nötig, gegen uns vorzugehen. Wenn Bebel sagt, er wäre zur Attacke vorgegangen, so habe ich nur zu erwidern, daß wir keine streitsüchtigen Leute sind, die um jeden Preis streiten wollen, sondern wir hauen nur dann darauf los, wenn es nötig ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)

Bebel, August, 1840-1913 / Bebel, August, / Vollmar, Georg <<von>>,

Die Frage der Taktik Reden der Abgeordneten Bebel und v. Vollmar auf dem Parteitage zu Dresden

München [ca. 1903]